

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Statistik und politisches Monitoring in Europa
- Rechtliche Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik in den EU-Mitgliedstaaten
- Wirtschaftsstatistische Einzeldaten für die Wissenschaft
- Datenqualität und Datenprüfungen
- Außenhandel mit Hochtechnologieprodukten
- Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik

2/2002

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Verlag: Metzler-Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: 0 70 71/93 53 50
Telefax: 0 70 71/93 53 35
Internet: www.s-f-g.com
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Druck: Kern & Birner, Frankfurt am Main

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im März 2002

Einzelpreis: EUR 10,85 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 111,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-02102 – ISSN 0043-6143

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11/75 24 05
- Telefax: 06 11/75 33 30
- E-Mail: info@destatis.de

Abkürzungen

WiSta = Wirtschaft und Statistik
MD = Monatsdurchschnitt
VjD = Vierteljahresdurchschnitt
HjD = Halbjahresdurchschnitt
JD = Jahresdurchschnitt
D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj = Vierteljahr
Hj = Halbjahr
a. n. g. = anderweitig nicht genannt
o. a. S. = ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St = Stück
Mill. = Million
Mrd. = Milliarde

Zeichenerklärung

p = vorläufige Zahl
r = berichtigte Zahl
s = geschätzte Zahl
– = nichts vorhanden
0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
. = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
... = Angabe fällt später an
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder — = grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/ = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2002

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt		Seite
	Kurznachrichten	81
Textteil		
<i>Dr. Carlo Malaguerra, Schweiz</i>	Statistik und politisches Monitoring in Europa	89
<i>Pia Brugger</i>	Rechtliche Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	96
<i>Roland Sturm</i>	Wirtschaftsstatistische Einzeldaten für die Wissenschaft	101
<i>Elmar Wein</i>	Datenqualität und Datenprüfungen	110
<i>Albrecht Krockow</i>	Außenhandel mit Hochtechnologieprodukten	116
<i>Thomas Haustein</i>	Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 2000	123
<i>Ute Egner</i>	Preise im Januar 2002	139
<i>Dr. Ernst Engel</i>	Internationaler Statistischer Congress in Berlin	144
	Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	151
Tabellenteil		
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	81
	Texts	
<i>Dr. Carlo Malaguerra, Schweiz</i>	Statistics and political monitoring in Europe	89
<i>Pia Brugger</i>	Legal framework of official statistics in the Member States of the European Union	96
<i>Roland Sturm</i>	Microdata of economic statistics for the scientific community	101
<i>Elmar Wein</i>	Data quality and data checking	110
<i>Albrecht Krockow</i>	Foreign trade with high-tech products	116
<i>Thomas Hausteин</i>	Results of the statistics of public assistance and on benefits for asylum seekers, 2000	123
<i>Ute Egner</i>	Prices in January 2002	139
<i>Dr. Ernst Engel</i>	International Statistical Congress in Berlin	144
	List of the contributions published in the current year	151
	Tables	
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*

Table des matières		Page
	Informations sommaires	81
	Textes	
<i>Dr. Carlo Malaguerra, Schweiz</i>	Statistique et monitoring politique en Europe	89
<i>Pia Brugger</i>	Conditions-cadre légales de la statistique officielle dans les Etats membres de l'Union européenne	96
<i>Roland Sturm</i>	Micro-données statistiques économiques pour la science	101
<i>Elmar Wein</i>	Qualité et examination de données	110
<i>Albrecht Krockow</i>	Commerce extérieur de produits de haute technologie	116
<i>Thomas Hausteин</i>	Résultats de la statistique de l'aide sociale et des prestations aux demandeurs d'asile, 2000	123
<i>Ute Egner</i>	Prix en janvier 2002	139
<i>Dr. Ernst Engel</i>	Congrès international de statistique à Berlin	144
	Liste des contributions publiées dans l'année en cours	151
	Tableaux	
	Résumé	1*
	Chiffres statistiques mensuels	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus. Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Schnell – umfassend – flächendeckend: moderne Informationsverbreitung im Statistischen Bundesamt

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht jährlich über 450 Pressemitteilungen mit neuen statistischen Daten und verbreitet sie auf elektronischem Wege an mehrere Tausend Empfänger weltweit. Da zahlreiche statistische Ergebnisse unmittelbare Auswirkungen auf die Finanzmärkte und das gesellschaftliche Leben haben, legt das Statistische Bundesamt besonderen Wert auf eine schnelle und flächendeckende Informationsverbreitung sowie eine Gleichbehandlung aller Teilnehmer am Nachrichtenmarkt. Zum Zeitpunkt der Bekanntgabe der statistischen Daten an die Medien – in der Regel um acht Uhr morgens – stehen die jeweiligen statistischen Ergebnisse auch sämtlichen Nutzern aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung sowie allen Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar zur Verfügung.

Seit einem halben Jahr setzt das Statistische Bundesamt bei seiner Kommunikation mit Nachrichtenagenturen und Redaktionen modernste Satellitentechnik ein: Die Meldungen werden vollautomatisch per Satellit direkt in die Redaktionssysteme der – inzwischen mehr als 320 – Redaktionen aus dem Print-, TV- und Hörfunkbereich übermittelt. Dieses Verfahren ermöglicht innerhalb weniger Sekunden eine bestmögliche Verbreitung und gewährleistet zeitgleichen Empfang in allen angeschlossenen Redaktionen.

Daneben hat das Statistische Bundesamt einen individuellen E-Mail-Pressedienst eingeführt. Die Teilnahme an

diesem Service ist ganz einfach: Durch einen Eintrag in den E-Mail-Presserverteiler unter www.destatis.de/presse/deutsch/majordomo.htm können die Nutzer aus einem Angebot von 230 Bundesstatistiken diejenigen Themen auswählen, zu denen sie automatisch die jeweils aktuellen Pressemitteilungen erhalten möchten.

Bereits seit gut sechs Jahren verbreitet Destatis alle Pressemitteilungen in deutscher und englischer Sprache über das Internet. Derzeit registriert die Pressestelle täglich rund 7 500 Zugriffe auf ihr tagesaktuelles Internetangebot unter www.destatis.de.

Weitere Auskünfte erteilt
Frank Hennig, Telefon (06 11) 75 36 02,
E-Mail: frank.hennig@destatis.de.

Aus dem Inland

Mikroanalysen und amtliche Statistik

Am 23. und 24. Januar 2002 veranstaltete das Statistische Bundesamt gemeinsam mit der Universität Lüneburg die erste Konferenz zum Thema „Mikroanalysen und amtliche Statistik (MIKAS)“. Bei dieser, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützten Veranstaltung kamen rund 150 Vertreter der Wissenschaft, der Politik sowie der amtlichen und nichtamtlichen Statistik in Lüneburg zusammen. An zwei Tagen wurden praktische Elemente der zurzeit eindringlich geführten Diskussion über die Nutzung von Einzeldaten durch die Wissenschaft diskutiert.

Einleitend kamen mit Professor Dr. Krupp, Präsident Hohmann und Präsident Hahlen drei Mitglieder des Gründungsausschusses des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (siehe Kurznachrichten in WiSta 9/2001, S. 695) zu Wort. In ihren Referaten wurde einleitend die gesamte Bandbreite des Themas von den Anfängen der mikroanalytischen Forschung in den 1960er Jahren, über SPES, das sozialpolitische Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland, den Sonderforschungsbereich 3 der Universität Frankfurt/Main (Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik), über faktisch anonymisierte Mikrodaten bis hin zum Gutachten der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik erläutert.

Präsident Hahlen ging in seiner Eröffnungsrede insbesondere auf die gemeinsam beschrittenen Wege von Wissenschaft und amtlicher Statistik ein. Nur durch das Zusammenwirken von Datenproduzenten und Datenkonsumenten könne mit der rasanten Veränderung der technischen Entwicklung auf dem Gebiet der Datenverarbeitung mitgehalten werden. Professor Dr. Krupp erläuterte in seinem Vortrag „Mikroanalysen und amtliche Statistik – Gestern, heute, morgen“ aus dem Blickwinkel eines Zeitzeugen die Notwendigkeit der fundierten Politikberatung auf der Grundlage einer mikroanalytischen Basis. Präsident Hohmann arbeitete in seinem Vortrag insbesondere den verfassungsrechtlichen Konflikt zwischen der institutionellen Garantie der wissenschaftlichen Forschung auf der einen Seite und dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung auf der anderen Seite heraus und zeigte Ansätze zur Überwindung dieses Interessenkonfliktes auf.

Im Anschluss an diese übergreifenden Referate wurden drei bedeutende Einzeldatenbestände jeweils von einem Referenten aus dem Statistischen Bundesamt sowie die praktische Verwendung dieser Einzeldaten durch einen Referenten aus der Wissenschaft vorgestellt. Unter der Rubrik „Mikroanalysen und amtliche Haushaltsstichproben“ wurden dabei die Einzeldaten des Mikrozensus, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und des Europäischen Haushaltspanels erläutert und in konkreten wissenschaftlichen Anwendungen diskutiert.

In der Rubrik „Mikroanalysen und amtliche Einzeldaten“ wurden am zweiten Tag die Einzeldatenbestände der Einkommensteuerstatistik, der Sozialhilfestatistik und der Zeitbudgetumfrage vorgestellt. Aufgrund des engen Zeitrahmens konnten nur die Daten der Steuerstatistik und ihre Nutzung in zwei Referaten ausführlicher behandelt werden. Die Verwendung von Einzeldaten der Sozialhilfestatistik wurde an einem Beispiel aus der empirischen Forschung dargelegt und Entstehung und Nutzung der Daten der Zeitbudgetumfrage wurden von einem Vertreter der amtlichen Statistik beschrieben.

Der zweite Themenbereich des Abschlusstages der Konferenz befasste sich mit prozessproduzierten Einzeldaten. Im ersten Vortrag wurde das Projekt „Altersvorsorge in Deutschland (AVID 96)“ vorgestellt, das von Infratest Sozialforschung in den Jahren 1995 bis 2000 im Auftrag des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger und des

Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung durchgeführt wurde. Neben dem eigentlichen Projekt wurden auch die Nutzungsmöglichkeiten der prozessproduzierten Daten erörtert. Abgeschlossen wurde diese Rubrik mit einer Arbeit, die auf der Grundlage des IAB Betriebspanels mit dem Titel „Evaluation von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen“ entstanden ist.

Vor der abschließenden Podiumsdiskussion „Mikroanalysen und zukünftige Entwicklungen“ stellte das Statistische Bundesamt ein Projekt zur Verknüpfung von verschiedenen Einzeldatenbeständen vor. Mit dem „Integrierten Mikrodatenfile (IMDAF)“ greift die amtliche Statistik ein Thema auf, welches in der empirischen Wissenschaft seit den frühen 1970er Jahren diskutiert und zum Teil umgesetzt wird. Eine Verknüpfung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 mit der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998 soll unter der Datenbezeichnung IMDAF98 ein bisher nicht vorhandenes Datenmaterial zur Verfügung stellen. Eine faktische Anonymisierung von IMDAF98 ist geplant.

An der abschließenden Podiumsdiskussion nahmen für die Veranstalter Professor Dr. Merz und Präsident Hahlen, für die Wissenschaft Professor Dr. Krupp, Professor Dr. Hauser, Professor Dr. Stäglin, Professor Dr. Wagner und Dr. Kortmann teil. Frau Wilms-Herget für das Bundesministerium für Bildung und Forschung, Herr Schuster für die Deutsche Forschungsgemeinschaft sowie Präsident Hohmann vervollständigten den Kreis der Diskussionsteilnehmer.

Es bestand Konsens darin, dass weiterhin Wege zu beschreiten sind, die es der Wissenschaft ermöglichen, die amtlichen Einzeldaten im Rahmen des Schutzes der Einzelangelegenheiten noch breiter als heute zu nutzen. Mit dem seit Oktober 2001 beim Statistischen Bundesamt eingerichteten Forschungsdatenzentrum, mit der Erforschung und weiteren Bereitstellung von faktisch anonymisierten Einzeldaten, auch im wirtschaftsstatistischen Bereich, sind hierzu erste neue Schritte eingeleitet worden (siehe hierzu auch den Beitrag „Wirtschaftsstatistische Einzeldaten für die Wissenschaft“ auf S. 101 ff. in diesem Heft). Die amtliche Statistik unterstrich, dass sie ihre Angebote weiterhin an der wissenschaftlichen Nachfrage ausrichten wird. Diese Nachfrageorientierung der amtlichen Statistik wurde von den anwesenden Vertretern der Wissenschaft anerkannt und begrüßt. Dieselbe Nutzerorientierung wurde in der Ressortforschung angemahnt. Hier sowie in einigen Bereichen der wissenschaftlichen Forschung ist die Hinwendung zu offenen Daten und Methoden nicht an allen Stellen zu erkennen. Unter den Diskussionsteilnehmern bestand grundsätzlich Übereinstimmung darüber, dass zu einer erkenntnisorientierten Forschung die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse gehört. Aus diesem Grund sollten auch Datensammlungen, die für bestimmte Projekte erstellt werden, der interessierten Wissenschaft zugänglich gemacht werden.

Ein Tagungsband der Veranstaltung MIKAS wird zurzeit erstellt und soll in der zweiten Jahreshälfte 2002 veröffentlicht werden.

Informationen des Bundeswahlleiters

61,2 Mill. Wahlberechtigte bei der kommenden Bundestagswahl

Bei der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 werden nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes im Bundesgebiet etwa 61,2 Mill. Deutsche wahlberechtigt sein, rund 31,9 Mill. Frauen und etwa 29,3 Mill. Männer. Bei der Bundestagswahl 1998 waren rund 60,8 Mill. Personen wahlberechtigt.

Erstmals an einer Bundestagswahl können etwa 3,3 Mill. Wahlberechtigte (1,7 Mill. Männer und 1,6 Mill. Frauen) teilnehmen. Hierbei handelt es sich um die jungen Deutschen, die seit der letzten Bundestagswahl wahlberechtigt geworden sind, das heißt die in der Zeit vom 28. September 1980 bis 22. September 1984 geboren sind.

Die Altersstruktur der Wahlberechtigten bei der Wahl des 15. Deutschen Bundestages stellt sich voraussichtlich wie folgt dar:

- 2,5 Mill. oder 4% aller Wahlberechtigten (Männer: 1,3 Mill., Frauen: 1,2 Mill.) sind unter 21 Jahre alt,
- 25,1 Mill. Wahlberechtigte bzw. 41% (Männer: 12,8 Mill., Frauen: 12,3 Mill.) sind 21 bis unter 45 Jahre alt,
- 14,4 Mill. Wahlberechtigte oder 24% (Männer: 7,2 Mill., Frauen: 7,2 Mill.) sind 45 bis unter 60 Jahre alt und
- 19,2 Mill. Wahlberechtigte bzw. 31% (Männer: 8,0 Mill., Frauen: 11,2 Mill.) sind 60 Jahre oder älter.

Informationen des Bundeswahlleiters können im Internet unter www.destatis.de/wahlen abgerufen werden.

Weitere Auskünfte erteilt

Heinz-Christoph Herbertz, Telefon (06 11) 75 23 45,
E-Mail: bundeswahlleiter@destatis.de.

Neuerscheinungen

Mikrodatenfile der 25%-Stichprobe der Sozialhilfeempfänger auf CD-ROM

Gemäß § 132 Abs. 2 des Bundessozialhilfegesetzes stellen die Statistischen Ämter der Länder dem Statistischen Bundesamt jedes Jahr u. a. Einzelangaben aus einer Zufallsstichprobe mit einem Auswahlsatz von 25 vom Hundert der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zur Verfügung. Nach Anonymisierung und nutzerfreundlicher Aufbereitung werden die Mikrodaten anschließend als so genanntes Public Use File veröffentlicht; die entsprechende CD-ROM mit den Daten zum Stichtag 31. Dezember 1998 wird in Kürze erscheinen. Insgesamt ergeben sich dadurch für Politik, Verwaltung, Wissenschaft und interessierte Öffentlichkeit neue, von Forschern auf diesem Gebiet

seit langem geforderte Auswertungsmöglichkeiten, die – im Vergleich zur Standardaufbereitung der Sozialhilfestatistik – tiefergehende Analysen zum Sozialhilfebezug in Deutschland ermöglichen.

Der Mikrodatensatz zum Jahresende 1998 umfasst eine Zufallsstichprobe von rund 720 000 Empfängern und Empfängerinnen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (sog. Sozialhilfe im engeren Sinne). Es sind sowohl personen- als auch haushaltsbezogene Daten enthalten. Insgesamt 61 Variablen, wie zum Beispiel Geburtsjahr, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Erwerbsstatus, höchster Schul- bzw. Berufsausbildungsabschluss, Haushaltstyp, Anspruch und Bruttobedarf je Monat, vorhandene Einkommensarten usw. erlauben eine Vielzahl von Auswertungsmöglichkeiten.

Auch methodisch gesehen ist die 25%-Stichprobe eine interessante Datenquelle: Sie bietet dem Nutzer einerseits eine sehr große Anzahl von Einzeldatensätzen und erfüllt somit hinsichtlich der Repräsentativität hohe Ansprüche. Darüber hinaus kann der Nutzer seine errechneten Stichprobenergebnisse mit den aggregierten Gesamtzahlen der Totalerhebung vergleichen, wie sie in den Fachserien oder Arbeitsunterlagen des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht sind.

Die Daten stehen auf der CD-ROM als ASCII-File sowie als SPSS- und SAS-Datei zur Verfügung. Ergänzend enthält der Datenträger Hilfsdateien, die das Konvertieren des ASCII-Files in eine SPSS- oder SAS-Datei ermöglichen. Die genaue Datensatzbeschreibung sowie allgemeine Informationen zur Konzeption und Qualität der Stichprobe runden den Lieferumfang ab. Der Preis für die CD-ROM als Einzelplatzlizenz beträgt 199,00 EUR zuzüglich Versandkosten; für Hochschulen, sonstige Schulen sowie Schüler/-innen und Studierende gelten besondere Bezugsbedingungen.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass auch die erste Ausgabe dieser CD-ROM mit den Mikrodaten zum Stichtag 31. Dezember 1997 noch erhältlich ist (Preis: 199,40 EUR), sodass auch Betrachtungen im Vorjahresvergleich möglich sind.

Weitere Auskünfte und Bestellmöglichkeit bei
Tim Weber, Telefon (0 18 88) 6 44 81 40,
E-Mail: tim.weber@destatis.de.

Kompakt

Personalrückgang im öffentlichen Dienst setzt sich fort

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes waren am 30. Juni 2001 knapp 4,2 Mill. Personen bei Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Zahl der Arbeitsplätze bei den Gebietskörperschaften um 100 000 oder 2%, wobei über die Hälfte des Personalrückgangs auf den so genannten Ausgliederungsprozess der öffentlichen Haushalte zurückgeht. Durch die rechtliche Verselbstständigung von bisher als Sonder-

vermögen geführten Einrichtungen (z. B. Hochschulkliniken, Krankenhäuser) wurden bisher bei den Gebietskörperschaften angesiedelte Arbeitsplätze zu neuen Arbeitgebern unter öffentlicher Aufsicht (z. B. öffentlich-rechtliche Anstalten) oder mit öffentlicher Beteiligung (z. B. GmbHs) verlagert.

Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gebietskörperschaften waren 3,1 Mill. Vollzeitkräfte und 1,1 Mill. hatten eine verkürzte Arbeitszeit. Gegenüber dem Vorjahr gab es 110 000 weniger Vollzeitkräfte, aber 10 000 mehr Teilzeitarbeitsplätze. Die Zunahme der Teilzeitarbeitsplätze geht auf die steigende Inanspruchnahme von Altersteilzeit zurück. Bis Mitte 2001 haben gut 80 000 Beschäftigte der Gebietskörperschaften die Möglichkeiten der gesetzlichen bzw. tariflichen Altersteilzeitregelungen genutzt (2000: 49 000). Die Teilzeitquote hat sich durch den Rückgang bei den Vollzeitbeschäftigten und den Anstieg der Altersteilzeit auf 26% erhöht (2000: 25%).

Die Beschäftigung ist auf allen Ebenen zurückgegangen: Beim Bund arbeiteten zur Jahresmitte 2001 noch 494 000 (–8 000 gegenüber 2000), bei den Ländern 2,2 Mill. (–60 000) und bei den Gemeinden/Gemeindeverbänden knapp 1,5 Mill. Beschäftigte (–32 000). Bei den weiteren zum öffentlichen Dienst zählenden Beschäftigungsbereichen waren bei den Zweckverbänden unverändert 70 000, beim Bundeseisenbahnvermögen 66 000 (–10%) und im mittelbaren öffentlichen Dienst 515 000 (+5%) Beschäftigte tätig. Die deutlich gestiegene Mitarbeiterzahl des mittelbaren öffentlichen Dienstes geht auf die rechtliche Verselbstständigung von Landeseinrichtungen zurück. Insgesamt waren damit im öffentlichen Dienst Mitte 2001 4,8 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (–80 000 oder –2%).

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Werner Breidenstein, Telefon (06 11) 75 41 08,
E-Mail: personalstatistiken.oeffentlicher-dienst@destatis.de.

Weiterer Rückgang des Bestandes an Rindern

Nach ersten vorläufigen Ergebnissen der repräsentativen Viehzählung gab es im November 2001 in Deutschland 14,12 Mill. Rinder und 25,81 Mill. Schweine. Das waren 0,45 Mill. Rinder weniger (–3,1%) als im November des Vorjahres. Gleichzeitig hat die Zahl der Schweine geringfügig (um knapp 50 000 Tiere bzw. 0,2%) zugenommen.

Die seit Jahren zu beobachtende Tendenz einer kontinuierlichen Verringerung der Rinderbestände hat sich damit fortgesetzt. Seit der ersten gesamtdeutschen Viehzählung 1990, als in Deutschland insgesamt 19,49 Mill. Rinder ermittelt wurden, ist ihre Zahl bis 2001 um mehr als ein Viertel (–27,6%) zurückgegangen. Auch der Bestand an Schweinen ging langfristig in beachtlichem Umfang zurück, und zwar um insgesamt 16,2% seit 1990.

Mehr als die Hälfte des deutschen Schweinebestandes im Jahr 2001 entfiel auf die Bundesländer Niedersachsen (29,4%) und Nordrhein-Westfalen (23,5%). In der Rinder-

haltung dominiert Bayern mit 28,2% vor Niedersachsen mit 18,9%.

Das endgültige, fachlich und regional weiter untergliederte Ergebnis der repräsentativen Viehzählung vom November 2001 für Rinder und Schweine wird voraussichtlich im Februar 2002 vorliegen und in der Fachserie 3 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, Reihe 4.1 „Viehbestand“ unter der Bestellnummer 2030410 – 01002 veröffentlicht.

Weitere Auskünfte erteilt
Hilmar Pooch, Telefon (0 18 88) 6 44 86 16,
E-Mail: hilmar.pooch@destatis.de.

Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe 2001 unverändert

Im Jahresdurchschnitt 2001 waren in Deutschland 6,4 Mill. Personen in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes und Bergbaus von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten tätig. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Beschäftigten geringfügig um 15 600 Personen oder 0,2% zu. Die geleisteten Arbeiterstunden verringerten sich um 1,7% auf 6 207,2 Mill. Die Lohn- und Gehaltssumme erhöhte sich im Jahr 2001 um 2,4% auf 226,5 Mrd. Euro. Der Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer) stieg gegenüber dem Jahr 2000 um 2,8% auf 1 343,8 Mrd. Euro; der darin enthaltene Auslandsumsatz nahm um 5,0% auf 497,5 Mrd. Euro zu.

Ende Dezember 2001 waren in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes und Bergbaus 6,3 Mill. Personen beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahresmonat nahm die Zahl der Beschäftigten um 57 800 Personen oder 0,9% ab. Im Dezember 2001 lag der Gesamtumsatz mit 102,6 Mrd. Euro um 7,5% niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Der Auslandsumsatz erreichte 37,5 Mrd. Euro (–7,7% gegenüber Dezember 2000).

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Vladislav Bajaja, Telefon (06 11) 75 25 04,
E-Mail: monatsbericht-verarbeitendes-gewerbe@destatis.de.

Bauhauptgewerbe 2001

Das Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten) verzeichnete im Jahr 2001 in Deutschland preisbereinigt um 5,1% niedrigere Auftragseingänge als im Vorjahr. Die Baunachfrage nahm im Hochbau um 7,5% ab, im Tiefbau verringerte sie sich um 1,6%.

In den Betrieben des Hoch- und Tiefbaus waren im Jahresdurchschnitt 2001 rund 954 000 Personen tätig; das waren 95 000 weniger als im Vorjahr (–9,1%). Der Gesamtumsatz belief sich im Jahr 2001 auf 92,7 Mrd. Euro (–7,5% gegenüber 2000).

Im Dezember 2001 lagen die Auftragseingänge des Bauhauptgewerbes preisbereinigt um 13,4% unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Ende Dezember 2001 waren in den Betrieben des Bauhauptgewerbes rund 921 000 Personen

beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahresmonat nahm die Beschäftigung um 91 000 Personen oder 9,0% ab.

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Oscar Schmid, Telefon (06 11) 75 29 16,
E-Mail: baubericht@destatis.de.

Gastgewerbeumsatz 2001

Im Jahr 2001 lag der Umsatz des Gastgewerbes in Deutschland nominal (in jeweiligen Preisen) um 0,9% höher und real (in konstanten Preisen) um 0,8% niedriger als im Jahr 2000. Am besten schnitten innerhalb des Gastgewerbes die Kantinen und Caterer ab, die ihre Umsätze sowohl nominal (+ 2,1%) als auch real (+ 0,1%) steigern konnten. Das Gaststättengewerbe (nominal + 1,1%, real – 0,5%) und das Beherbergungsgewerbe (nominal + 0,2%, real – 1,4%) erzielten nur nominal höhere Umsätze als im Vorjahr.

Im Dezember 2001 wurde nominal ein Umsatzzuwachs von 0,1% und real ein Umsatzrückgang von 1,9% gegenüber Dezember 2000 ermittelt. Nach Kalender- und Saisonbereinigung der Daten wurde im Vergleich zum November 2001 nominal 1,6% weniger abgesetzt.

Weitere Auskünfte erteilt
Michael Wollgramm, Telefon (06 11) 75 24 23,
E-Mail: binnenhandel@destatis.de.

Straßenverkehrsunfallbilanz 2001

Nach ersten vorläufigen Ergebnissen wurden im Jahr 2001 auf Deutschlands Straßen bei Verkehrsunfällen 6 949 Personen getötet und rund 494 400 verletzt. Gegenüber 2000 waren das 7% bzw. 554 weniger Verkehrstote und 2% (9 718) weniger Verletzte. Damit wurden im Jahr 2001 in Deutschland seit Einführung der Statistik der Straßenverkehrsunfälle im früheren Bundesgebiet im Jahr 1953 die wenigsten Verkehrstoten registriert. Die meisten Verkehrstoten gab es in Deutschland im Jahr 1970 mit 21 332 Personen (19 193 Verkehrstote im früheren Bundesgebiet, 2 139 im Gebiet der ehemaligen DDR).

Insgesamt registrierte die Polizei 2,36 Mill. Unfälle (+ 0,5% gegenüber 2000), darunter 374 800 Unfälle mit Personenschaden (– 2%) und 134 000 schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (+ 0,5%).

Mehr Getötete wurden im Jahr 2001 nur in Hamburg (+ 29%), im Saarland (+ 8%) und in Baden-Württemberg (+ 1%) ermittelt. In allen übrigen Bundesländern wurden gegenüber 2000 weniger Verkehrsteilnehmer getötet. Die stärksten Rückgänge gab es in Berlin (– 27%), Bremen (– 22%) und Mecklenburg-Vorpommern (– 19%). Gemessen an den Einwohnerzahlen lag der Bundesdurchschnitt 2001 bei 84 im Straßenverkehr Getöteten je 1 Mill. Einwohner. Weit über diesem Durchschnitt lagen die Werte in Mecklenburg-Vorpommern mit 167, Brandenburg mit 143 und Sachsen-Anhalt mit 124, weit darunter in den Stadtstaaten Berlin (19), Bremen (27) und Hamburg (31).

Weitere Auskünfte erteilt
Rudolf Kaiser, Telefon: (06 11) 75 24 98,
E-Mail: verkehrsunfaelle@destatis.de.

Qualitative Ergebnisse der Zweiten Europäischen Erhebung über die berufliche Weiterbildung (CVTS2)

In Heft 12/2001 dieser Zeitschrift (S. 1008 ff.) wurde über Methodik und erste Ergebnisse der im Jahr 2000 durchgeführten Zweiten Europäischen Erhebung über die berufliche Weiterbildung berichtet. Neben den in dem erwähnten Beitrag dargestellten quantitativen Daten zu Angebot und Nutzung der verschiedenen Formen der betrieblichen Weiterbildung sowie den Kosten der Lehrveranstaltungen wurden von den befragten Unternehmen auch Angaben zu qualitativen Aspekten erhoben. Im Folgenden werden ausgewählte Informationen zur Weiterbildungskonzeption und zum Stellenwert der Weiterbildung im Unternehmen dargestellt.

Professionalisierte Bildungsarbeit ist in der Regel durch folgende Aspekte gekennzeichnet:

- das Vorliegen von Plänen oder Programmen,
- die organisatorische Eigenständigkeit der Weiterbildung als Arbeitsbereich,
- die Nutzung von Bedarfsanalysen,
- das Vorhandensein von speziell in der Weiterbildung tätigen Personal,
- das Vorhandensein eines speziellen Weiterbildungsbudgets.

Die Ergebnisse zeigen, dass die strukturellen Rahmenbedingungen für die berufliche Weiterbildung in den Unternehmen in Deutschland erst in Teilbereichen den Kriterien professionalisierter Bildungsarbeit entsprechen:

- In 24% der Unternehmen der befragten Wirtschaftsbereiche werden Analysen über den zukünftigen Personal- und/oder Qualifikationsbedarf durchgeführt. Dieses Instrument wird umso eher eingesetzt, je größer das Unternehmen ist. Während nur 14% der Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten dieses Instrument nutzen, sind es bei den Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten bereits 43% und bei den Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten 71%.
- Die Qualifikationen und den Bildungsbedarf der einzelnen Mitarbeiter ermitteln 42% aller Unternehmen, 24% für alle Beschäftigtengruppen, 10% nur für Führungskräfte und 8% nur für andere Beschäftigtengruppen. Auch die Ermittlung der Qualifikationen und des Bildungsbedarfs der Mitarbeiter geschieht mit zunehmender Unternehmensgröße deutlich häufiger.
- 22% der Unternehmen erstellen einen Weiterbildungsplan bzw. ein Weiterbildungsprogramm.
- Nur 17% der Unternehmen haben ein spezielles Budget für die berufliche Weiterbildung der Beschäftigten.
- Lediglich in 4% der Unternehmen gibt es einen eigenständigen Arbeitsbereich „berufliche Weiterbildung“.

- Nur 2% der Unternehmen leisten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (zumindestens als Teilzeitkraft), deren Aufgabenbereich ausschließlich die berufliche Weiterbildung umfasst.
- Von den Unternehmen mit Lehrveranstaltungen überprüfen nur 44% den Erfolg dieser Maßnahmen.

Rund ein Viertel aller Unternehmen gab an, im Jahr 1999 keine Weiterbildung angeboten zu haben, sei es als Lehrveranstaltungen oder in anderer Form. Diese Unternehmen wurden gebeten, die wichtigsten Gründe (maximal drei Antworten waren möglich) dafür zu nennen.

79% waren der Auffassung, dass die vorhandenen Fähigkeiten der Beschäftigten dem Bedarf des Unternehmens entsprechen. Alle anderen Begründungen wurden deutlich seltener genannt. Jeweils 28% meinten, dass die Auslastung der Beschäftigten keine Weiterbildung zulässt, dass die betriebliche Berufsausbildung ausreicht oder dass die Kosten für berufliche Weiterbildung zu hoch sind. 21% gewinnen die benötigten Qualifikationen durch die Einstellung neuer Mitarbeiter. Alle anderen Gründe sind mit Werten unter 10% unbedeutend.

Weitere Auskünfte erteilt
Christiane Krüger-Hemmer, Telefon (06 11) 75 41 52,
E-Mail: cvts@destatis.de.

Ausgaben für die Innere und Äußere Sicherheit im Jahr 2000

Die Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) gaben im Jahr 2000 in Deutschland 52,1 Mrd. Euro für die Innere und Äußere Sicherheit aus; das waren 9,0% ihrer gesamten Ausgaben. Auf die Innere und Äußere Sicherheit entfiel damit nach der Sozialen Sicherung sowie dem Bereich Bildung, Wissenschaft und Kultur der dritthöchste Betrag für öffentliche Aufgaben. Der Gesamtbetrag der Ausgaben für die Sicherheit machte etwa 2,6% des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2000 aus. Pro Einwohner der Bundesrepublik Deutschland waren dies durchschnittlich 633 Euro.

Die Ausgaben für die Äußere Sicherheit umfassen alle Verteidigungsaufgaben und werden ausschließlich vom Bundeshaushalt getragen; die Ist-Ausgaben im Jahr 2000 betragen 23,3 Mrd. Euro.

Bis zum Jahr 1991 hatten die Verteidigungsausgaben stetig zugenommen bis auf einen Höchstbetrag von seinerzeit 28,4 Mrd. Euro. Danach gingen sie bis auf 23,6 Mrd. Euro im Jahr 1997 zurück und stiegen 1999 wieder auf 24,6 Mrd. Euro an.

Für die Innere Sicherheit, das heißt für Polizei, Ordnungsverwaltung und Rechtsschutz (Gerichte und Justizvollzug), haben Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2000 28,8 Mrd. Euro ausgegeben, davon 11,2 Mrd. Euro für die Polizei. Von den Gesamtausgaben entfielen 72,5% auf die Länder, 19,1% auf die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie 8,4% auf den Bund.

Von 1992 bis 2000 nahmen die Ausgaben der Gebietskörperschaften für die Innere Sicherheit in Deutschland um gut ein Viertel und damit deutlich stärker zu als die Ausgaben der Gebietskörperschaften insgesamt (+9,3%).

Die bereits vorliegenden Ist-Ausgaben des Bundes für Innere und Äußere Sicherheit 2001 lassen einen Anstieg um 4,9 Mrd. Euro (+19,3% auf 30,2 Mrd. Euro) gegenüber 2000 erkennen. Für 2002 sind 29,8 Mrd. Euro für die Innere und Äußere Sicherheit veranschlagt.

Weitere Auskünfte erteilt
Otto Dietz, Telefon: (06 11) 75 41 82,
E-Mail: gesamthaushalt@destatis.de.

Bierabsatz im Jahr 2001

Anhand der Meldungen zur Biersteuer ergibt sich, dass im Jahr 2001 von deutschen Brauereien und Bierlagern 107,8 Mill. Hektoliter (hl) Bier abgesetzt wurden, das waren 2,0 Mill. hl oder 1,8% weniger als im Vorjahr. In den Zahlen sind der Absatz von alkoholfreien Bieren und Malztrunk sowie das aus Ländern außerhalb der Europäischen Union eingeführte Bier nicht enthalten.

Das Segment der Biermischungen (z. B. Radler) wuchs im Berichtsjahr um 18,4% gegenüber dem Jahr 2000. Mit einem Gesamtabsatz von 2,2 Mill. hl im Jahr 2001 hatten Biermischungen bei der Versteuerung allerdings nur einen Anteil von 2% am gesamten Bierabsatz.

Unterschiedliche Entwicklungen ergeben sich aus den Ergebnissen zum versteuerten Inlandsverbrauch und dem steuerfreien Absatz. Der Inlandsabsatz sank gegenüber dem Vorjahr um 2,1% auf 96,7 Mill. hl, der steuerfreie Absatz stieg leicht auf 11,0 Mill. hl (+0,3%). Vom unversteuerten Bier aus Deutschland wurden in die EU-Länder mit 8,2 Mill. hl 4,0% mehr geliefert, in Drittländer wurde 9,7% weniger Bier (2,6 Mill. hl) gegenüber dem Jahr 2000 abgesetzt. Als Haus-trunk gaben die Bauereien 0,2 Mill. hl Bier steuerfrei an die Beschäftigten ab (-3,6%).

Die Angaben zum regionalen Absatz von Bier richten sich nach dem Sitz der Steuerlager (Brauereien und Bierlager). Den höchsten Bierausstoß erzielten Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 27% und Bayern mit 21%.

Weitere Auskünfte erteilt
Klaus-Jürgen Hammer, Telefon (06 11) 75 23 80,
E-Mail: klaus-juergen.hammer@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

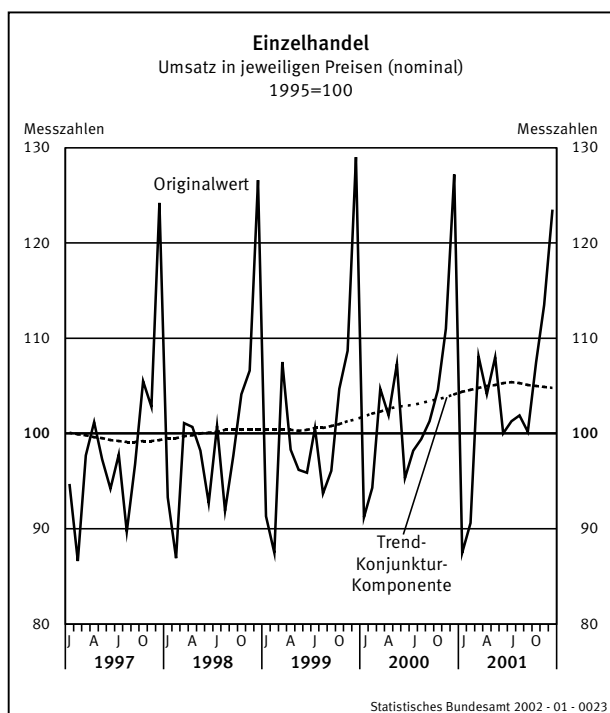
Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im Dezember 2001 nominal 2,9% und real 4,1% weniger als im Dezember 2000 um, beide Monate hatten jeweils 24 Verkaufstage. Anders als erwartet führte das Weihnachtsgeschäft damit nicht zu einer deutlichen Umsatzsteigerung im

Einzelhandel. Im Jahr 2001 stieg der Umsatz nominal um 1,6%, und real blieb er um 0,1% unter dem Niveau des Jahres 2000. Im Jahr 2001 wurde damit erstmals seit 1998 real weniger als im Vorjahr umgesetzt. Im Jahr 2000 war der Umsatz nominal um 2,2% und real um 1,1% gegenüber 1999 gestiegen.

Nominale und reale Umsatzzuwächse gegenüber dem Vorjahresmonat verbuchte im Dezember 2001 nur der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Erzeugnissen sowie die Apotheken (nominal +3,3%, real +1,7%). In den anderen Branchen lagen die Umsätze sowohl nominal als auch real unter den Ergebnissen vom Dezember 2000, so im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (nominal -0,2%, real -3,1%), im Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal -4,8%, real -7,7%), im sonstigen Facheinzelhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern (nominal -6,2%, real -7,0%) und im Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, zu dem sowohl der Versandhandel als auch der Brennstoffhandel zählen (nominal -9,2%, real -0,3%).

Im Dezember 2001 wurde im Vergleich zum November 2001 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 3,1% und real 3,4% weniger abgesetzt.



Außenhandel

Im *Dezember 2001* wurden von Deutschland Waren im Wert von 48,2 Mrd. Euro ausgeführt und Waren im Wert von 40,2 Mrd. Euro eingeführt. Bei den deutschen Ausfuhren kam es damit zu einem Rückgang von 3,6%, und bei den Einfuhren zu einem Rückgang von 17,0% gegenüber den Werten von Dezember 2000. Im selben Zeitraum stieg der Ausfuhrpreisindex um 1,0%, während sich die Einfuhren gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,7% verbilligten.

Gegenüber dem Vormonat sanken die Ausfuhren im Dezember 2001 nominal um 12,1%, die Einfuhren um 15,5%. Diese deutlichen Rückgänge sind vor allem auf die geringere Zahl der Arbeitstage aufgrund der Weihnachtsfeiertage im Dezember zurückzuführen. Dies belegt die nach dem „Berliner Verfahren, Version 4“ durchgeführte Zeitreihenzerlegung. Danach ergab sich gegenüber dem November 2001 ein kalender- und saisonbereinigter Zuwachs von 1,5% bei den Exporten und ein Rückgang von 3,4% bei den Importen.

Die Handelsbilanz schloss im Dezember 2001 mit einem Plus von 8,1 Mrd. Euro ab. Trotz negativer Salden in anderen Teilbilanzen (Bilanzen der Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie Laufende Übertragungen) schloss die Leistungsbilanz darum – nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank – im Dezember 2001 mit einem Überschuss von 1,3 Mrd. Euro ab. Im Dezember 2000 hatte sich ein Passivsaldo in Höhe von 6,4 Mrd. Euro ergeben.

Im *gesamten Jahr 2001* wurden von Deutschland Waren im Wert von 637,2 Mrd. Euro ausgeführt und Waren im Wert von 543,3 Mrd. Euro eingeführt. Gegenüber dem Jahr 2000 waren die deutschen Exporte damit um 6,6% und die deutschen Importe um 0,9% gestiegen. Dem Ausfuhrüberschuss in Höhe von 93,9 Mrd. Euro standen negative Salden für Dienstleistungen einschließlich Ergänzungen zum Warenverkehr (-52,6 Mrd. Euro), für Erwerbs- und Vermögenseinkommen (-3,5 Mrd. Euro) sowie für laufende Übertragungen (-26,7 Mrd. Euro) gegenüber. Die Leistungsbilanz wies im Jahr 2001 damit mit einem Plus von 11,1 Mrd. Euro erstmals seit der deutschen Vereinigung wieder einen Überschuss aus. Im Vorjahr hatte die Leistungsbilanz mit einem Defizit von 20,3 Mrd. Euro abgeschlossen. [\[1\]](#)



Dr. Carlo Malaguerra, Direktor im Ruhestand des Bundesamtes für Statistik, Neuchâtel, Schweiz

Statistik und politisches Monitoring in Europa

Aus dem Blickwinkel eines Beobachters

Dieses Referat entstand für die österreichischen „Tage der amtlichen Statistik“ am 16. und 17. Oktober 2001 in Wien, die unter dem umfassenden Titel „Die Herausforderungen an die Amtliche Statistik im Vereinten Europa“ standen. Auf Bitten von Herrn Präsident Hahlen hat Herr Dr. Malaguerra das Referat in einer gegenüber der österreichischen Version leicht modifizierten deutschen Fassung auch anlässlich seines Besuches im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden am 12. November 2001 vorgetragen.

Nach 14 Jahren an der Spitze des Schweizer Bundesamtes für Statistik ist Dr. Carlo Malaguerra Ende 2001 in den Ruhestand getreten. Unter seiner Leitung hat sich das Bundesamt für Statistik zu einem der heute im internationalen Vergleich führenden statistischen Ämter entwickelt. Besonderen Wert hat Dr. Malaguerra während seiner Amtszeit auf eine kundenfreundliche Präsentation der statistischen Ergebnisse gelegt.

Vorbemerkung

Seit den Anfängen des modernen europäischen „Abenteuers“, oder besser, seitdem ich begann, die treibenden Kräfte für eine Integration Europas in der ersten Hälfte der 1950er Jahre zu spüren, habe ich mich immer als Europäer gefühlt und betrachtet. Während meiner Studien habe ich stets meine Kenntnisse sowohl über die Idee Europas als auch und speziell über das politische Geschehen rund um das europäische Integrationsbestreben vertieft. Es ist eine Geisteshaltung, die mich seit rund 50 Jahren begleitet und an

die ich mich immer halte – und dies auch, wenn das Schweizervolk sich freiwillig in die Isolation begeben hat, was mich sehr schmerzt und enttäuscht.

Es ist mir immer eine Freude über ein europäisches Thema sprechen zu dürfen.

1 Die Idee Europas: eine faszinierende Konstante

Es wäre unrichtig zu glauben, dass die Idee Europas eine moderne Erfindung ist.¹⁾ Diese Idee geht weit zurück, eine Idee mit unterschiedlichsten Inhalten und Vorstellungen. Schon der griechische Philosoph Herodot fragte sich, warum dieser nicht sehr gut bestimmbare geographische Teil der Erde den weiblichen Namen „Europa“ bekam. Was aus den Betrachtungen der Antike hervorgeht, ist, dass Europa wohl eine geographische Dimension hat, aber viel mehr ein Konzept, ein gemeinschaftlicher Wille der hier lebenden Völker ist. Gonzague de Reynold, der berühmte Schweizer Historiker und Befürworter der europäischen Integration, hat diese Betrachtungsweise ganz gut in einer Frage zusammengefasst: „Ist Europa bloß ein Kontinent des Geistes?“ In einem gewissen Sinn schon: Europa ist seit jeher eine Idee, ein Gewissen, vielleicht auch eine Utopie im Sinne eines politischen Ideals. Durch die Jahrhunderte hinweg haben viele versucht, Europa einen ideellen und konkreten Inhalt zu geben. Interessant ist, dass die Frage über und um Europa regelmäßig in der Geschichte aufgetaucht, behandelt,

¹⁾ Siehe Vuyenne, B.: «Histoire de l'idée Européenne», Payot, Paris, 1964.

beantwortet, konkretisiert und bekämpft worden ist. Europa hat die Menschen nie gleichgültig gelassen. Seit der Entstehung der europäischen Nationalstaaten im Laufe des 19. Jahrhunderts und insbesondere nach den katastrophalen Versuchen, Europa über die Hegemonie eines Landes zu bilden, hat Europa mehr und mehr die Dimension eines demokratischen Raums angenommen und ist eine geopolitische Entität mit einer großen Vielfalt von Kulturen geworden.²⁾ Wenn dies so ist, ist es hervorragenden Visionären, Philosophen, Wissenschaftlern, Politikern, Machern zu verdanken. Sie haben der Idee, der Utopie Europa ein Gesicht verliehen. Die Geschichte lehrt uns aber, dass die Gestaltung der Idee Europa nie als fertig betrachtet werden kann. Daran muss man stets arbeiten, investieren, zum Teil Opfer bringen, damit die Architektur eines solchen Gebäudes ständig angepasst wird und neuen Realitäten Rechnung trägt.

2 Die Anfänge der europäischen Statistik: ein politisches Postulat

Es ist unbestritten, dass die Geschichte der europäischen Statistik – verstanden im modernen Sinne einer supranationalen Aufgabe – mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahre 1953 angefangen hat.³⁾ Die *Montanunion* war in der Tat die erste supranationale Organisation in Europa – wenn auch „nur“ auf dem Gebiet von Kohle und Stahl. Die Zielsetzungen der EGKS hatten zum ersten Mal politisch länderübergreifenden Lenkungscharakter. Eine gemeinschaftlich definierte und durchgeführte Wirtschaftspolitik war eine Bedingung. Diese Politik konnte nur betrieben werden, wenn vergleichbare (statistische) Informationen über die betroffenen Länder zur Verfügung stehen. Tatsächlich sah der Gründungsvertrag in seinem Artikel 5 das Recht der „Hohen Behörde“ vor, Informationen bei den Mitgliedstaaten zu sammeln. Die „Statistische Abteilung“ der EGKS hatte umfangreiche statistische Arbeiten mit einer Reihe statistischer Fachausschüsse in den Gebieten Kohle, Stahl, Beschäftigung, Löhne, Lebensstandards und weiteren mehr zu leisten.⁴⁾

In der Periode unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg traten internationale Organisationen mit Statistikaktivitäten in Erscheinung. Es ist zuerst die OEEC⁵⁾, auch „Europäischer Wirtschaftsrat“ genannt, und nachher die Konferenz europäischer Statistiker bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE). Das Bedürfnis nach quantitativen Informationen, speziell im Bereich der Wirtschaft, war stark im Zunehmen begriffen.

Mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM)

1957 und mit der Entscheidung, für die drei Gemeinschaften eine einzige statistische Organisation zu bilden, begann die moderne Periode der europäischen Statistik. Das „Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften“ wurde 1958 gegründet.⁶⁾ 1959 wurde der heutige Name Eurostat eingeführt.

Das sind eigentlich die Anfänge des so genannten „politischen Monitorings“ in Europa: die Verwendung von statistischen Informationen, um politische Zielsetzungen erreichen zu können.

Ich werde meine Ausführungen auf Eurostat und die Nationalen Statistischen Ämter (NSI) der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) fokussieren, natürlich immer im Kontext der nationalen und internationalen statistischen und politischen Landschaft.

3 Die Entwicklung von Eurostat als international anerkannte statistische Autorität

Die Entwicklung von der Europäischen Gemeinschaft bis hin zur Europäischen Union ist die Geschichte eines typischen „Nationbuilding“-Prozesses. Am Beispiel der Statistik lässt sich dieser Prozess ganz gut analysieren. Mit der Erweiterung, Konsolidierung und Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft sind die politischen Gegebenheiten dieser Organisation quantitativ und qualitativ gestiegen. Von sektoriellen Gemeinschaftspolitiken ist man mit den Jahren auf eine gesamtheitliche politische und sektorübergreifende Betrachtungsweise übergegangen. Speziell nach der Einführung eines gemeinsamen Marktes und nach dem Maastricht-Vertrag 1992 sind die Anforderungen an die europäische Politik massiv gestiegen.⁷⁾ Das hatte zur Folge, dass sich die statistischen Bedürfnisse der EU erweitert haben. Nicht zu sprechen von der Einführung des Euro und der Bildung einer Europäischen Zentralbank, die das europäische statistische System extrem fordern. Wie schon 1959 der erste Direktor von Eurostat prophezeite: Diese „gemeinsame statistische Organisation muss praktisch den gesamten Arbeitsbereich eines modernen Statistischen Amtes auf Länderbasis umspannen – angefangen bei den Fragen der allgemeinen Statistik, der Methodologie und der Entwicklung neuer Verfahren, bis zu den einzelnen fachstatistischen Bereichen“⁸⁾.

Dabei, schrieb Prof. Wagenführ weiter, wird „die Zusammenarbeit mit den statistischen Organisationen in den Ländern, insbesondere mit den statistischen Zentralämtern, zweifellos eine besondere Rolle spielen“⁹⁾.

2) Siehe Cacciari, M.: „Geo-filosofia dell'Europa“, Venezia, 1986, seconda edizione 2001, und ders.: „L'arcipelago“, Venezia, 1997.

3) Siehe Gouzy, J.-P.: «Les pionniers de l'Europe Communautaire», Centre de Recherches Européennes, Lausanne, 1968; Mellaerts, G.: «La genèse du Marché Commun», Centre de Recherches Européennes, Lausanne, 1968, sowie Wagenführ, R.: „Der internationale wirtschafts- und sozialstatistische Vergleich: eine Einführung“, Freiburg im Breisgau, 1959.

4) Siehe Wagenführ, R., Fußnote 3.

5) Organisation for European Economic Co-operation.

6) Siehe Mellaerts, G., Fußnote 3.

7) Siehe Franchet, Y.: "The Statistical Information Requirement of the European Union", The Hungarian Academy of Sciences, Budapest, 26. Oktober 2000 (Mimeo).

8) Siehe Wagenführ, R., Fußnote 3.

9) Siehe ebenda.

Tatsächlich hat sich Eurostat zu einer international anerkannten Statistikautorität im Bereich der Definitionen, Klassifikationen und Nomenklaturen entwickelt. Eurostat ist der Motor der statistischen Entwicklung nicht nur im europäischen, sondern auch im globalen Raum geworden und hat diese Funktion in einer sehr offenen und kooperativen Art und Weise wahrgenommen. So konnten viele Länder von den von Eurostat eingeführten Nomenklaturen und Klassifikationen profitieren. Die Tatsache, dass Eurostat diese Rolle übernommen hat, ist meines Erachtens auf vier verschiedene Entwicklungen zurückzuführen:

Erstens, die neuen und steigenden Bedürfnisse an vergleichbaren statistischen Informationen seitens der EU haben das europäische Amt dazu herausgefordert, die dazu notwendige konzeptuelle Infrastruktur aufzubauen. So sind zum Beispiel das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG), die Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE), die Liste von Produkten für eine europäische Produktionsstatistik (PRODCOM), die Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) und vieles mehr erarbeitet worden. Diese Vorreiterrolle der europäischen Statistik hat einen weltweiten Einfluss auf die statistischen Systeme vieler Länder gehabt.

Zweitens, das internationale statistische System, getragen von der Statistischen Kommission und der statistischen Abteilung der Vereinten Nationen, hat in den 1970er und 1980er Jahren seine Rolle des „Weltentwicklers“ von Standards und des Koordinators nicht erfüllen können. Dies aus verschiedenen Gründen, die wir hier nicht zu vertiefen brauchen. Diese leider eher schwache Präsenz der Vereinten Nationen auf Weltebene einerseits und die aktivere Rolle der Konferenz Europäischer Statistiker andererseits haben dazu geführt, dass die europäischen statistischen Standards weltweit zur Anwendung kamen.

Eine dritte Entwicklung ist zu erwähnen: Die Direktion von Eurostat hat sich durch eine ausgesprochene Dynamik ausgezeichnet. Ohne die klaren Visionen des heutigen Generaldirektors wäre es nicht möglich gewesen, die europäische Statistik auf dieses Niveau zu heben.¹⁰⁾ Mit der europäischen Statistik haben auch die verschiedenen nationalen Institute eine beachtliche Entwicklung erfahren, sodass heute das statistische Netzwerk in Europa durch eine hervorragende Stärke gekennzeichnet ist. Die Koordination mit anderen im Statistikbereich tätigen internationalen Organisationen hat sich zusehends verbessert. Sicher bedürfen die Kompetenzabgrenzungen zwischen den verschiedenen Institutionen, speziell in dieser sich rasch ändernden Welt, immer der einen oder anderen Korrektur. Es handelt sich indessen nicht um schwerwiegende Probleme.

Viertens ist Eurostat – europaweit und weltweit gesehen – zu einem wahren Schaltzentrum der statistischen Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und Transitionsländern geworden. Dank der von Luxemburg lancierten Initiativen beruht das leistungsfähige Kooperationswerk heute auf zwei starken Pfeilern: Zum einen verstand es Eurostat, bei der Europäischen Kommission im Rahmen verschiedener Programme wie PHARE, TACIS, MEDSTAT¹¹⁾ oder den Verträgen von Lomé erhebliche Mittel zu erwirken. Zum anderen ist es Eurostat gelungen, zusammen mit den Mitgliedsländern und gewissen befreundeten Staaten, darunter der Schweiz, ein weit gespanntes Netz von nationalen Institutionen und Fachleuten aufzubauen, welche die eigentlichen ausführenden Kräfte im Rahmen der europäischen statistischen Zusammenarbeit mit den Schwellen- und Entwicklungsländern sind. Dank dieses Modells ist heute Europa in der Lage, der Nachfrage nach statistischer Kooperation mit der notwendigen Entschlossenheit, Disziplin, Kohärenz und Kontinuität zu begegnen.

4 Die statistische Information in der modernen Gesellschaft

Die 1990er Jahre haben einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel gebracht.¹²⁾ Der Fall der Berliner Mauer und die Überführung der kommunistischen Regimes zu demokratischen Staaten, die Globalisierung der Märkte, die steigende Komplexität der Gesellschaften, die technologischen Innovationen, die wissenschaftlichen Durchbrüche, die Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien auf breiter Basis, die steigende Informationsflut, der Drang nach einer „evidence based“ Politik, die neuen Bildungsbedürfnisse, die sich ändernde Arbeitswelt, die zunehmende Mobilität von Personen, Gütern und Dienstleistungen, aber auch das Verschwinden von „traditionellen Werten“, die kapitalträchtigen Volkswirtschaften, die Gefährdung der Umwelt, die sozialen Ungleichgewichte, die „Zweidrittel-Gesellschaft“, die Armut, die teilweise kontradiktorischen Trends: kurz und gut, alle die positiven und die weniger positiven Entwicklungen dieses letzten Jahrzehntes haben unter anderem dazu geführt, dass sich die statistischen Systeme ebenso grundsätzlich ändern mussten. Ein modernes statistisches Institut in der heutigen Zeit unterscheidet sich grundsätzlich von einem solchen des Jahres 1990 – und dies sowohl in der Struktur, in den Prozessen, in der Erhebung und Verarbeitung der Daten, in der Diffusion der Informationen, in der Palette und der Qualität der Produkte. Folgende Fragen stehen dabei im Vordergrund:

Wie hat sich das europäische statistische System in dieser Zeit entwickelt, und wie hat es sich den neuen Anforderungen angepasst?

10) Siehe Franchet, Y.: „Statistics and Governance, The EU Experience“, Forum Euro-Méditerranéen des Instituts Economiques – MEDSTAT, Marseille, Session du 30.03.2001 (Mimeo); ders., Fußnote 8; ders.: „Statistics and Politics in the European Union“, Prague, September 2001 (Mimeo); ders.: „Rôle des Offices Statistiques dans la Politique Publique“, Porto, 1. bis 2. Juni 2000 (Mimeo) sowie ders.: „The Future of Statistical Organisations: The Network is the Vision“, Helsinki, 12. Dezember 2000 (Mimeo).

11) PHARE – Programm für mittel- und osteuropäische Staaten; TACIS – Technische Hilfe zur Unterstützung des wirtschaftlichen Stabilisierungs- und Reformprozesses in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und in der Mongolei; MEDSTAT – Programm für die statistische Zusammenarbeit mit den Mittelmeerländern.

12) Siehe Cacciari, M.: „Duemilauno – Politica e futuro“, Milano 2001, sowie Malaguerra, C.: „La statistique: science et conscience du devenir“, Dies Academicus de l'Université de Neuchâtel, Neuchâtel, 7. November 1998 (Mimeo), und ders.: „La statistique publique, langage universel“, Revue Suisse d'économie et de statistique, vol. 137 (3), 2001.

Hat Eurostat in diesem Erneuerungsschub der öffentlichen Statistik die gleiche dynamische Rolle wie bei der Definition der Statistikstandards gespielt?

Ich werde versuchen, diese Fragen aus meiner sehr persönlichen Sicht zu beantworten.

Um die Rolle von Eurostat in diesem Prozess besser verstehen zu können, ist es unerlässlich, zwei wichtige Etappen auf der „Baustelle“ der europäischen Statistik zu erwähnen. 1988 hat die Europäische Kommission einen Text verabschiedet, in dem erstmals eine Politik der statistischen Information definiert wird, und 1997 wird eine „Council regulation“ über die Gemeinschaftsstatistik erlassen. Nach meiner Auffassung ist erst 1988 der Zeitpunkt, wo man von einem „Europäischen Statistischen System“ (ESS) sprechen darf, das natürlich mit dem Gesetz von 1997 noch weitergehend konsolidiert worden ist. Auch wenn seit den Anfängen, wie wir gesehen haben, Eurostat immer mit den NSIs zusammengearbeitet hat, fehlte ein explizites Beziehungsnetz, das als System betrachtet werden konnte. 1989 wurde das erste Statistische Programm (1989 bis 1992) erstellt und durch den neu gebildeten Ausschuss verabschiedet: Das Programm, das vom Rat der damaligen EG genehmigt wurde, ist das zentrale Instrument zur Umsetzung der Politik der statistischen Information. Diese Neuerung ist nicht nur mit der Geburt des ESS zu verbinden, sondern auch mit einer neuen Philosophie der Zusammenarbeit zwischen NSIs und Eurostat. Seit diesem Datum stellte man einen föderalistischen Ansatz in den Beziehungen zwischen den Partnern des ESS fest. Der Ausschuss für das Statistische Programm wurde mit der Zeit das eigentliche Entscheidungsgremium für die Entwicklung der europäischen Statistik. Von diesem Hintergrund aus betrachten wir die Ereignisse der 1990er Jahre.

Als die Berliner Mauer im Herbst 1989 fiel, haben wir gar nicht geahnt, was für tiefgreifende und umfassende gesellschaftliche Konsequenzen dieses Ereignis mit sich bringen sollte. Wir brauchen nur einen Blick auf die Welt von „vorher“ zu werfen, um die Distanz zwischen der damaligen Organisation der Welt und der heutigen zu ermessen. Kommt noch hinzu, dass gleichzeitig mit diesen großen politischen Umwälzungen der technologische Fortschritt – insbesondere im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie – vorangetrieben worden ist. Das Zusammenwirken der gesellschaftlichen Globalisierung und der Entfaltung der Informationsgesellschaft haben die Welt von Grund auf verändert. Neue Informationsbedürfnisse sind entstanden für alle Entscheidungsträger – also auch für die Bürgerinnen und Bürger der demokratischen Länder. Diese Entwicklung hat die NSIs und natürlich auch Eurostat stark herausgefordert.

Es ist meine feste Überzeugung, dass Eurostat nicht nur diese Herausforderung gemeistert, sondern auch den Weg einer vorausschauenden Veränderungspolitik eingeschlagen hat.

Diese neue Politik hat mit der Umstellung der statistischen Systeme der osteuropäischen Länder angefangen. Hier hat die EU über Eurostat (mit den Projekten PHARE und TACIS) einen enormen Beitrag zur Schaffung neuer Bedingungen für die statistische Messung der gesellschaftlichen Vorgänge geleistet und damit eine Voraussetzung für das Aufkommen der demokratischen Entscheidungsprozesse und für die Marktwirtschaft geschaffen. Es sind hier substantielle finanzielle und personelle Ressourcen investiert worden – sicher nicht nur von der EU und deren Mitgliedstaaten allein. Aber das Management und die Koordination der vielen und komplexen Projekte oblag zum großen Teil Eurostat.

Die Politik der Einbindung der wissenschaftlichen Forschung für die Belange der amtlichen Statistik (im methodologischen sowie im analytischen und Informatik-Bereich) hat die Qualität, die Effizienz und die Professionalität des ESS stark erhöht. Die statistischen Informationen werden mehr und mehr auf der Grundlage wissenschaftlicher Methoden ausgearbeitet. Es geht um die Glaubwürdigkeit der statistischen Information aus der Sicht der Nutzer. Dazu kommt die Initiative zur Weiterbildung der europäischen Statistiker: Das TES-Institut¹³⁾ wurde zu diesem Zweck geschaffen. Hier hat Eurostat auch eine führende Rolle gespielt und eine breite Bewegung in allen europäischen Ländern ausgelöst.

Auch im Bereich des Qualitätsmanagements sind wichtige Impulse zu verzeichnen. Dank der Mobilisierung der Kräfte, der Kenntnisse und der Erfahrungen verschiedener Länder (und nicht nur der europäischen) sind Empfehlungen für die NSIs erarbeitet worden. Ein umfassendes und kohärentes System des Qualitätsmanagements ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein modernes NSI.

Was aber aus meiner Sicht den größten Durchbruch in der Statistikwelt der 1990er Jahre gebracht hat, ist die neue Rolle, die die statistische Information für unsere Gesellschaft zu spielen hat.¹⁴⁾ Daraus lassen sich klare neue Anforderungen an die Produzenten von amtlicher Statistik ableiten. Die statistischen Systeme – insbesondere das ESS – werden mehr und mehr kundenorientiert, sie integrieren sich – ohne ihre Identität zu verlieren – in die Entscheidungssysteme und ganz allgemein, in die zivile Gesellschaft. Der Stellenwert der statistischen Information in unserer Gesellschaft ist gestiegen: Die Transparenz über die gesellschaftliche Entwicklung wird gefordert, eine „evidence based policy“ in den verschiedenen Bereichen der öffentlichen Politik wird von den Bürgern verlangt, der Vergleich, das „Benchmarking“, mit anderen ist ebenfalls gefordert. Im Gegensatz zu technischen Systemen, bei denen sich das Monitoring oft an absoluten Vorgaben orientiert (wenn der Benzintank nur noch 5 Liter enthält, leuchtet die Warnlampe), gibt es solche direkt messbaren Zielgrößen in der Gesellschaft und der Politik selten. Um Wirkungen und Wirksamkeiten widerzuspiegeln, steht die komparative Methode im Vordergrund. In jedem Fall sind objektive, gesicherte, vergleichbare, aktuelle, zutreffende und zeitgerechte statistische Informationen gefragt, um den ständigen und raschen Gesellschafts-

13) TES – Training of European Statisticians.

14) Siehe Malaguerra, C.: «La statistique publique, langage universel», Fußnote 12.

wandel zu verstehen und allenfalls zu steuern. Die Statistik hat sich der Politik angenähert: Die Wechselwirkungen zwischen Politik und Statistik nehmen zu, und die statistische Information nützt schließlich der zivilen Gesellschaft, die immer besser informiert wird. Noch einmal: die heutige öffentliche Statistik hat wenig zu tun mit derjenigen der frühen 1990er Jahre. Wenn dies so ist, dann vor allem deshalb, weil führende Statistiker im Allgemeinen und insbesondere Eurostat und das ESS eine visionäre Entwicklungspolitik verfolgt haben. Ohne eine vorausschauende Informationsstrategie, die den ganzen statistischen Prozess umfasst, ohne das solide Engagement von Personen und Institutionen, wären wir heute nicht so weit. Es ist meine Überzeugung, dass Eurostat in den letzten Jahren den Motor der Systemerneuerung gespielt hat – von dem alle Partner profitiert haben. Auch wenn uns noch viel zu tun verbleibt, um mit den Bedürfnissen der wandelnden Gesellschaft Schritt zu halten, bin ich überzeugt, dass das ESS auf dem richtigen Weg ist. Um uns darüber zu vergewissern, brauchen wir nur das Weißbuch „Europäisches Regieren“ der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 25. Juli dieses Jahres (2001 – Anmerkung der Red.) zu konsultieren. Dieses Weißbuch fasst die wichtigsten Probleme und Herausforderungen der EU für die nächsten Jahre zusammen. Das Regieren – auf globaler, europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene – soll verbessert werden. Die vorgeschlagenen Änderungen beruhen auf fünf Grundsätzen: Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effektivität und Kohärenz. Wie will man solche Grundsätze verwirklichen, ohne dass profunde Kenntnisse über den Gesellschaftswandel vorhanden sind? „Demokratie hängt davon ab, ob sich die Menschen am öffentlichen Diskurs beteiligen können“ heißt es im Bericht der EU-Kommission. „Dazu müssen sie aber ungehinderten Zugang zu verlässlichen Informationen über Europafragen haben und den politischen Prozess in den verschiedenen Phasen verfolgen können“¹⁵⁾. Das ESS ist bestens darauf vorbereitet, der quantitativen Dimension solcher Aufforderungen Folge zu leisten. Das Weißbuch verlangt eine Reform und einen Wandel des „europäischen Regierens“: Der Erfolg eines solchen grundsätzlichen Projektes verlangt nach einem neu konzipierten politischen Monitoring.¹⁶⁾ Dazu kann die Statistik des ESS wesentliche Impulse geben, sei es für die zivile Gesellschaft, sei es für die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger.

5 Was ist neu im politischen Monitoring?

Das politische Monitoring ist nach meiner Auffassung die laufende, gezielte Beobachtung und Berichterstattung über politisch relevante Sachverhalte für politische Akteure.¹⁷⁾ Unter dem Begriff „Beobachtung“ ist in diesem Kontext die statistische Messung der gesellschaftlichen Entwicklung zu verstehen. Es sind dies die verschiedensten statistischen Informationen über die zahlreichen Bereiche der öffentlichen Statistik. Die Beobachtung allein genügt aber heute

nicht mehr, um die Bedürfnisse der Politik zu befriedigen. Sie muss in eine so genannte aktive Information umgewandelt werden, die wir Berichterstattung nennen können. Diese Berichterstattung ist gezielt an den politisch relevanten Fragestellungen auszurichten. Das heißt in anderen Worten, dass die statistischen Informationen so zusammenzustellen sind, dass sie für politische Akteure als direkte Information für die Vorbereitung ihrer Entscheide dienen können. Wir leben in einer Welt, wo mehr und mehr Informationen aller Art und Qualität zirkulieren. Die politischen Entscheidungsträger verlangen, dass sie die „richtige“ kondensierte Information bekommen, ohne mit einer Masse von Informationen überflutet zu werden, ohne Zeit zu verlieren, ohne den Einsatz von teuren Beratern. Die Antwort auf diese neuen An- und Herausforderungen seitens der öffentlichen Statistik ist meines Erachtens eindeutig. Die NSIs und natürlich auch Eurostat sind dazu aufgerufen, ein Indikatorenkonzept und -system auf die Beine zu stellen, das solche Bedürfnisse befriedigen kann. Zwar sind heute schon statistische Indikatoren vorhanden – denken wir nur an die Wirtschaftsstatistik. Aber wir müssen zugeben, dass eine ganzheitliche Betrachtung in der Berichterstattung des gesellschaftlichen Wandels mit Hilfe von statistischen Indikatoren immer noch fehlt. An die Indikatoren muss eine Reihe von Anforderungen gestellt werden. Sie müssen zuerst politikorientiert sein, das heißt sie haben gezielt Fragestellungen der politischen Akteure zu beantworten. Die Indikatoren verdichten die Information: Es darf daher nicht eine große Anzahl Indikatoren produziert werden. Was sehr zu empfehlen wäre, ist eine Art stufengerechte Struktur von Indikatoren, die die besonderen Bedürfnisse der Politik am besten befriedigen könnten.

Gestatten Sie mir hier zwei wichtige Bemerkungen. Meine bisherigen Ausführungen sollten nicht den Zweifel aufkommen lassen, dass ich ein Befürworter einer mechanistischen Philosophie des Regierens bin. Der direkte Entscheidungsbezug der Statistik ist vielfach nicht gegeben. Indikatoren und statistische Aussagen weisen oft nur auf mögliche Fehlentwicklungen hin (Hinweisfunktion der Indikatoren). Ich bin mir sehr bewusst, dass die Entscheidungsfindung ein extrem komplexer Prozess ist, mit vielen Akteuren und verschlungenen Konsultations- und Einflusswegen. Aber: die Indikatoren stellen in der demokratischen Debatte Referenzwerte dar.

Die zweite Bemerkung, die ich machen möchte, betrifft den aufkommenden neuen Ansatz der politischen Steuerung. Wir wissen, dass moderne Politiker irgendeine Problemstellung mit der Kausalfrage „was – wenn“ zu lösen versuchen. Die Output-Steuerung verlangt nach neuen Informationen. Es ist, wenn ich ein Beispiel geben darf, nicht mehr primär die Zahl der Schüler oder die Bildungsausgaben oder die Zahl der Fächer einer Universität, die interessieren. Vielmehr lauten die Fragen jetzt: Welche Fähigkeiten haben die jungen Leute? Entsprechen ihre Kompetenzen den Anforderungen des Arbeitsmarktes? Und ähnliche Fragen mehr. Es sind

15) Siehe Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „Europäisches Regieren, Ein Weißbuch“, Brüssel, 25. Juli 2001, KOM(2001) 428.

16) Siehe Prodi, R.: „2000 – 2005: Umriss des neuen Europas“, Europäisches Parlament, Straßburg, 15. Februar 2000 (Mimeo).

17) Siehe Gilomen, H.: „Sozialberichterstattung und politisches Monitoring – Strategien für die Zukunft“, Neuchâtel, Juni 2001 (Mimeo).

eben die Resultats-, die Wirkungs-, aber auch die Funktionsindikatoren, die zu entwickeln sind.

Das verlangt nach einer dynamischen, flexiblen und transparenten Handhabung der Indikatoren.

Die Indikatoren müssen ferner international und national standardisiert, vergleichbar in der Zeit, im Raum und zwischen sozialen Gruppen sein. Eigentlich sage ich nichts Neues. Schon 1975 beschrieb Richard Stone in seinem Handbuch "System of Social and Demographic Statistics" folgendermaßen die Philosophie eines kohärenten Informationssystem: "The system has to show what data are desirable on human beings, both individually and in groups, and on the institutions with which they are connected and how these data should be organised in order to provide an information system which will be useful for description, analysis and policy making in the different fields of social life"¹⁸).

Aus meiner Perspektive könnte mit dem Ansatz der nachhaltigen Entwicklung ein solches Indikatorensystem entworfen werden. Das Konzept der Nachhaltigkeit erfordert die gemeinsame, gleichzeitige und gleichgewichtige Betrachtung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und umweltrelevanten Dimensionen. Die wirtschaftliche Dimension wurde in der Vergangenheit – und wird heute immer noch – bei der statistischen Beobachtung stark in den Vordergrund gerückt. Dies ist als Folge der herrschenden Gesellschaftsphilosophie anzusehen. Wir wissen, dass diese rein wirtschaftliche Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung sehr einseitig und verzerrend war und ist. Sicher haben die Statistiker Informationen und Indikatoren über soziale und umweltrelevante Gegebenheiten berechnet. Ich glaube aber nicht, dass wir heutzutage von einem integrierten, kohärenten statistischen System sprechen können. Über die Lebensbedingungen, das Wohlbefinden, die Armut, die soziale Ungleichheit, die Diskriminierung, die Gleichstellung der Geschlechter, die soziale Kohäsion, die Partizipation und die Gerechtigkeit haben wir keine systematischen Informationen. Desgleichen sind unsere Informationen über regionale Disparitäten (ich denke nicht an die wirtschaftlichen), die kulturelle Vielfalt, die infrastrukturelle Ungleichheit, die räumliche Mobilität, die interkulturelle Kommunikation, die interregionalen und internationalen Beziehungen oder über den Wandel unserer gesellschaftlichen Strukturen aufgrund neuer Informations- und Kommunikationstechnologien ungenügend. Das Indikatorensystem dient dazu, die immer komplexere und sich weiter differenzierende Gesellschaft in einer kohärenten Synthese sichtbar zu machen. Denn ohne Indikatoren bleiben die Wirkungskräfte, die Strukturen und Entwicklungen der Gesellschaft verborgen.

Nicht nur die verschiedenen gesellschaftlichen Aspekte der statistischen Beobachtung, sondern auch die verschiedenen Ebenen sind zu berücksichtigen: die Mikro-, die Meso- und die Makroebene. Und etwas Wichtiges darf nicht ver-

gessen gehen: die prospektive Dimension des Indikatorenansatzes, das heißt in anderen Worten, die Information über die Beeinträchtigung und die Ausweitung des Handlungsspielraumes künftiger Generationen. Es erscheint mir notwendig, dass die öffentliche Statistik eine Art gesellschaftliche „Anzeigetafel“ («Tableau de bord») erstellt, die je nach Benutzerkreis die wichtigen und richtigen Informationen enthält. Unsere demokratischen Gesellschaften sowie der Aufbau von Europa verlangen nach relevanten und zuverlässigen Informationen. "There is no democracy without transparency and there is no transparency without statistics"¹⁹).

Das ist tatsächlich eine große Herausforderung für die öffentliche Statistik. Sie muss sich in Zukunft viel besser und eindeutiger in ihrer Funktion positionieren. Das ESS hat schon sehr viel erreicht. Der Netzwerkansatz muss meines Erachtens noch stärker angewendet werden. Es ist nur mit der Vernetzung des Wissens der NSIs sowie mit einem starken „Focal point“, wahrgenommen von Eurostat, möglich, dass weitere Fortschritte erzielt werden können.

Dabei sehe ich einerseits eine immer größer werdende Zusammenarbeit zwischen den NSIs und der Wissenschaft. Die Konstruktion von Indikatoren verlangt nach einem bedeutenden wissenschaftlichen (methodologischen und analytischen) Input. Auf der anderen Seite muss die öffentliche Statistik eine Annäherung an die Politik und, im Allgemeinen, an die zivile Gesellschaft suchen. Man kann die öffentliche Statistik schematisch mit ihren nüchternen, objektiven, aggregierten und verallgemeinernden Informationen als Bindeglied zwischen der innovativen, komplexen, hoch spezialisierten Wissenschaft einerseits und der machtvollen, vereinfachenden, hervorhebenden Politik andererseits betrachten.²⁰) Neben der notwendigen Neuausrichtung der statistischen Dienstleistungen sehe ich die Notwendigkeit, über die Einbettung der NSIs im staatlichen Gefüge zu diskutieren. Ich wäre für eine Aussonderung der NSIs aus dem Verwaltungsapparat und für die Bildung eines eigenen Institutes, finanziert mit öffentlichen Geldern – so wie die Forschung finanziert wird. Diese Problematik liegt aber außerhalb unseres heutigen Themas.

6 Schlussfolgerungen

In ihrer 50-jährigen Existenz hat uns die europäische Integration Stabilität, Frieden und Wohlstand gesichert. Dies wäre nicht möglich gewesen, wenn es nicht seit dem Anfang dieses Integrationsprozesses die Suche nach einer objektiven, gemeinsamen Verständnissprache gegeben hätte. Ich meine die statistische Sprache, die dazu gedient hat, den gesellschaftlichen Wandel nicht nur zu verstehen, sondern auch zu steuern. Die Sorge um das politische Monitoring der europäischen Integration war seit den Anfängen der Montanunion präsent, weil eben dieser Prozess ein politischer war. Eine der Voraussetzungen eines solchen Monitorings – auch wenn es nicht von Anfang an so geheißen hat – war die

18) Siehe United Nations: "A System of Social and Demographic Statistics", New York, 1975 (Redaktion: R. S. Stone).

19) Siehe Franchet, Y., Fußnote 7.

20) Siehe Jesinghaus, J.: „Vom Datensatz bis zum Politikbewertungsindex“, Joint Research Center, Ispra, 2001 (Mimeo).

Verfügbarkeit von relevanten statistischen Informationen. Die statistische Funktion hat mit der Erweiterung des Aktionspektrums der europäischen Integration Schritt gehalten. Von einem „Europäischen Statistischen System“ kann man aber erst seit Ende der 1980er Jahre sprechen. Erst seit diesem Zeitpunkt wurde ein europäisches Netzwerk mit den verschiedenen nationalen Partnern auf die Beine gestellt, und seither hat dieses System eine ausgesprochene Welt-dimension erreicht.

Man kann wohl behaupten, dass das moderne ESS mitgeholfen hat, den europäischen Integrationsprozess zu gestalten.

Es wird aber von der öffentlichen Statistik noch mehr erwartet bzw. verlangt. Ein einfaches, aber leistungsfähiges System für das politische Monitoring muss auf die Beine gestellt werden. Ein vertikal gestuftes Indikatorenkonzept, basierend auf dem Ansatz der Nachhaltigkeit, sollte entwickelt und implementiert werden, sodass die politischen Akteure eine Art Tableau de bord zur Verfügung haben, das ihnen erlaubt, die Gesellschaft zu verstehen und politische Zielsetzungen auf der Grundlage gesicherten Wissens zu verfolgen. [u](#)

Weitere Literatur zum Thema Europäische Statistik

- Beyer, H.: «Robert Schumann», Centre de Recherches Européennes, Lausanne, 1986.
- Brugmann, H.: «Le message européen de Robert Schuman», Centre de Recherches Européennes, Lausanne, 1965.
- Emmerij, L./Jolly, R./Weiss, T. G.: “Ahead of the Curve? – UN Ideas and Global Challenges”, Indiana University Press, Bloomington, 2001.
- Kajima, M. et al.: «Coudenhove-Kalergi – Le Pionnier de l’Europe Unie», Centre de Recherches Européennes, Lausanne, 1971.
- Monnet, J.: «L’Europe et l’organisation de la paix», Centre de recherches Européennes, Lausanne, 1964.
- Monnet, J.: «L’Europe unie – De l’utopie à la réalité», Centre de recherches Européennes, Lausanne, 1972.

Dipl.-Volkswirtin Pia Brugger

Rechtliche Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Da amtliche Statistiken in Deutschland grundsätzlich durch ein förmliches Gesetz angeordnet werden müssen, sind die Rahmenbedingungen für eine flexible Anpassung des statistischen Programms in Deutschland eher ungünstig. Der Aufsatz gibt zunächst einen Überblick über die institutionellen Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik in den EU-Mitgliedstaaten im Allgemeinen. Anschließend wird über die Ergebnisse einer Umfrage bei den statistischen Ämtern der EU-Mitgliedstaaten zu den rechtlichen Grundlagen für die Durchführung von amtlichen Statistiken berichtet. Dabei stellt sich heraus, dass eine Situation wie in Deutschland, in der über 90% aller amtlichen Statistiken vom Parlament angeordnet sind, zumindest in der Europäischen Union einzigartig ist.

Vorbemerkung

Da sich die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in unserem Land – unter anderem durch den raschen technischen Wandel, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie – immer schneller ändern, haben die Anforderungen an die Flexibilität des statistischen Programms in den letzten Jahren immer mehr zugenommen. Damit das Datenangebot der amtlichen Statistik mit diesen Entwicklungen Schritt halten kann, muss das statistische Programm schneller und flexibler an die Veränderungen angepasst werden. Verglichen mit anderen Industriestaaten sind die Rahmenbedingungen für eine flexible Anpassung des statistischen Programms in Deutschland ungünstig. Amtliche

Statistiken müssen – im Gegensatz zu sehr vielen anderen Staaten – grundsätzlich durch förmliches Gesetz angeordnet werden. Da Programmanpassungen also den Gesetzgebungsprozess und die entsprechenden parlamentarischen Gremien durchlaufen müssen, gestalten sie sich relativ schwierig und zeitraubend. Auf Wunsch des Statistischen Beirats untersuchte das Statistische Bundesamt die rechtlichen Rahmenbedingungen in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) näher. Die rechtlichen Grundlagen der amtlichen Statistik in den EU-Mitgliedstaaten weisen eine große Bandbreite von Gestaltungsmöglichkeiten auf. Da nationale statistische Systeme auf unterschiedlichen sozioökonomischen und politischen Systemen beruhen, wird im ersten Teil dieses Aufsatzes zunächst ein allgemeiner Überblick über die institutionellen Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik in den EU-Mitgliedstaaten gegeben. Um einen aktuellen Überblick über die rechtlichen Grundlagen der Durchführung von amtlichen Statistiken zu erhalten, führte das Statistische Bundesamt eine Umfrage bei den statistischen Ämtern der EU-Mitgliedstaaten durch. Das Ergebnis dieser Umfrage wird in Kapitel 2 vorgestellt.

1 Der institutionelle Rahmen der amtlichen Statistik in den Mitgliedstaaten der EU¹⁾

Gemeinsam haben alle nationalen statistischen Systeme der EU-Mitgliedstaaten, dass sie in zunehmendem Maße

1) Siehe de Vries, W. F. M.: "The Organization of Official Statistics in Europe", veröffentlicht auf der Internetseite der Statistischen Abteilung der Vereinten Nationen, www.esa.un.org/unsd/goodprac, unter den Stichworten "Netherlands" und "Statistics legislation"; Als, G.: „Organisation der Statistik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft“, Luxemburg 1993. Die Angaben wurden anhand des "Handbook of Official Statistics" der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE), das auf deren Internetseite www.unecce.org unter dem Stichwort "Statistics" veröffentlicht wird, aktualisiert.

auf europäischen Rechtsgrundlagen beruhen. Seit der Diskussion und Verabschiedung der EG-Verordnung über die Gemeinschaftsstatistiken 1997 betrifft die Harmonisierung aber nicht nur einzelne Statistiken, sondern auch die Grundsätze der amtlichen Statistik.

1.1 Statistisches Rahmengesetz

Mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches existiert in sämtlichen EU-Mitgliedstaaten ein nationales Rahmengesetz für die amtliche Statistik. Im Allgemeinen finden sich dort Regelungen zur Gründung und Bezeichnung des nationalen Statistischen Amtes, zu den Aufsichtsorganen, zum Titel des Amtsleiters, zum Auftrag des Amtes, zur Ausübung der statistischen Befugnisse, zum Grad der Zentralisierung, zum Statistischen Beirat und sonstigen Koordinationsorganen, zur statistischen Auskunftspflicht und zur statistischen Geheimhaltung. In einigen statistischen Rahmengesetzen ist, wie zum Beispiel in Finnland, Irland, den Niederlanden und Österreich, das Recht der amtlichen Statistik, Verwaltungsdaten zu nutzen, festgeschrieben. Die Pflicht, die Belastung der Auskunftspflichtigen zu reduzieren, wird u. a. in Finnland, den Niederlanden, Österreich und Schweden als formale Aufgabe der amtlichen Statistik festgelegt. Diese grundlegenden Statistikgesetze unterscheiden sich jedoch zum Teil erheblich in ihrem Umfang und materiellen Gehalt. In einigen Staaten, wie zum Beispiel in Österreich, werden die Aufgaben des statistischen Amtes sehr detailliert beschrieben. Daneben gibt es auch, wie in Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden, einige sehr kurz gefasste statistische Rahmengesetze.

1.2 Position des nationalen statistischen Amtes

Der Status und die Aufgaben der nationalen statistischen Ämter weisen große Unterschiede auf. Eine Reihe von statistischen Ämtern ist direkt dem Kabinett oder dem Premierminister (Irland, Italien und Österreich) zugeordnet. Während in den meisten Fällen, in denen das nationale statistische Amt einem bestimmten Ministerium zugeordnet ist, es sich um eine eher formelle Zuordnung handelt, gibt es auch Beispiele, bei denen das zuständige Ministerium in gewisser Weise Einfluss auf das statistische Programm ausübt. So leitet zum Beispiel in Frankreich der Wirtschaftsminister den Nationalen Rat für Statistische Informationen. Am häufigsten ist das nationale statistische Amt dem Wirtschaftsministerium zugeordnet, gefolgt vom Finanzministerium.

Was den Auftrag der nationalen statistischen Ämter betrifft, so stehen sich zwei Konzepte gegenüber. Das enge Konzept der amtlichen Statistik sieht als Aufgabe des nationalen statistischen Amtes lediglich die Erstellung und Verbreitung von Statistiken vor. Dagegen gehört im weiten Konzept der amtlichen Statistik auch die Analyse der statistischen Daten und die Erstellung von sozioökonomischen Studien und Prognosen zu den Aufgaben des nationalen statistischen Amtes. Während das nationale statistische Amt in Belgien ein Beispiel für das enge Konzept darstellt, ist in Frankreich das weite Konzept verwirklicht.

Neben der Produktion und Weiterverarbeitung statistischer Daten werden von vielen nationalen Ämtern in unterschiedlichem Umfang noch Aufgaben in den Bereichen internationale Zusammenarbeit, statistische Ausbildung und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Übergangsländern wahrgenommen. Einige Leiter der nationalen statistischen Ämter erfüllen noch zusätzliche Aufgaben, sei es als Wahlleiter oder als Leiter von nationalen Unternehmens- oder Personenregistern (Dänemark, Frankreich, Vereinigtes Königreich).

Da amtliche Statistik per definitionem durch öffentliche Mittel finanziert wird, entscheidet die Regierung bzw. das Parlament über das allgemeine Niveau der Aktivitäten und Möglichkeiten der amtlichen Statistik. Neben der institutionellen Förderung der amtlichen Statistik wurden in einigen Ländern dezentralisierte Finanzierungsmöglichkeiten eingeführt. So sieht zum Beispiel das Bundesstatistikgesetz 2000 in Österreich vor, dass Statistiken von den Ministerien finanziert werden, die ein besonderes Interesse an ihnen haben. In Dänemark, Finnland, Italien, den Niederlanden und Schweden dürfen sich statistische Ämter für spezielle Forschungsprojekte oder Statistiken um Drittmittelgeber sowohl innerhalb als auch außerhalb des öffentlichen Sektors bemühen. Einige Länder gehen noch darüber hinaus und gewähren der amtlichen Statistik finanzielle Autonomie, die es zum Beispiel den nationalen statistischen Ämtern in Dänemark, Österreich, Portugal und Deutschland ermöglicht, über die Erträge aus dem Verkauf von Veröffentlichungen und von Dienstleistungen sowie über Finanzbeiträge der Europäischen Union zu verfügen.

1.3 Statistische Beiräte

Statistische Beiräte bestehen in allen EU-Mitgliedstaaten. Im Allgemeinen stellen sie eine Plattform dar, auf der die Bedürfnisse der Nutzer auf die Möglichkeiten der Produzenten der amtlichen Statistik treffen. In den Ländern, in denen amtliche Statistiken von verschiedenen Behörden erstellt werden, ist der Statistische Beirat oft auch für die Koordination der amtlichen Statistik verantwortlich. Ferner haben Statistische Beiräte häufig die Funktion eines Beratungsorgans in methodischen Fragen oder in Grundsatzfragen. In den Ländern, in denen ein jährliches nationales statistisches Arbeitsprogramm erstellt wird, wird es im Allgemeinen auch im Statistischen Beirat erörtert oder sogar beschlossen. Wenn, wie zum Beispiel in Dänemark oder in den Niederlanden, die Verabschiedung dieses Programms die Zustimmung des Statistischen Beirats voraussetzt, so spielt er sogar eine entscheidende Rolle bei der Setzung von Prioritäten für die amtliche Statistik.

Die Statistischen Beiräte unterscheiden sich in ihrer Größe und Zusammensetzung erheblich. Üblicherweise sind in den Statistischen Beiräten die wichtigsten Nutzer der amtlichen Statistik vertreten. In einigen Fällen ist die Mitgliedschaft aber auch auf Vertreter von Ministerien und Behörden begrenzt. Relativ häufig, vor allem, wenn der Statistische Beirat nur eine beratende Funktion ausübt, hat der Leiter oder die Leiterin des statistischen Amtes den Vorsitz im Statistischen Beirat. In einigen Ländern, wie zum Beispiel in Frankreich, hat ein Minister den Vorsitz. Wie in Deutschland

gibt es auch in Dänemark, Finnland, Frankreich, den Niederlanden und Schweden neben dem Statistischen Beirat Gremien für methodische Fragen oder besondere statistische Aufgabengebiete.

1.4 Zentralisierung versus Dezentralisierung

Ein Aspekt der Organisation der amtlichen Statistik ist das Ausmaß der Zentralisierung des nationalen statistischen Systems. Theoretisch ist in einem zentralisierten statistischen System eine Stelle für die Erhebung, Aufbereitung und Veröffentlichung sämtlicher amtlicher Statistiken zuständig. Beispiele für Länder, in denen dieses Modell mehr oder weniger vollständig realisiert wurde, sind Dänemark und Irland. Ausnahmen gibt es dort lediglich in den Bereichen, in denen die Statistik eng mit Verwaltungsaufgaben verknüpft ist, zum Beispiel Gesundheit, Soziale Sicherung oder Rechtspflege. In vielen Ländern einschließlich derer mit einem relativ zentralisierten statistischen System erstellt die Zentralbank die Zahlungsbilanzstatistik.

Bei dezentralen Systemen gibt es viele Ausgestaltungsmöglichkeiten. Grundsätzlich kann die Dezentralisierung entweder in regionaler oder in fachlicher Hinsicht erfolgen. Regionale Dezentralisierung, bei der die regionalen statistischen Ämter erheblichen Entscheidungsspielraum besitzen, beruht im Allgemeinen auf den politischen Strukturen eines Landes. Die stark regional dezentralisierten statistischen Systeme in Deutschland und Spanien unterscheiden sich allerdings in ihrem Aufbau und ihrer Funktionsweise erheblich. Einen völlig anderen Charakter besitzen die Statistiksysteme von Frankreich, Griechenland, Italien und Portugal, bei denen die Regionalbüros lediglich die Anweisungen des nationalen statistischen Amtes ausführen.

In fachlich dezentralisierten Systemen werden Statistiken häufig von den fachlich zuständigen Ministerien oder von Ämtern, die sich auf bestimmte Statistiken spezialisiert haben, durchgeführt. In Frankreich und dem Vereinigten Königreich werden viele Statistiken von den Fachressorts erhoben. In beiden Ländern sowie in Belgien, Finnland, Italien und Schweden hat das nationale statistische Amt eine bedeutende Koordinationsfunktion. Auch in dezentralisierten statistischen Systemen ist das nationale statistische Amt meist zumindest für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, das nationale Statistische Jahrbuch, die Entwicklung von statistischen Standards, Methoden und Klassifikationen, die Geschäftsführung des Statistischen Beirats und die internationale Zusammenarbeit im Bereich Statistik zuständig.

1.5 Unabhängigkeit der nationalen statistischen Ämter

Die wissenschaftliche Unabhängigkeit und Objektivität des nationalen statistischen Amtes sind in allen EU-Mitgliedstaaten gewährleistet. Allerdings ist die wissenschaftliche Unabhängigkeit nicht in den Rechtsgrundlagen aller EU-Mitgliedstaaten explizit aufgeführt. Im Allgemeinen ist der Lei-

ter des statistischen Amtes auch für die Veröffentlichung der statistischen Ergebnisse verantwortlich.

1.6 Statistische Programmplanung

Das statistische Programm wird in vielen Ländern maßgeblich von der Regierung, einem Ministerium oder dem Parlament bestimmt. In einigen Ländern ist diese Aufgabe aber auch dem Leiter des statistischen Amtes oder dem Statistischen Beirat übertragen worden. So beschließt zum Beispiel in den Niederlanden der Statistische Rat das Arbeitsprogramm des Centraal Bureau voor de Statistiek (CBS). Ohne die Zustimmung des Statistischen Beirats kann der Leiter des CBS keine bedeutenden Erhebungen anordnen oder aussetzen. Auch in Dänemark legt der Statistische Rat das Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik fest. In Frankreich berät der Statistische Rat das Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques (INSEE) bei der Festlegung des Jahresarbeitsprogramms, in dem auch die Erhebungen mit Auskunftspflicht angeordnet werden. In Irland wird das Jahresarbeitsprogramm vom Central Statistics Office in Abstimmung mit dem Statistischen Beirat und weiteren Nutzern festgelegt. In Finnland entscheidet der Leiter des nationalen statistischen Amtes über das Jahresarbeitsprogramm. Unabhängig davon, wer letztendlich auf nationaler Ebene über das statistische Programm entscheidet, bleibt festzuhalten, dass die Befugnisse niemals uneingeschränkt sind, da in allen Ländern Beratungsgremien existieren, die sich zu den Erhebungsvorhaben oder dem jährlichen Erhebungsprogramm äußern. Außerdem sollte noch einmal daran erinnert werden, dass ein zunehmender Anteil der Erhebungen im Rahmen des statistischen Systems der Europäischen Union erfolgt, damit dem gemeinschaftlichen Entscheidungsprozess unterliegt und – soweit die europäischen Regelungen verbindlich sind – der nationalen Verfügung entzogen ist.

2 Ergebnis einer Umfrage bei den statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten der EU

Von den 14 Anfang Mai 2001 angeschriebenen statistischen Ämtern der EU haben 11 den Fragebogen beantwortet. Die Übersicht gibt einen Überblick über die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Durchführung der amtlichen Statistik in Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien im Vergleich zur Situation in Deutschland.

Wie bereits erwähnt, gibt es mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches in allen EU-Mitgliedstaaten ein statistisches Rahmengesetz. Betrachtet man die Verfahren, die zur Anordnung von statistischen Erhebungen führen, so wird deutlich, dass in den meisten Mitgliedstaaten der EU die Erhebungen auf der Grundlage von Rechtsverordnungen, von Anordnungen des Leiters des statistischen Amtes oder von „Sonstigen Verfahren“ durchgeführt werden. Zwar werden in 5 EU-Mitgliedstaaten Erhebungen auch durch Gesetze angeordnet, jedoch ergaben Rückfragen, dass es sich in Dänemark und Luxemburg nur um das statistische Rahmengesetz handelt. Im Fall von Finnland bezieht sich die Antwort nur auf die

Übersicht: Rechtliche Rahmenbedingungen für die Durchführung amtlicher Statistiken
Ergebnis der Umfrage bei den nationalen statistischen Ämtern der Europäischen Union

Nr.		Dänemark	Deutschland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Luxemburg	Österreich	Portugal	Schweden	Spanien
1	Rahmengesetz für die amtliche Statistik	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
2	Anordnungsverfahren statistischer Erhebungen												
	Gesetz, das vom Parlament erlassen wird	X	X	X					X	X	X		
	Rechtsverordnung der Zentralregierung		X			X		X	X			X	
	Rechtsverordnung eines Ministeriums		X		X	X	X			X			
	Anordnung des Leiters des statistischen Amtes					X	X		X		X		
	Sonstige	X	X	X		X				X	X	X	X
3	Statistische Rechtsgrundlagen im Jahr 2000												
	Gesetz, das vom Parlament erlassen wird		92	1						12			
	Rechtsverordnung der Zentralregierung		2			3		100	10				
	Rechtsverordnung eines Ministeriums		4		100	90	42			63			
	Anordnung des Leiters des statistischen Amtes					7	58						
	Sonstige	100	2	99					90	25			100
	Insgesamt	100	100	100 ¹⁾	100	100 ²⁾	100	100	100	100	3)	3)	100
4	Charakteristika einer Erhebung, die in einer Rechtsgrundlage geregelt werden müssen												
	Erhebungsmerkmale	X	X		X	X		X	X	X	X	X ⁴⁾	X
	Hilfsmerkmale		X		X				X				
	Art der Erhebung (Stichprobe, Vollerhebung)		X		X	X		X	X	X	X		
	Berichtszeitraum oder Berichtszeitpunkt		X		X	X		X	X	X	X		X
	Periodizität		X	X	X	X	X	X	X	X	X		X
	Kreis der Befragten	X	X		X	X	X	X	X	X	X		
	Zahl der Befragten				X	X		X					
	Art der Auskunftserteilung (verpflichtend, freiwillig)	X	X		X	X	X	X	X	X		X	X
	Kosten					X				X	X		X
5	Eingeschränkte Ausgestaltungsmöglichkeiten einer Erhebung ohne Rechtsgrundlage	ja	ja	nein	3)	3)	ja	3)	ja	ja	nein	ja	3)
6	Einschränkungen der Ausgestaltungsmöglichkeiten einer Erhebung ohne Rechtsgrundlage												
	Anzahl der Befragten ist begrenzt		X										
	Kreis der Befragten ist beschränkt								X	X			
	Kosten sind begrenzt												
	Nur bestimmte Erhebungsgegenstände dürfen erfragt werden												
	Anzahl der Wiederholungen ist begrenzt		X										
	Frist für Wiederholungsbefragung ist begrenzt		X										
	Zweck der Erhebung muss im Vorfeld feststehen											X	
	Erhebung ist nur ohne Auskunftspflicht möglich	X	X				X			X		X	
	Sonstige												
7	Bemühungen um flexiblere Gestaltung	nein	ja	nein	nein	ja ⁵⁾	nein	nein	nein	nein	ja	nein	nein
8	Politisch relevante Akteure, die sich aktiv um eine Flexibilisierung bemühen												
	Statistisches Amt		X										
	Ministerien										X		
	Wirtschaftsverbände										X		
	Wissenschaft										X		
	Sonstige												

1) Grobe Schätzung: In Finnland basiert nur die Volkszählung auf einem Gesetz. – 2) Darüber hinaus werden Statistiken auf der Basis von Verwaltungsdaten und Registern durchgeführt, die auf Decree-Act No. 3627 von 1956 beruhen, welches das statistische System betrifft, und durch das Gesetz No. 2392/1996 geändert wurde. – 3) Keine Angaben. – 4) Eine Rechtsgrundlage ist erforderlich, wenn sensible, personenbezogene Daten betroffen sind. – 5) Entwurf eines statistischen Rahmengesetzes.

Volkszählung. In Österreich wird zwar auch das Legalitätsprinzip angewandt, allerdings basieren nur etwa 12% aller Statistiken auf einzelstatistischen Gesetzen, die vom Parlament erlassen wurden. Eine Situation wie in Deutschland, in der etwa 92% der amtlichen Statistiken vom Bundestag angeordnet sind, ist zumindest in der Europäischen Union einzigartig.

In Dänemark, Finnland, Luxemburg und Spanien basieren nahezu alle Erhebungen auf „Sonstigen Verfahren“. Die statistischen Ämter weisen in den Erläuterungen, die sie in den Fragebogen eintragen, darauf hin, dass ihr Erhebungsprogramm maßgeblich durch das statistische Jahresprogramm (Dänemark, Frankreich) und das ihnen zugewiesene Budget (Finnland, Schweden) bestimmt wird. In Frankreich werden Statistiken im Allgemeinen durch Rechtsverordnungen eines Ministeriums und in Italien durch Rechtsverordnungen der Zentralregierung angeordnet. In Irland wird die Mehrzahl der Erhebungen vom Leiter des statistischen Amtes angeordnet und ohne Auskunftspflicht durchgeführt. Erhebungen mit Auskunftspflicht werden in Irland in der Praxis durch eine Rechtsverordnung eines Ministeriums angeordnet.

In Rechtsvorschriften werden am häufigsten die Erhebungsmerkmale, die Periodizität und die Auskunftspflicht geregelt. Relativ oft werden in Rechtsvorschriften auch der Berichtszeitraum bzw. der Berichtszeitpunkt und der Kreis der Befragten festgelegt. Lediglich in Finnland und Portugal sind die Ausgestaltungsmöglichkeiten von Erhebungen, die auf keiner einzelstatistischen Rechtsgrundlage beruhen, nicht eingeschränkt. In den meisten Fällen können Erhebungen ohne einzelstatistische Rechtsgrundlage nur ohne Auskunftspflicht durchgeführt werden.

Eine Absicht, den rechtlichen Rahmen der amtlichen Statistik flexibler zu gestalten, besteht in den übrigen EU-Mitgliedstaaten im Allgemeinen nicht, denn die statistischen Systeme in den EU-Mitgliedstaaten sind im Vergleich zu Deutschland bereits sehr flexibel. Deutschland scheint neben Österreich der einzige EU-Mitgliedstaat zu sein, in dem das so genannte Legalitätsprinzip für die Anordnung von amtlichen Statistiken gilt. [u](#)

Dipl.-Volkswirt Roland Sturm

Wirtschaftsstatistische Einzel- daten für die Wissenschaft

Die statistischen Ämter sind ein wichtiger Partner von Wissenschaft und Forschung. Sie fördern die umfassende Nutzung ihrer Datenbestände, die Wissenschaft gehört zu ihren prominentesten Nutzern. Besonderes Interesse der empirisch arbeitenden Wissenschaft besteht an der Nutzung von Mikrodaten, für die es verschiedene Wege gibt. Die dabei entstandene fruchtbare Kooperation von Wissenschaft und amtlicher Statistik wurde jüngst auf der Konferenz „Mikroanalysen und amtliche Statistik (MIKAS)“ in Lüneburg wieder deutlich. Faktisch anonymisierte Einzeldaten aus Haushalts- und Personenerhebungen gehören inzwischen zum etablierten Datenangebot der amtlichen Statistik an die Wissenschaft. Für den Bereich der Einzeldaten über Unternehmen und Betriebe – wirtschaftsstatistische Einzeldaten – muss dieses Angebot erst noch entwickelt werden.

1 Die Wissenschaft als Nutzer der Bundesstatistik

Das Informationsangebot der Bundesstatistik ist Teil der staatlichen Informationsinfrastruktur. Die Informationen der amtlichen Statistik stehen der gesamten Bevölkerung, allen gesellschaftlichen Gruppen und damit für ganz unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche zur Verfügung. Die möglichst umfassende Nutzung der vorhandenen Daten liegt im Interesse der statistischen Ämter. Aus ihrem Selbstverständnis als Serviceeinrichtungen, die den potenziellen Nutzern den Zugang zu und den Umgang mit den verfügbaren Informati-

onen erleichtern, wollen die Ämter mit den für die Statistik aufgewandten öffentlichen Mitteln einen möglichst großen Nutzen stiften.

Die Bereitstellung von Daten der amtlichen Statistik für die Wissenschaft zählt zu den selbstverständlichen Aufgaben der Bundesstatistik. Die empirisch arbeitenden Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler haben – nicht nur, aber auch – ein Interesse an einer ganz bestimmten Form von Informationen: *Einzeldaten*. Diese gehören nicht zum traditionellen Veröffentlichungsprogramm der statistischen Ämter. Statistik befasst sich ja gerade mit der Auswertung, Verdichtung und Zusammenfassung einer großen Zahl von Einzelinformationen zu Gesamtgrößen, Durchschnitts- und Veränderungsmaßen. Empirisch arbeitende Wissenschaftler außerhalb der statistischen Ämter wenden ebenfalls statistische Methoden an; ihre Tätigkeit ähnelt somit vielfach der der statistischen Ämter. Sie haben daher ein verständliches Interesse an dem „Rohstoff“, mit dem die statistischen Ämter arbeiten.¹⁾

In der Tat geht das Auswertungspotenzial der in den statistischen Ämtern vorhandenen Daten weit über die daraus üblicherweise erstellte Veröffentlichungsangebote hinaus. Insbesondere die Entwicklung der Informationstechnik hat die Voraussetzungen geschaffen, auch größere Datenmengen problemlos verarbeiten und auswerten zu können. Vor diesem Hintergrund wächst der Wunsch vor allem bei empirisch arbeitenden Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, Zugang zu spezifischen und differenzierten Informationen

1) Wenn im Folgenden von der Wissenschaft bzw. Wissenschaftlern gesprochen wird, so sind damit „externe“ Wissenschaftler gemeint, also solche, die nicht dem Personal der statistischen Ämter zuzurechnen sind.

zu bekommen. Viele der in der Wirtschafts- und Sozialforschung bearbeiteten Fragestellungen erfordern die gleichzeitige Berücksichtigung vieler Einzelinformationen von Individuen oder Berichtseinheiten, zum Beispiel für die Bildung komplexer Indikatoren. Für andere Fragestellungen ist eine bedarfsgerechte Aggregation von Daten notwendig, die von der Aggregation der Daten in den Standardprodukten der amtlichen Statistik abweicht. Die beste Basis für derartige Auswertungen bieten Einzeldaten.

2 Die Notwendigkeit statistischer Geheimhaltung

Der Zugang der Wissenschaft zu Mikrodaten der amtlichen Statistik erfolgt im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften zu Datenschutz und Geheimhaltung. Die heute praktizierten Regelungen beruhen in wesentlichen Teilen auf den Ergebnissen der Diskussion um die geplante Volkszählung im Jahr 1983, dem vom Bundesverfassungsgericht formulierten „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“, und der Anpassung des Rechts der amtlichen Statistik an die Anforderungen des Volkszählungsurteils durch das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987.²⁾

Die statistischen Ämter gewährleisten den rechtlich gebotenen Schutz des Einzelnen vor der Offenlegung seiner persönlichen und sachlichen Verhältnisse zunächst als integralen Bestandteil ihrer statistischen Arbeit. Wer in Deutschland Daten sammelt, ist bei ihrer Verwendung an die gesetzlichen Bestimmungen zum Datenschutz gebunden. Für die statistischen Ämter, die viele ihrer Erhebungen mit Auskunftspflicht durchführen, gelten spezielle, durch das Bundesstatistikgesetz (BStatG) formulierte Regelungen zur statistischen Geheimhaltung. Die Einhaltung dieser Vorschriften bedeutet für die Ämter allerdings nicht nur die Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht: Die statistische Geheimhaltung dient auch dazu, die Bereitschaft der Auskunftspflichtigen zu erhalten, den statistischen Ämtern gegenüber wahrheitsgemäß Auskunft zu geben. Sie hat damit eine direkte Auswirkung auf die Qualität der amtlichen Daten. Es ist davon auszugehen, dass der amtlichen Statistik – nicht wie den Auskunftgebenden – erst durch tatsächlichen Missbrauch der Daten Schaden entsteht. Vielmehr birgt bereits der Verdacht des leichtfertigen Umgangs mit Einzelangaben erhebliche Gefahren für die Auskunftsbereitschaft der Befragten und damit für die Qualität der Statistik insgesamt. Auch insofern messen die statistischen Ämter dem Statistikgeheimnis und dem Schutz der ihnen anvertrauten Daten große Bedeutung bei. Eine Erosion ihrer Datenbasis wäre für die amtliche Statistik eine fatale Folge und diente auch nicht der Wissenschaft als einem ihrer wichtigsten Nutzer.

Die statistischen Ämter dürfen also nicht dahingehend missverstanden werden, sie unterstellten Wissenschaftlern a priori Missbrauchsabsichten, wenn sie mit Mikrodaten der

amtlichen Statistik arbeiten. Sie sehen nicht hinter jedem Datennutzer einen potenziellen Datenangreifer. Aber aufgrund des beschriebenen eigenen und öffentlichen Interesses am Statistikgeheimnis dürfen sie in der Öffentlichkeit keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass sie die Wünsche der Wissenschaft nur im Rahmen der gesetzlich formulierten Möglichkeiten erfüllen. Für diese Rahmenbedingungen der statistischen Ämter muss die Wissenschaft Verständnis haben.

Für die Wissenschaft eröffnete das BStatG von 1987 aber auch neue Möglichkeiten: Vor seinem In-Kraft-Treten konnten der Wissenschaft nur *absolut anonymisierte* Daten auf der Grundlage des § 11 Abs. 5 des Bundesstatistikgesetzes von 1980 übermittelt werden. Jede Deanonymisierung der übermittelten anonymen Einzelangaben musste zweifelsfrei ausgeschlossen sein. Angesichts der fortgeschrittenen technischen Möglichkeiten der Deanonymisierung konnten die statistischen Ämter der Wissenschaft statistische Daten nur in Einzelfällen nach mühsamen und arbeitsaufwändigen Verfahren der Anonymisierung zur Verfügung stellen. Diese Entwicklung wurde bei der Novellierung des Bundesstatistikgesetzes berücksichtigt. Nunmehr können Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung neben absolut anonymisierten Daten auch Einzelangaben erhalten, die einem Auskunftgebenden nur mit einem *unverhältnismäßig großen Aufwand* an Zeit, Kosten und Arbeitskraft zugeordnet werden können.³⁾ Die gesetzliche Neuregelung knüpfte damit an den Begriff der *faktischen Anonymität* an, wie er durch die European Science Foundation definiert wurde. Die Wissenschaft ist somit als Nutzer gegenüber den übrigen Interessenten statistischer Informationen privilegiert.

3 Nutzungsmöglichkeiten von Einzeldaten der amtlichen Statistik

Die statistischen Ämter bieten Wissenschaftlern unterschiedliche Wege an, Einzeldaten amtlicher Erhebungen zu nutzen. Der Bericht einer Arbeitsgruppe der statistischen Ämter hat diese Möglichkeiten umfassend beschrieben⁴⁾. Die aufgezeigten Wege sind gleichermaßen bei Personen- und Haushaltsdaten anwendbar und in den meisten Fällen gängige Praxis. Als Formen der Nutzung von Mikrodaten lassen sich unterscheiden:

- Wissenschaftler erhalten faktisch anonymisierte Einzeldaten,
- Wissenschaftler stellen eigene Analyseprogramme zur Verfügung,
- Sonderauswertungen durch die statistischen Ämter im Auftrag von Wissenschaftlern,
- gemeinsame Analyseprojekte von statistischen Ämtern und Wissenschaftlern.

²⁾ BGBl. I S. 462, 565.

³⁾ Siehe BStatG, § 16 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 6.

⁴⁾ Siehe „Wirtschaftsstatistische Einzeldaten für die Wissenschaft“, Arbeitsunterlage der statistischen Ämter, Wiesbaden März 2000.

Im Folgenden sollen diese Wege der Datennutzung knapp skizziert werden.⁵⁾

3.1 Wissenschaftler erhalten faktisch anonymisierte Einzeldaten

Die Wissenschaft genießt seit dem In-Kraft-Treten des geltenden Bundesstatistikgesetzes im Jahr 1987 eine Sonderstellung unter den Datennutzern der Bundesstatistik, das so genannte *Wissenschaftsprivileg*. Sie kann Einzelmaterial aus amtlichen Erhebungen nicht nur in absolut anonymisierter Form (§ 16 Abs. 1 Nr. 4 BStatG), sondern auch in faktisch anonymisierter Form (§ 16 Abs. 6 BStatG) nutzen, also in einer Form, in der noch ein „Restrisiko“ der Deanonimisierung besteht.

Nach § 16 Abs. 6 BStatG dürfen für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben faktisch anonymisierte Mikrodaten vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder an Hochschulen oder sonstige Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung übermittelt werden (Wissenschaftsprivileg). Diese Daten müssen zweckgebunden verwendet werden und sind zu löschen, sobald das wissenschaftliche Vorhaben beendet ist (§ 16 Abs. 8 BStatG).

Die statistischen Ämter können Einzelmaterial fallweise aufgrund einer spezifischen Datenanfrage als Sonderaufbereitung anonymisieren und bereitstellen oder – bei großer Nachfrage in einzelnen Statistikbereichen – faktisch anonymisierte Mikrodatenfiles (Scientific-Use-Files) als Standardprodukte anbieten. Erfahrungsgemäß ist die Erstellung von anonymisierten Mikrodaten für die statistischen Ämter ein sehr arbeitsintensiver Prozess. Aus Kapazitäts- und Kostengründen ist das Vorhalten von Standardfiles daher günstiger. Wenn ein faktisch anonymisierter Grundfile vorliegt, können die statistischen Ämter relativ schnell die einzelnen Anfragen bedienen.

Der große Vorzug einer solchen Datennutzung für Wissenschaftler liegt darin, dass ihnen die Einzeldaten übermittelt werden und sie diese nach Belieben am eigenen Arbeitsplatz auswerten können. Da ein eventuell vorhandenes Zusatzwissen beliebig genutzt und gegebenenfalls DV-technisch zugespielt werden kann, stellt die Anonymisierung der Daten sehr hohe Anforderungen an die statistischen Ämter.

Maßnahmen zur Datenanonymisierung beruhen letztlich immer auf einer Reduktion des statistischen Informationsgehalts der Daten und führen somit zu einer Verringerung des Analysepotenzials. Für die statistischen Ämter gilt es, die gesetzlichen Geheimhaltungsvorschriften zu erfüllen

und gleichzeitig den Informationsgehalt des Einzelmaterials möglichst wenig zu beeinträchtigen.

Die Statistiker haben für personen- und haushaltsbezogene Statistiken eine Palette verschiedener Instrumente entwickelt, um die Anonymisierung durchzuführen. Die bekanntesten Verfahren sind das Verfremden (z. B. Überlagern mit Zufallszahlen, Umbuchen, Bildung von Durchschnittsdatensätzen), das Vergrößern (z. B. Bildung von Merkmalsklassen) und das Weglassen von Informationen (z. B. Streichen von Merkmalen, Ziehung einer Stichprobe aus dem Datenmaterial). In der Praxis der statistischen Ämter hat sich ein Methodemix bewährt.⁶⁾

Die Weitergabe von faktisch anonymisierten Mikrodaten beschränkt sich bislang auf Datensätze aus personen- und haushaltsbezogenen Befragungen. Seit Anfang der 1990er Jahre bieten die statistischen Ämter solche Einzeldaten aus dem Mikrozensus, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe u. a. an.⁷⁾ Anwendungsbeispiele aus dem Bereich Wirtschaftsstatistiken für die Erstellung von faktisch anonymisiertem Einzelmaterial bzw. von faktisch anonymisierten Grundfiles (Mikrodatenfiles) liegen bisher nicht vor. Die im Bereich der haushalts- und personenbezogenen Statistiken gewonnenen Erfahrungen sind voraussichtlich nur zum Teil auf Wirtschaftsstatistiken übertragbar. Wissenschaftler bekunden aber auch – und in letzter Zeit verstärkt – Interesse an der Nutzung von Einzelmaterial über Unternehmen und Betriebe. Die Verbesserung des Zugangs der Wissenschaft zu Mikrodaten über die Wirtschaft ist daher für die statistischen Ämter eine wichtige Aufgabe. Hierauf wird weiter unten noch eingegangen.

3.2 Wissenschaftler stellen eigene Analyseprogramme zur Verfügung

Wissenschaftler können zu ihren Forschungsvorhaben Auswertungsprogramme erstellen und diese einem statistischen Amt übersenden. Das Amt stellt die benötigten amtsinternen Einzeldaten bereit und wendet das Programm hierauf an. Die Wissenschaftler haben somit keinen Kontakt mit den geheimhaltungsbedürftigen Einzeldaten, eine Anonymisierung der Einzeldaten wird nicht vorgenommen. Die Ergebnisse der Auswertungsläufe – Tabellen, errechnete Kennziffern – werden vor der Auslieferung an die Wissenschaftler zur Wahrung der Geheimhaltung vom statistischen Amt geprüft und den Wissenschaftlern zur Verfügung gestellt.

Der Vorzug dieser Form der Datenauswertung liegt darin, dass eine Untersuchung mit Originaldaten durchgeführt werden kann, etwaige Verzerrungen durch Anonymisierungsmaßnahmen also nicht auftreten. Erkauft werden muss dies mit dem Umstand, dass die Wissenschaftler die Daten

5) Eine ausführliche Beschreibung findet sich ebenda.

6) Einen Überblick über die bekanntesten Anonymisierungsmaßnahmen für Haushalts- und Personendaten geben Müller, W./Blien, U./Knoche, P./Wirth, H. u. a.: „Die faktische Anonymität von Mikrodaten“, Band 19 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ (Hrsg.: Statistisches Bundesamt), S. 386 ff. Einen eher methodisch orientierten Überblick geben Willenborg, L./de Waal, T.: „Statistical Disclosure Control in Practice“, New York, Heidelberg 1996. Beiträge zum Thema Anonymisierung enthalten auch die vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Veröffentlichungen: „Methoden zur Sicherung der statistischen Geheimhaltung“, Band 31 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“; „Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Nutzung von Unternehmensdaten aus der amtlichen Statistik“, Ergebnisse eines Workshops am 24. und 25. Februar 1999 in Wiesbaden, Band 14 der Schriftenreihe „Spektrum Bundesstatistik“; „Kooperation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik – Praxis und Perspektiven“, Vorträge und Diskussionen eines Symposiums am 31. Mai und 1. Juni 1999 in Wiesbaden, Band 34 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“.

7) Einen Überblick über die von der Bundesstatistik angebotenen faktisch anonymisierten Daten enthält das Gutachten der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.): „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“, Baden-Baden 2001, S. 83 ff.

selbst nicht sehen, sondern nur die Ergebnisse in anonymisierter Form erhalten. Das kann das Verfahren organisatorisch aufwändig machen, wenn die Forschungsmethode während der Untersuchungen angepasst werden soll: Änderungen in ihren Programmen können die Wissenschaftler nur auf der Grundlage der bisherigen Ergebnisse vornehmen, ein neuer Lauf mit den Originaldaten wird im statistischen Amt durchgeführt und die Ergebnisse vor Weitergabe auf Geheimhaltung geprüft.

Obleich die Datenanalyse vom und im statistischen Amt vorgenommen wird, ist sie keine Untersuchung des statistischen Amtes: Die wissenschaftliche Verantwortung für die Analyseinstrumente liegt bei den Wissenschaftlern. Die Ergebnisse sind zwar vom statistischen Amt erstellt, aber dennoch kein Ergebnis der Bundesstatistik.

Eine solche Datennutzung wird unter unterschiedlichen Bezeichnungen (kontrollierte Datenfernverarbeitung, Fernrechnen, Schalterstellenlösung) nicht nur von den statistischen Ämtern, sondern auch von anderen Institutionen praktiziert. Einige Statistische Ämter der Länder haben Erfahrungen hiermit im Rahmen der FIDAST-Kooperationen gesammelt.⁸⁾

3.3 Sonderauswertungen durch die statistischen Ämter im Auftrag von Wissenschaftlern

Auch die Durchführung von Sonderauswertungen durch die statistischen Ämter nach extern formulierten Fragestellungen ist ein erprobter und gängiger Weg der Datenanalyse innerhalb der statistischen Ämter. Dabei formulieren Wissenschaftler ein Forschungsziel, die statistischen Ämter und die Wissenschaftler suchen gemeinsam nach Wegen der empirischen Überprüfung, die statistischen Ämter erstellen geeignete Programme und führen die Auswertung mit amtsinternem Material durch. Seit vielen Jahren wird dieses individuelle, auf den Nutzer zugeschnittene Statistikprodukt von den statistischen Ämtern bereitgestellt. Der übliche Sprachgebrauch der statistischen Ämter unterscheidet *Zusatzaufbereitungen* für Bundeszwecke sowie *Sonderaufbereitungen* für Dritte, also zum Beispiel die Wissenschaft.

Die Sonderauswertung kann ein hilfreicher Weg sein, das Informationspotenzial von Mikrodaten für Wissenschaftler nutzbar zu machen. In Fällen, in denen keine Möglichkeit besteht, dass Wissenschaftler direkt mit den Einzeldaten arbeiten, können durch Sonderauswertungen die Informationsinhalte der Daten dennoch umfassend genutzt werden. Wenn die Kenntnisse der Fachstatistiker über die Einheiten der Erhebung, die Besonderheiten des Datenmaterials und die Metadaten notwendig sind, um den adäquaten Analyseweg zu finden, bietet es sich an, die Fragestellung der Wissenschaftler mit den Kenntnissen der Fachstatistiker innerhalb einer Sonderauswertung zusammenzuführen. Die Konsumenten erhalten ausschließlich aggregiertes Ergeb-

nismaterial bzw. die berechneten Koeffizienten. Das beteiligte statistische Amt stellt sicher, dass die Ergebnisse keine geheimhaltungsbedürftigen Angaben enthalten. Auf diese Art arbeiten die statistischen Ämter regelmäßig mit Wissenschaftlern zusammen. Grenzen ergeben sich, wie im vorherigen Fall, aus den beschränkten Kapazitäten der statistischen Ämter.

3.4 Gemeinsame Analyseprojekte von statistischen Ämtern und Wissenschaftlern

Im Rahmen der eigenen Datenanalyse der amtlichen Statistik können Wissenschaftler im Auftrag eines Amtes an den Arbeiten beteiligt werden und für diesen Zweck direkten Einblick in originäre Einzeldatenbestände im statistischen Amt erhalten. Die Wissenschaftler arbeiten auf vertraglicher Basis unter Verpflichtung auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses im abgeschotteten Bereich des statistischen Amtes mit dem Fachpersonal zusammen. Die Forschungsergebnisse werden vom statistischen Amt vor ihrer Veröffentlichung auf Geheimhaltung überprüft.

Eine solche Datennutzung ist nur möglich, wenn das statistische Amt das Forschungsvorhaben selbst initiiert oder ein so starkes Interesse an der Fragestellung eines externen Wissenschaftlers hat, dass es sich das Vorhaben zu Eigen macht. Bei den Analysen handelt es sich dann um Aufgaben, die das beteiligte statistische Amt auch ohne die Mitarbeit der Wissenschaftler durchführen würde, wenn die Kapazitäten es erlaubten. Daraus wird unmittelbar deutlich, dass die Verantwortung für das Projekt beim statistischen Amt liegt. Dieses führt eine Untersuchung durch und die Wissenschaftler agieren als Mitarbeiter. Berichte über die jeweilige Analyse werden vor einer Veröffentlichung durch das statistische Amt auf statistische Geheimhaltung geprüft. Das statistische Amt entscheidet auch über die Verwendung der Forschungsergebnisse und die Ausgestaltung der Nutzungsrechte daran. In der Praxis werden die Wissenschaftler in Veröffentlichungen der Analyseergebnisse als Bearbeiter genannt und erhalten ein einfaches Nutzungsrecht für die eigene Forschung und Lehre.

Auch bei diesem Weg der Datennutzung liegt der große Vorzug darin, dass die Untersuchung mit Originaldaten durchgeführt wird, etwaige Verzerrungen durch Anonymisierungsmaßnahmen nicht auftreten.

Das geltende BStatG setzt dieser Form der Datennutzung enge Grenzen. Das erwähnte Wissenschaftsprivileg besteht in der Weitergabe faktisch anonymisierter Einzeldaten. Die hier beschriebene Kooperationsform darf nicht dazu führen, die Regelungen des BStatG zu umgehen. Sollen Wissenschaftler, die auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses verpflichtet wurden, in den statistischen Ämtern mit nicht anonymisierten Einzeldaten arbeiten können, *ohne* dass sie im Auftrag eines statistischen Amtes forschen, muss die

⁸⁾ Siehe Wagner, J.: „Nutzung von Betriebsdaten der amtlichen Statistik für wissenschaftliche Untersuchungen – Ein Modellprojekt“ in Allgemeines Statistisches Archiv, Band 78, 1994, S. 434 ff.; Wagner, J.: „Firm Panel data from German official statistics“ in Schmollers Jahrbuch/Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 120, 2000, S. 143 ff.

geltende Rechtslage modifiziert werden. Diese Möglichkeit würde sowohl Wissenschaftlern als auch den statistischen Ämtern Vorteile bieten: Aus Sicht der Wissenschaftler wäre es attraktiver, wenn sie eigenverantwortlich Projekte unter Nutzung von originären Einzeldaten durchführen könnten und lediglich die Ergebnisse vor der Veröffentlichung auf Geheimhaltung überprüft würden. Die Wissenschaftler blieben auch in diesem Fall nach Beendigung der Arbeiten im statistischen Amt zur Geheimhaltung der erworbenen Kenntnisse über Einzelverhältnisse verpflichtet. Die Analyseergebnisse wären aber keine Ergebnisse des statistischen Amtes und das zeitlich und räumlich nicht beschränkte Nutzungsrecht läge bei den Wissenschaftlern. Aus Sicht der statistischen Ämter könnten vorhandene Einzeldaten intensiver genutzt werden, als dies im Rahmen der eigenen Forschung der amtlichen Statistik leistbar ist.

Die gegenwärtige Diskussion über die Formulierung eines „Forschungsdatengeheimnisses“ weist in diese Richtung. Die Entwicklung wird durch aktuelle Impulse der europäischen Gesetzgebung unterstützt.

4 Faktische Anonymisierung von Unternehmens- und Betriebsdaten

Empirische Analysen auf Basis von wirtschaftsstatistischen Mikrodaten sind heute ein wichtiges Forschungsfeld der angewandten Mikroökonomik. Die hohe Zahl angewandter mikroökonomischer Studien belegen dies ebenso wie die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften des Jahres 2000 an die Mikroökonomiker James J. Heckman und Daniel L. McFadden. Durch die steigende Diversifikation in der Wirtschaft hat sich der praktische Nutzen von Makroanalysen verringert und man ist bei wirtschaftspolitischen Fragen immer stärker auf die Analyse der Entwicklungen und ihrer Ursachen auch im Mikrobereich angewiesen. Für Themenkreise wie die Untersuchung der relativen Effizienz von Firmen, Gründungsgeschehen und Arbeitsplatzdynamiken, Analysen von Marktstrategien, Wirkungsanalysen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, um nur wenige zu nennen, versprechen Mikrodaten Erkenntnisgewinne. Solche Fragestellungen könnten sektoral, regional, temporal und größenklassenspezifisch untersucht werden.

Faktisch anonymisierte Einzeldaten der statistischen Ämter über Betriebe und Unternehmen könnten helfen, die Verfügbarkeit solcher Daten bei der Wissenschaft zu verbessern. Selbst bei Berücksichtigung spezifischer Beschränkungen, wie zum Beispiel einer unumgänglichen Reduktion der regionalen Tiefengliederung im Zuge der faktischen Anonymisierung, blieben wohl Möglichkeiten, um anhand solchen Materials wirtschaftsanalytische Forschungen vertiefter Art mit Erfolg vornehmen und der Wirtschaftspolitik damit neue Erkenntnisse zur Verfügung stellen zu können.

Wie erwähnt, steht für Einzeldaten über Unternehmen und Betriebe eine faktische Anonymisierung noch aus. Im Vergleich zu den Haushalts- und Personendaten sind anspruchsvollere Verfahren notwendig. Die Übertragbarkeit der bislang angewendeten Anonymisierungsmaßnahmen auf den Bereich der Wirtschaftsstatistiken wird sehr zurück-

haltend eingeschätzt. Bisher wird diese Skepsis oft pauschal geäußert, was nicht befriedigt. Im Lichte neuer methodischer und technischer Möglichkeiten soll überprüft werden, ob trotz der bekannten Schwierigkeiten Anonymisierungsstrategien entwickelt werden können. Die faktische Anonymisierung stellt bei der geltenden Rechtslage den Königsweg der Datenbereitstellung an die Wissenschaft dar, da sie der vom Gesetzgeber im Bundesstatistikgesetz vorgezeichnete Weg ist, Einzeldaten der Wissenschaft als privilegiertem Nutzer zugänglich zu machen. Eine Nichtberücksichtigung dieses Weges ohne ernsthafte Untersuchung wäre schwer zu rechtfertigen.

Die statistischen Ämter widmen sich dieser Aufgabe. Damit betreiben sie Grundlagenforschung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der empirischen Wirtschaftsforschung.

4.1 Unterschiede zu Haushalts- und Personendaten

Mikrodaten von Haushalten unterscheiden sich von solchen über Unternehmen oder Betrieben in wesentlichen Punkten, die für ihre Anonymisierbarkeit von Bedeutung sind.

Verglichen mit Personenerhebungen liegen bei Unternehmenserhebungen *wesentlich kleinere Grundgesamtheiten* zugrunde, sodass die Besetzungszahlen einzelner Gruppen häufig kleiner sind. Die Verteilungen der quantitativen Merkmale sind wesentlich heterogener und es treten auch dominierende Fälle auf. Die *Stichprobenauswahlsätze* bei Unternehmenserhebungen sind wesentlich *größer* – bei einigen Schichten sind es gar Vollerhebungen – als bei Personenerhebungen. Beide Sachverhalte erschweren eine Anonymisierung von Unternehmensdaten. Beim Mikrozensus zum Beispiel ist die Ausgangssituation wesentlich anders. Er ist, gemessen an der absoluten Stichprobengröße (Anzahl der erhobenen Fälle), eine große Erhebung der amtlichen Statistik, jedoch mit einem sehr geringen Auswahlsatz von einem Prozent.

Weiterhin ist die *Zahl der Einheiten in den einzelnen Betriebsgrößenklassen sehr unterschiedlich*. Es gibt meist nur vergleichsweise wenige große Einheiten, weswegen deren Anonymisierbarkeit sehr skeptisch zu beurteilen ist.

In den Wirtschaftsstatistiken bestehen *auch starke Zusammenhänge zwischen den einzelnen Erhebungen*: Unternehmen ab einer gewissen Größe sind oft zu mehreren Erhebungen meldepflichtig. Daneben liegen Informationen über Wirtschaftsobjekte auch an anderer Stelle vor. Da die Unternehmen oder Betriebe in dem Bewusstsein an Erhebungen teilnehmen, auch an andere Stellen Auskünfte zu erteilen, mithin bestimmte Sachverhalte über sie bekannt sind, muss von einer höheren Übereinstimmung der Angaben ausgegangen werden als sie in Personenbefragungen vorliegt. Publizitätspflichten der Unternehmen einerseits und Datenbanken, die gegen Entgelt abrufbar sind, andererseits bewirken, dass einem Externen, der Einzeldaten ihrem Träger zuordnen will, *Zusatzwissen im Bereich der Wirtschaft in viel größerem Umfang* und besser aufbereitet zur Verfügung steht, als dies bei Personen und Haushalten der Fall ist.

Schließlich wird der *mögliche Nutzen aus der Enthüllung vertraulicher Informationen über Unternehmen und Betriebe wesentlich höher* eingestuft als bei Informationen aus Personen- und Haushaltserhebungen. Unternehmensbefragungen beziehen sich auch auf Sachverhalte, die für konkurrierende Unternehmen interessant sein können, zum Beispiel Angaben über Investitionen. Ein rationaler Datenangreifer wird deshalb auch höhere Kosten für eine Deanonymisierung akzeptieren, wenn sie durch den Nutzen der Information aufgewogen werden.

4.2 Methodenprojekt zur Anonymisierung

Für die Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten reichen die für Personendaten üblichen Maßnahmen, wie die Vergrößerung oder Zensierung von Merkmalen und die Ziehung von Substichproben, nicht aus. Werden ausschließlich diese Verfahren angewendet, sind in der Regel einzelne Betriebe oder Unternehmen noch wiedererkennbar oder es müssen so viele Informationen unterdrückt werden, dass die Daten für eine wissenschaftliche Analyse nicht mehr verwendet werden können. Aus diesem Grund müssen auch Techniken betrachtet werden, bei denen die Einzelangaben zusammengefasst oder durch Zufallszahlen verändert werden.

Als Einstieg in diese Arbeiten beteiligt sich das Statistische Bundesamt seit Mitte 2001 an einem internationalen, von der EU-Kommission geförderten Methodenprojekt zur Geheimhaltung (Computational Aspects of Statistical Confidentiality – CASC) auch im Bereich der Geheimhaltung von Einzeldaten⁹⁾. Ziel ist es abzuschätzen, welche datenverändernden Anonymisierungsverfahren für wirtschaftsstatistische Einzeldaten grundsätzlich geeignet sind. Hierzu werden verschiedene Methoden zur Anonymisierung von Mikrodaten (weiter-)entwickelt und im Hinblick auf ihre Einsetzbarkeit und Leistungsfähigkeit getestet. Die beiden zentralen Gesichtspunkte der Beurteilung der Verfahren sind der erbrachte Schutz der Einzelangaben einerseits und die verbleibenden Analysemöglichkeiten der anonymisierten Daten andererseits. Beide Aspekte werden im Rahmen des Projekts geprüft. Die untersuchten Verfahren werden in ein Programmpaket zur Geheimhaltung integriert, das nach Abschluss des Projekts im Jahr 2004 auch anderen Interessenten zur Verfügung stehen soll.

Ein wichtiger Projektbeitrag des Statistischen Bundesamtes besteht in der Untersuchung komplexer Verfahren zur Überlagerung mit Zufallsfehlern. U. a. wird der in den Vereinigten Staaten von G. R. Sullivan entwickelte Ansatz weiterentwickelt.¹⁰⁾ Dieser zeichnet sich gegenüber anderen Verfahren dieser Art dadurch aus, dass er einen relativ hohen Schutz vor Deanonymisierung bietet. Der Algorithmus kann sowohl für stetige als auch für diskrete Merkmale verwendet werden

und stellt sicher, dass die univariaten Verteilungen und die ersten und zweiten Momente erhalten bleiben. Das Verfahren wird mit Einzeldaten der Umsatzsteuerstatistik und der Kostenstrukturstatistik im Verarbeitenden Gewerbe überprüft. Hierbei wird sowohl die Wirksamkeit der Geheimhaltungsmaßnahmen als auch die Verwertbarkeit der produzierten Ergebnisse für die empirische Wirtschaftsforschung berücksichtigt.

Die Arbeiten der anderen Projektpartner, zum Beispiel im Bereich Mikroaggregation, werden mitverfolgt und mit dem vom Statistischen Bundesamt betrachteten Verfahren verglichen, sodass die Schwächen und Stärken der einzelnen Verfahren systematisch herausgearbeitet werden können. Durch die Mitarbeit in diesem internationalen Projekt werden wesentliche methodische Vorarbeiten für die Entwicklung faktisch anonymisierter Unternehmens- und Betriebsdaten in Deutschland geschaffen.

4.3 Projekt „Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“

Im Rahmen eines in den Jahren 1988 bis 1990 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mitfinanzierten Forschungsprojektes, das unter der Leitung von Professor Dr. Walter Müller (Universität Mannheim) durchgeführt wurde, sind Verfahren zur faktischen Anonymisierung von Mikrodatenfiles bei haushalts- und personenbezogenen Statistiken entwickelt worden.¹¹⁾ Sie bilden die Basis für die in den statistischen Ämtern heute praktizierten Techniken.

Wie beschrieben, führten die Ergebnisse des damaligen Anonymisierungsprojektes dazu, dass die Weitergabe von faktisch anonymisierten Einzeldaten an die Wissenschaft inzwischen – soweit Personen- und Haushaltserhebungen betroffen sind – geübte Praxis ist.

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung führen die statistischen Ämter seit kurzem gemeinsam mit der Wissenschaft das Projekt „Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“ durch. An den Projektarbeiten beteiligen sich das Statistische Bundesamt, das Statistische Landesamt Berlin, das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein, das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung/Tübingen (IAW) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit/Nürnberg (IAB). Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung wird zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls Projektaufgaben wahrnehmen.

Das Projekt belegt, dass Politik und amtliche Statistik alles versuchen, das Wissenschaftsprivileg des Bundesstatistikgesetzes umfassend umzusetzen und mit Leben zu füllen. Als Ergebnis werden die Möglichkeiten faktischer Anonymi-

9) Siehe Giessing, S.: "The CASC Project: Integrating Best Practice Methods for Statistical Confidentiality" in Preceedings der NTTS&ETK Konferenz, Hersonissos (Kreta) 18. bis 22. Juni 2001.
10) Siehe Brand, R.: "Masking microdata through noise addition" in Domingo, J.: "Inference control in statistical databases", Lecture Notes in Comparative Science Vol. 2316, New York, Heidelberg 2002.
11) Siehe Müller, W. et al.: „Die faktische Anonymität von Mikrodaten“, Band 19 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Wiesbaden 1991.

sierungen von Wirtschaftsdaten umfassend erforscht und beschrieben sein und damit die fundierte Grundlage für jede Diskussion um eventuelle künftige Ergänzungen der geltenden rechtlichen Regelungen geschaffen.

Das für die Nutzer wichtigste Ziel des Projektes ist, faktisch anonymisierte Datensätze verschiedener, für die Forschung interessanter Erhebungen anbieten zu können. Es werden nach derzeitiger Einschätzung zwar nicht die Anonymisierungsmöglichkeiten wie bei Haushalts- und Personenbefragungen erreicht werden. Das Projekt soll aber zumindest für wesentliche Teilbereiche der amtlichen Wirtschaftsstatistiken – zum Beispiel kleinere Unternehmen – faktisch anonymisierte Daten erstellen. Damit wird für wichtige empirische Forschungsbereiche, zum Beispiel Untersuchungen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), des Gründungsgeschehens usw., eine fundierte empirische Datenbasis geschaffen. Um für Deutschland das vorgesehene Modell der Forschungsdatenzentren inhaltlich mit Leben zu füllen, können dann faktisch anonymisierte wirtschaftsstatistische Einzeldaten ein wesentlicher Baustein sein.

Zu den Möglichkeiten der faktischen Anonymisierbarkeit, die nicht mit einem generellen Ja oder Nein beantwortet werden können, wird das Projekt differenzierte Aussagen ermöglichen, die zum einen die organisatorische und juristische Ausgestaltung von Datennutzung betreffen und zum anderen auch die Betrachtung der gängigen Analyseformen der empirischen Forschung einbeziehen. Darauf wird bei der folgenden Beschreibung der Projektinhalte noch eingegangen.

Von der Wissenschaft ist das Vorhaben einhellig begrüßt worden. Die Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI)¹²⁾ empfiehlt seine Durchführung in ihrem Abschlussgutachten ausdrücklich¹³⁾.

Als namhafter Vertreter der empirischen Wirtschaftsforschung arbeitet Professor Dr. Gerd Ronning, Inhaber des Lehrstuhls für Statistik und Ökonometrie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen und Direktor des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Tübingen, als wissenschaftlicher Leiter der Untersuchung.

Wie bereits erwähnt, sind aus Sicht der statistischen Ämter die beiden zentralen Gesichtspunkte bei der faktischen Anonymisierung der erbrachte Schutz der Einzelangaben einerseits und der weitestmögliche Erhalt der Analysemöglichkeiten der anonymisierten Daten andererseits.

4.3.1 Schutzwirkung von Anonymisierungsmaßnahmen

Um den Erfordernissen des § 16 Abs. 6 BStatG zu genügen, gelten Daten dann als ausreichend anonymisiert, wenn sie nur mit einem „*unverhältnismäßig hohen Aufwand*“ de-

anonymisiert werden können. Das Projekt hat demzufolge zu klären, was bei der Reidentifikation von wirtschaftsstatistischen Einzeldaten ein „unverhältnismäßig hoher Aufwand“ ist.

Untersucht werden wird, ob eine Kosten-Nutzen-Analyse ein geeigneter Forschungsansatz ist, um die Unverhältnismäßigkeit des Aufwands einer Deanonymisierung zu operationalisieren. Kann der Nutzen eines Angreifers quantifiziert werden? Für ein Wirtschaftssubjekt könnten Informationen über einen Marktkonkurrenten von großem, aber für Dritte schlecht quantifizierbarem Wert sein. Möglicherweise muss die Abschätzung allein von der Aufwandsseite her geleistet werden.

Dabei ist davon auszugehen, dass ein potenzieller Angreifer rational handelt. Ein rational handelnder Angreifer wird einen Deanonymisierungsversuch anhand amtlicher Daten nur dann versuchen, wenn er durch weniger aufwändige Verfahren die gleichen Informationen nicht beschaffen kann. Die Möglichkeit, dass es dem Angreifer nicht um die Information als solche geht, sondern er ausschließlich den Nachweis einer Reidentifikation führen möchte („Datenschutzidealist“), ist als Sonderfall zu behandeln.

Zur Messung des Aufwandes einer Deanonymisierung sollen sowohl technische Deanonymisierungsverfahren wie auch Quellen der Informationsbeschaffung untersucht und quantifiziert werden. Durch Kostenvergleich alternativer Informationsgewinnungsstrategien gegenüber der Deanonymisierung eines von der amtlichen Statistik einem Wissenschaftler zur Verfügung gestellten Mikrodatenfiles kann die faktische Anonymität abgeschätzt werden: Wenn die Kosten einer dieser Alternativen deutlich unter denen liegen, die bei einer Deanonymisierung anfallen würden, so kann das Mikrodatenfile als faktisch anonym im Sinne des §16 Abs. 6 BStatG gelten.

Bei der Schaffung von faktischer Anonymität spielen die Möglichkeiten, Zusatzwissen zur Deanonymisierung zu nutzen, eine entscheidende Rolle. Ausgehend von den erwähnten Besonderheiten von Unternehmens- und Betriebsdaten wird in dem Projekt untersucht, in welchem Ausmaß eine Kombination unterschiedlicher Informationsquellen bezüglich konkreter Einheiten möglich ist, und wie dieses beim Datenempfänger vorhandene Zusatzwissen bei der Anonymisierung berücksichtigt werden kann und muss.

Auch wird untersucht werden, inwieweit die Art der auskunftgebenden Berichtseinheit eine Schutzfunktion darstellen kann. Wirtschaftsstatistische Erhebungen beziehen sich auf unterschiedliche Einheiten, vielfach auf Unternehmen und Betriebe, daneben teilweise auch auf Arbeitsstätten oder fachliche Einheiten. Zusatzwissen liegt sicher nicht für alle diese Einheiten gleichwertig vor; auch ist die Zuordnung beispielsweise eines Betriebes zu einem Unternehmen mit Unsicherheit behaftet.

12) Siehe Bechtold, S.: „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“ in WiSta 12/2001, S. 971 ff.

13) Siehe Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.): „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“, Baden-Baden 2001, Kurzfassung S. 37 f.

Die Behandlung von großen Einheiten bei der Entwicklung von Anonymisierungsverfahren muss möglicherweise gesondert behandelt werden. Wenn eine faktische Anonymisierung nur für Teilgesamtheiten durchgeführt werden kann, sollen Lösungen gefunden werden, den Nutzern die für ihre Forschung relevanten Informationen über die nicht-anonymisierbaren Teilgesamtheiten bereitzustellen.

Das Projekt wird auch herausarbeiten, welche Möglichkeiten die Bearbeitung von Einzeldaten in abgeschotteten und kontrollierten Bereichen bietet. Falls auf die statistische Geheimhaltung verpflichtete Wissenschaftler in einem physisch abgeschotteten Bereich des statistischen Amtes mit faktisch anonymisierten Einzeldaten arbeiten, haben sie – entsprechende Vorkehrungen des Amtes vorausgesetzt – weniger Möglichkeiten, potenziell vorhandenes Zusatzwissen zu nutzen. Das kann Auswirkungen auf die notwendigen Anonymisierungsmaßnahmen haben. Auch mit der Behandlung solcher Fragestellungen werden durch das Projekt wichtige Vorarbeiten für Datenangebote der geplanten Forschungsdatenzentren geleistet.

Die Entwicklung von Anonymisierungsverfahren („Verfahren“ im Sinne von Maßnahmenbündeln zur Erreichung der faktischen Anonymität) soll anhand konkreter Einzeldaten vorgenommen werden. Die statistischen Ämter stellen für diesen Zweck Einzeldaten mehrerer Erhebungen für Projektzwecke zur Verfügung. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit beteiligt sich mit der Untersuchung seiner Betriebsdaten an dem Projekt.

Nutzbare Vorarbeiten (sowohl zur Methodik als auch deren programmtechnischer Umsetzung) werden insbesondere von den beschriebenen begonnenen Arbeiten im Methodenprojekt (siehe Abschnitt 4.2) erwartet.

Die Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Mikrodaten soll – soweit dies nach den Erkenntnissen dieses Forschungsprojekts möglich ist – zu praxistauglichen Standardverfahren zur Anwendung in den statistischen Ämtern weiterentwickelt werden. Dazu sollen die Forschungsergebnisse in ein Konzept praxisrelevanter Verfahren überführt werden, zum Beispiel in Form eines Handbuchs, das zur Anonymisierung von Unternehmensdaten in den statistischen Ämtern als Leitfaden herangezogen werden kann. Die zur Verfügung stehenden Anonymisierungsmaßnahmen sind zu beschreiben, und es soll dargelegt werden, in welchen Fällen welche Maßnahmen zu ergreifen und in welcher Reihenfolge die einzelnen Schritte durchzuführen sind. Das Handbuch soll Hinweise geben, mit welchen Verfahren (Deanonymisierungstests) die Qualität der Anonymisierung überprüft werden kann und welche organisatorischen Maßnahmen zu berücksichtigen sind, um das Risiko einer Deanonymisierung möglichst gering zu halten.

4.3.2 Erhaltung des Analysepotenzials

Es ist unabdingbar, dass die entwickelten Anonymisierungsverfahren die Aussagefähigkeit der Daten möglichst wenig

beeinträchtigen. Es muss gewährleistet sein, dass statistische Analysen, die auf anonymisierten Daten beruhen, im Wesentlichen zu denselben Ergebnissen führen, wie entsprechende, aufgrund von Originaldaten durchgeführte Analysen. Den statistischen Ämtern ist es sehr wichtig, wie etwa seinerzeit mit Herrn Professor Müller, eng mit der interessierten Wissenschaft zusammenzuarbeiten. Niemandem wäre damit gedient, wirkungsvoll anonymisierte Daten zu erstellen, die keine wissenschaftliche Verwertbarkeit mehr besitzen. Die Nutzerrelevanz von anonymisierten Datensätzen ist für die Beurteilung des Projekterfolges von gleichrangigem Stellenwert wie die Gewährleistung der Erhaltung der Vertraulichkeit der Firmendaten im Sinne einer faktischen Anonymität.

Die Projektbeteiligung des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) dient schwerpunktmäßig diesem Ziel. Das IAW wird das Analysepotenzial der im Projektverlauf probeweise anonymisierten Daten untersuchen. Dabei wird es von einem wissenschaftlichen Begleitkreis aus empirisch arbeitenden Mikroökonomern unterstützt. Darüber hinaus werden die Nutzer im Projektverlauf durch eine Nutzerkonferenz eingebunden, um die Auswirkungen von Anonymisierungsverfahren darzustellen und zu erläutern und die Anforderungen der Anwender an die Daten zu formulieren.

Im Projekt sind Methoden für Abweichungsanalysen zwischen Original- und anonymisierten Daten zu beschreiben, die es den Nutzern der anonymisierten Einzeldaten erlauben, deren Qualität für ihre Forschungszwecke einzuschätzen. Der Hinweis auf Beeinträchtigungen in den Auswertungsmöglichkeiten muss Bestandteil der Informationen sein, die den Datennutzern zu den faktisch anonymisierten Datensätzen bereitgestellt werden. Um die Akzeptanz der vorgeschlagenen Anonymisierungsverfahren zu gewährleisten, ist außerdem eine weitestgehende Methodentransparenz für die Nutzer herzustellen, ohne dass jedoch hierdurch die Anonymisierung wieder in Frage gestellt wird.

Beachtung verdient auch, dass die Verwendbarkeit von anonymisierten Einzeldaten von den Wechselwirkungen zwischen Anonymisierungsverfahren und den eingesetzten Analyseinstrumenten der Forschung abhängt. Das Projekt wird deshalb auch die Hinwendung der empirischen Forschung zu Analyseinstrumenten fördern, die auf die Eigenschaften und Besonderheiten der anonymisierten Einzeldaten abgestimmt sind. Im Kontakt mit den Nutzern soll deshalb auch die Anwendung solcher Verfahren (z. B. Fehler-in-den-Variablen-Modellen, robuste Verfahren in der Statistik) diskutiert werden.

Ausblick

Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren und soll somit im Jahr 2004 abgeschlossen werden. Die Untersuchung findet in einem sehr dynamischen Umfeld der Entwicklung der Kooperation von Wissenschaft und amtlicher Statistik statt. Die Einrichtung von Forschungsdatenzentren wird die Nutzung von Daten der amtlichen Statistik durch die Wissenschaft weiter deutlich erleichtern.

Der Projektaufbau wird so gestaltet, dass die Verwertbarkeit der erstellbaren anonymisierten Daten frühzeitig abgeschätzt wird und Orientierung für die weitere Projektdurchführung bietet. Dazu dient die projektbegleitende Einbindung der Nutzer. Nicht zuletzt kann durch diesen engen Kontakt bei den Nutzern das Bewusstsein für die Sensibilität der Nutzung von Einzeldaten gefördert werden: Anonymisierung darf nicht allein als Verringerung von Analysepotenzial bedauert werden; sie ist aufgrund der Schutzwürdigkeit der mit Auskunftspflicht ermittelten Daten ein berechtigtes Interesse der betroffenen Wirtschaftsakteure und dient damit letztlich auch der Erhaltung von qualitativ hochwertigen Datenbasen. [\[1\]](#)

Dipl.-Kaufmann Elmar Wein

Datenqualität und Datenprüfungen

Steigende und zunehmend konkurrierende Anforderungen an die Qualität statistischer Ergebnisse erfordern eine leistungsfähigere statistische Aufbereitung. Hierzu zählt die Plausibilisierung, die alle Maßnahmen zur Planung, Durchführung und Optimierung der Fehlerbeseitigung umfasst. Sie beeinflusst entscheidend die Aktualität und Genauigkeit statistischer Ergebnisse und verbraucht mitunter erhebliche Ressourcen bei der Statistikdurchführung.

Die Amtsleiterkonferenz der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder hatte eine Projektgruppe mit der Ausarbeitung eines Fachkonzepts zur Weiterentwicklung der Plausibilisierung (PL) beauftragt. Die Projektgruppe hat inzwischen ein Fachkonzept erstellt. Es sieht eine umfassendere Fehlerbeseitigung schon bei der Datengewinnung, eine verstärkte Nutzung von maschinellen Verfahren für Korrekturen, die stärkere Berücksichtigung des Einflusses von Fehlern auf statistische Ergebnisse, die Verwendung zeitgemäßer Managementmethoden und eine stärkere Standardisierung von PL-Aktivitäten und Arbeitsmitteln für die Weiterentwicklung der Plausibilisierung vor. Internationale Entwicklungen im Bereich der Plausibilisierung, wie zum Beispiel maschinelle, statistische Korrektur-, Imputations- und Steuerungsverfahren, stellen für die deutsche amtliche Statistik wertvolle Grundlagen für die Weiterentwicklung der Plausibilisierung dar, wobei die fachlich und regional differenzierten Erhebungen in Deutschland ihre Übernahme zu einer besonderen Herausforderung werden lassen.

Vorbemerkung

Die globale Vernetzung und das steigende Leistungsvermögen der Informationstechnik haben in den letzten Jahren zu immer schnelleren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen und zu einem steigenden Bedarf an qualitativ hochwertigen statistischen Ergebnissen geführt.

Der zunehmende Wettbewerb führt zu einem Anstieg der Dienstleistungsqualität und fördert eine Individualisierung der Gesellschaft.¹⁾ Spezifische Nutzergruppen stellen vor diesem Hintergrund höhere und zunehmend konkurrierende Anforderungen an statistische Ergebnisse, die die amtliche Statistik nur im Rahmen ihrer verfügbaren Ressourcen unter Ausnutzung moderner Statistik- und Managementmethoden und DV-Verfahren erfüllen kann.

Einen wesentlichen Anteil an der Qualität statistischer Ergebnisse haben Datenprüfungen, die bis zu 40% der für eine Statistik erforderlichen Ressourcen verbrauchen können.²⁾ Allein diese Tatsache erfordert eine kontinuierliche Optimierung dieser Aktivitäten unter Beachtung der Auswirkungen auf die Datenqualität.

Die Inhalte der nachfolgenden Ausführungen bilden eine kurze Vorstellung des Qualitätsbegriffs der deutschen amtlichen Statistik und seine Auswirkungen auf die Statistikerstellung unter besonderer Berücksichtigung der Datenprüfungen, die im Folgenden unter dem Begriff „Plausibilisierung“

1) Siehe hierzu Güthoff, J.: „Dienstleistungsqualität als strategischer Wettbewerbsvorteil“, Wirtschaftswissenschaftliches Studium WiSt 12, Dezember 1998, S. 613.

2) Siehe hierzu Data Editing Subcommittee of the Federal Committee on Statistical Methodology: „Data Editing in Federal Statistical Agencies“, Statistical Policy Working Paper No. 18, Statistical Policy Office, Office of Information and Regulation Affairs, Office of Management and Budget, Vereinigte Staaten 1990.

(PL) zusammengefasst werden. Abschließend werden Möglichkeiten einer Weiterentwicklung der Plausibilisierung behandelt und dabei auch ein Ausblick auf nationale und internationale Entwicklungen gegeben.

1 Die Qualität statistischer Ergebnisse

Die Qualitätskriterien der amtlichen Statistik haben in den vergangenen Jahrzehnten eine deutliche Erweiterung erfahren. Lag früher der Schwerpunkt fast ausschließlich bei der Genauigkeit der Daten, so ist heute ein ganzes Bündel von Qualitätskriterien maßgeblich, deren Gewichtung vor allem unter dem Aspekt der Nutzerorientierung erfolgt. Die deutsche amtliche Statistik hat aus der Diskussion um die Datenqualität auf europäischer Ebene folgende Qualitätskriterien übernommen:

– Relevanz einer Statistik

Eine Statistik ist relevant, wenn die gewonnenen Informationen den Bedürfnissen der Nutzer entsprechen.

– Genauigkeit

Statistiken können Sachverhalte immer nur näherungsweise beschreiben. Das bedeutet, dass sie mit einem Unschärfbereich, in der Statistik auch als Fehler bezeichnet, behaftet sind, auch wenn sie mit der größten Sorgfalt und Gründlichkeit vorbereitet und durchgeführt werden.

– Aktualität

Die Nutzer amtlicher Statistiken sind zunehmend an aktuellen statistischen Ergebnissen interessiert. Statistiken werden daher möglichst zeitnah zu festgelegten Terminen veröffentlicht. Eine schnelle Bereitstellung der Ergebnisse wird immer wichtiger und steht bei vielen Statistiken inzwischen im Vordergrund.

– Verfügbarkeit und Transparenz

Statistische Ergebnisse müssen für den Nutzer leicht zugänglich sein, in der gewünschten Aufbereitung vorliegen und hinsichtlich Konzept und Methoden ausreichend dokumentiert sein. Die amtliche Statistik bietet ihre Unterstützung bei der Analyse und Interpretation der Ergebnisse an.

– Vergleichbarkeit (zeitlich, räumlich)

Statistische Ergebnisse sollen zuverlässig zeitliche und räumliche Vergleiche ermöglichen, wobei unumgängliche

Abweichungen (z. B. Wechsel von Klassifikationen, Änderungen der Erhebungsmerkmale) dokumentiert werden.

– Kohärenz (Übereinstimmung)

Ergebnisse aus unterschiedlichen Statistiken sind kohärent, wenn sie auf einheitlichen Definitionen, Klassifikationen und Methoden basieren. Kohärente Statistiken ermöglichen den Nutzern, verschiedene Statistiken untereinander in Beziehung zu setzen.

Die verschiedenen Qualitätskriterien können – wie bereits angedeutet – in Konkurrenz zueinander stehen. Dies trifft insbesondere auf das Verhältnis von Genauigkeit und Aktualität zu, wobei eine Erhöhung der Aktualität jedoch nicht notwendigerweise mit einem Verlust an Genauigkeit verbunden sein muss. Durch den Einsatz moderner Erhebungstechniken und leistungsfähigerer Aufbereitungsmethoden können Aktualitätsgewinne bis zu einem gewissen Grad ohne größere Genauigkeitsverluste erzielt werden. Höhere Anforderungen an die Aktualität statistischer Ergebnisse wären auch durch die Bereitstellung von vorläufigen Ergebnissen zu erfüllen, wobei dann Einbußen bei der Genauigkeit hinzunehmen wären.

Gemäß dem Qualitätsverständnis der amtlichen Statistik sind zum Beispiel vorläufige und endgültige statistische Ergebnisse gleichermaßen qualitativ hochwertig, wobei unterstellt wird, dass letztlich die Nutzer die Qualität statistischer Ergebnisse abschließend „bewerten“.³⁾ Diese Überlegungen führen im Hinblick auf eine optimale Nutzung vorhandener Ressourcen der statistischen Ämter letzten Endes zu der Konsequenz, Nutzeranforderungen an statistische Ergebnisse über einen intensiveren Dialog zu erfassen und in operative Vorgaben für die Statistikerstellung umzusetzen.⁴⁾ Doch dieses Vorgehen allein reicht noch nicht aus, um konkurrierenden Nutzeranforderungen gerecht zu werden; dieses Ziel wird erst durch eine auf Nutzeranforderungen ausgerichtete, flexible Statistikerstellung und Plausibilisierung erreicht.

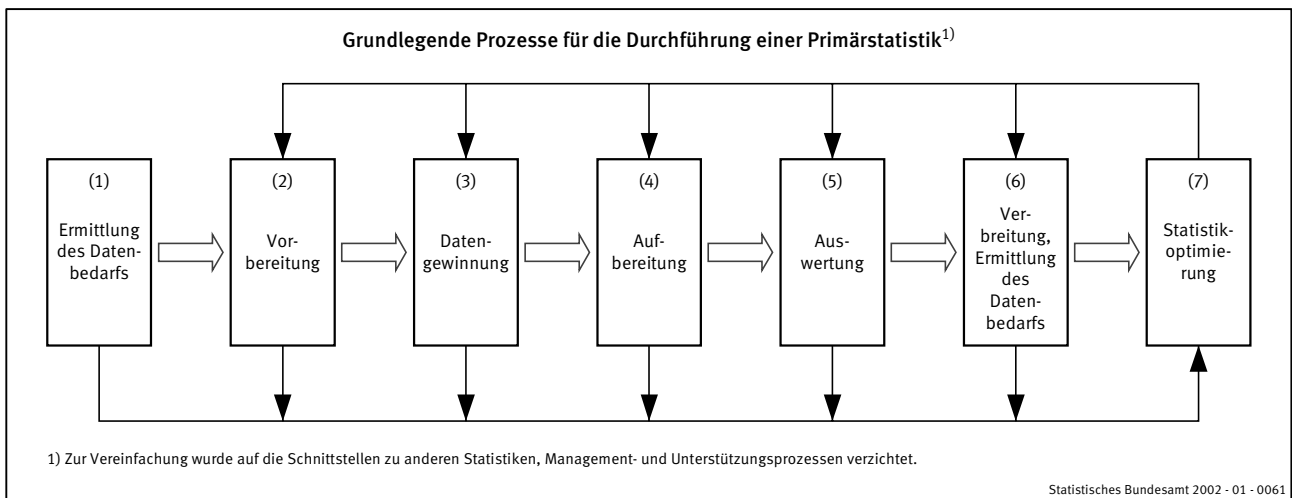
2 Die Durchführung von Bundesstatistiken

Die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführten Bundesstatistiken sind im Hinblick auf die Datengewinnung u. a. nach Primär- und Sekundärstatistiken zu unterscheiden. Vor dem Hintergrund moderner Managementmethoden und der allgemein anerkannten Leitlinie der Outputorientierung bietet es sich an, die Durchführung einer Primärstatistik in folgende grundlegende Prozesse aufzuteilen:⁵⁾

3) Mit den Anführungszeichen soll ausgedrückt werden, dass Nutzer die Qualität statistischer Ergebnisse über die Intensität der Datennutzung, Schreiben an die statistischen Ämter und Stellungnahmen in den Medien bewerten. In diese Urteile fließen auch Wahrnehmungen über die „Produktqualität“ ein, wie z. B. die Darbietungsformen oder auch das Auftreten von Amtsangehörigen. Siehe in diesem Zusammenhang die Überlegungen zur Erweiterung des Qualitätsverständnisses von Collins, M./Sykes, W.: „Extending the Definition of Survey Quality“, *Journal of Official Statistics*, Vol. 15 (1999), No. 1.

4) Siehe hierzu die Überlegungen von Blanc, M./Radermacher, W./Körner, T.: „Qualität und Nutzer“ in *WiSta* 10/2001, S. 799 ff.

5) Beispielfür Managementmethoden werden an dieser Stelle Projektmanagementtechniken, die inzwischen einheitlich im Statistischen Verbund eingeführt werden, und die Überlegungen zum Management der Softwareerstellung, wie sie in dem Capability Maturity Model beschrieben werden, genannt. Informationen über Projektmanagementtechniken sind zu finden bei Boy, J./Dudek, C./Kuschel, S.: „Projektmanagement“, Offenbach 1996; Winkelhofer, G. A.: „Methoden für Projektmanagement und Projekte“, Berlin 1997; Keßler, H./Winkelhofer, G. A.: „Projektmanagement“, Berlin 1999; Statistische Ämter des Bundes und der Länder: „Leitfaden zum Projektmanagement im Statistischen Verbund“ (Entwurf), Wiesbaden 2001; Statistisches Bundesamt: „Leitfaden zum Projektmanagement“, Wiesbaden 2000. Zu Methoden des Prozessmanagements sei an dieser Stelle u. a. verwiesen auf Schulte-Zurhausen, M.: „Organisation“, München 1995; Schmidt, G.: „Methoden des Prozess-Managements“ in *Wirtschaftswissenschaftliches Studium WiSt*, 9, 1999; Verein Deutscher Ingenieure, Deutsche Gesellschaft für Qualität: „Total Quality Management Prozesse“, VDI/DGQ 5505 (Entwurf), Düsseldorf 1998. Das Capability Maturity Model beschreiben u. a. Paulk, M. C.: „The Capability Maturity Model“, Reading 1995, und Turner, M. J.: „Changing Management Practices“, ISIS 2000, www.unece.org/stats/documents/2000.05.isis.htm.



– *Ermittlung des Datenbedarfs*

Die Anmeldung eines Datenbedarfs – in der Regel durch ein Bundesministerium oder die Europäische Union – löst diesen Prozess aus, an dessen Ende konkrete Vorstellungen hinsichtlich der benötigten Daten und ihrer Qualität stehen, die wesentliche Vorgaben für die Erstellung einer Statistik darstellen. Durch den Pfeil zum Prozess „Statistik-Optimierung“ soll, wie auch bei den nachfolgenden Prozessen, angedeutet werden, dass geeignete Prozessdokumentationen bei Bedarf für eine Optimierung bereitzustellen sind. Die entstandenen (Meta-)Daten (z. B. die Merkmalsbeschreibungen) sollen, wie auch bei allen nachfolgenden Prozessen, über eine durchgängige Datenhaltung medienbruchfrei für alle nachfolgenden Aktivitäten genutzt werden können.

– *Vorbereitung*

Auf der Grundlage des konkretisierten Datenbedarfs bereiten Fachstatistiker eine Erhebung vor. Hierzu gehören u. a. die Mitwirkung bei der Erstellung einer Rechtsgrundlage, die Entwicklung von Erhebungsunterlagen, das Aufstellen eines Auswertungsprogramms, die Planung der Verfahren zum Erkennen und zur Beseitigung von Fehlern in den erhobenen Angaben und DV-technische Maßnahmen zur Durchführung der Erhebung.

– *Datengewinnung*

Das wesentliche Ziel dieses Prozesses stellt die Gewinnung von plausiblen Daten dar. Hierzu setzen die statistischen Ämter neben gedruckten Fragebogen zunehmend elektronische Erhebungsinstrumente ein, damit Angaben der Befragten „vor Ort“ geprüft und korrigiert werden können. Die statistischen Ämter führen im Rahmen dieses Prozesses auch Vollzähligkeits- und Vollständigkeitsprüfungen von eingegangenen Erhebungsunterlagen sowie Nachfassaktionen durch.

– *Aufbereitung*

Im Verlauf der Aufbereitung werden die Angaben der Befragten auf elektronischen Datenträgern gespeichert und fehlerhafte Daten korrigiert. Auf der Grundlage plausibler Daten wird darüber hinaus bei Stichprobenerhebungen die Hochrechnung durchgeführt, sodass am Ende dieses Prozesses alle benötigten Daten für die Auswertung bereitstehen.

– *Auswertung*

Im Rahmen dieses Prozesses werden auf der Grundlage des Auswertungsprogramms in den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder statistische Ergebnisse zusammengestellt und ihre Veröffentlichung vorbereitet. Für die Interpretation von statistischen Ergebnissen können Informationen über korrigierte und imputierte Daten hilfreich sein.

– *Verbreitung, Ermittlung des Datenbedarfs*

Neben der Verbreitung der Ergebnisse können insbesondere durch Nutzerbefragungen auch Erkenntnisse über die Nutzerzufriedenheit und den Bedarf nach weiteren statistischen Ergebnissen gewonnen werden. Diese Informationen bilden eine Grundlage für Anpassungen bei regelmäßig wiederkehrenden Statistiken.

– *Statistik-Optimierung*

Wesentliche Ziele dieses Prozesses stellen die Verbesserung der Qualität statistischer Ergebnisse und die Steigerung der Effizienz aller vorangegangenen Prozesse dar. Typische Aktivitäten zielen auf eine Verbesserung eingesetzter Erhebungsinstrumente und die Weiterentwicklung verwendeter Aufbereitungsmethoden, was durch die Pfeile zu den entsprechenden vorangegangenen Prozessen angedeutet werden soll.

Die amtliche Statistik strebt durch umfangreiche qualitätssichernde Maßnahmen an, Fehler bei der Statistikerstellung schon von vornherein nach Möglichkeit zu vermeiden. Dennoch können bei der Durchführung von Statistiken vielfältige Fehler auftreten, die die Qualität statistischer Ergebnisse beeinflussen. Grundsätzlich kann man sie in Stichprobenfehler und Nicht-Stichprobenfehler unterscheiden. Beide Fehlerarten sind voneinander unabhängig.

Stichprobenfehler können nur bei Stichproben-Erhebungen auftreten. Zu ihnen zählen Stichproben-Zufallsfehler und

Stichprobenverzerrungen, wie zum Beispiel Verzerrungen durch Mängel der Auswahlgrundlage, der Auswahlmethode, der Auswahltechnik oder durch das Schätzverfahren. Nicht-Stichprobenfehler können bei allen Erhebungen, ob Stichproben oder Totalerhebungen, auftreten. Sie werden nach Erfassungsfehlern und inhaltlichen Fehlern unterschieden. Erfassungsfehler führen im Allgemeinen zu Ergebnisverzerrungen und werden durch Mängel der Erfassungsgrundlage oder Antwortausfälle verursacht. Inhaltliche Fehler können in allen Phasen der Erhebung auftreten und wirken weitaus überwiegend verzerrend. Zu ihren Ursachen gehört aber beispielsweise auch die Antwortvariabilität, die Zufallscharakter hat. Sie beinhaltet die Schwankungen der Antworten von Erhebungseinheiten bei identisch durchgeführten Befragungen und gleichen äußeren Einflüssen.

Fehler können als nicht erkennbare (latente) und erkennbare (evidente) Fehler auftreten. Latente Fehler können zum Beispiel Angaben mit falschen Maßeinheiten sein, wobei angegebene Werte aufgrund ihrer Größenordnungen selbst nicht als fehlerhaft erkannt werden. Evidente Fehler sind beispielsweise anhand falscher oder unvollständiger Angaben bzw. Daten erkennbar. Das Ausmaß des Einflusses von Fehlern auf die Qualität statistischer Ergebnisse kann sehr vielfältig sein. Sie beeinflussen in erster Linie die Genauigkeit statistischer Ergebnisse (primäre Wirkung), ihre Beseitigung erfordert darüber hinaus Zeit und verursacht damit zusätzliche Kosten. Neben der Beeinträchtigung der Aktualität statistischer Ergebnisse (sekundäre Wirkung) entsteht somit auch ein höherer Ressourcenverbrauch.

3 Plausibilisierung in der amtlichen Statistik

3.1 Plausibilisierung im Rahmen der Statistikdurchführung

Die bei der Statistikerstellung möglichen Fehler versucht die amtliche Statistik durch qualitätssichernde Maßnahmen so weit wie möglich zu vermeiden oder – sofern dies nicht gelingt – zu beseitigen, um den Nutzern qualitativ hochwertige statistische Ergebnisse bereitzustellen. Einen Schwerpunkt bilden dabei Maßnahmen zur Erkennung und Beseitigung von Fehlern in Angaben bzw. Daten. Sie beginnen bei einer Primärstatistik in der Regel mit Eingangskontrollen während des Prozesses „Datengewinnung“ und setzen sich mit inhaltlichen Überprüfungen der gemachten Angaben im Rahmen der Aufbereitung fort. In der Regel werden Fehler mit Hilfe von Wertebereichsprüfungen, Codierprüfungen und Kombinationsprüfungen erkannt und zurzeit noch überwiegend manuell korrigiert. Mit Hilfe von Wertebereichsprüfungen wird festgestellt, ob Angaben eines metrischen Merkmals außerhalb zulässiger Wertunter- und -obergrenzen liegen, bei kategorialen Merkmalen geschieht dies im Wesentlichen mit Codierprüfungen. Wurde bei beiden Prüfungsarten ein Merkmal allein betrachtet, werden mit Hilfe

von Kombinationsprüfungen Ausprägungskombinationen verschiedener Merkmale auf ihre Zulässigkeit geprüft. Hierbei werden je nach fachspezifischen Erfordernissen sowohl Merkmale aus einer laufenden als auch aus vorhergehenden bzw. anderen Statistiken einbezogen.

Der insbesondere bei Unternehmen und in der Verwaltung inzwischen durchgängig übliche IT-Einsatz ermöglicht der amtlichen Statistik, Plausibilitätsprüfungen durch den Einsatz moderner DV-Technik zunehmend in den Prozess „Datengewinnung“ zu verlagern. Dies trägt auch dazu bei, die Auskunftgebenden zu entlasten, weil Rückfragen von Seiten der statistischen Ämter im Zuge nachträglicher Korrekturen während der Aufbereitung entfallen.⁶⁾ Zudem können Auskunftgebende fehlerhafte Angaben besser erkennen und in vielen Fällen gleich selbst korrigieren.

Maßnahmen zur Erkennung und Beseitigung von Fehlern müssen geplant werden. Wesentliche Rahmenbedingungen stellen die Anforderungen an die Datenqualität, die sich aus den Erhebungsmerkmalen ergebenden sachlogischen Zusammenhänge, die es zu prüfen gilt, und die vorhandenen Ressourcen der statistischen Ämter dar. Unter der Fragestellung „Welche Sachzusammenhänge können mit modernen Methoden so früh wie möglich geprüft werden?“ geht es darum, Plausibilitätsprüfungen zu spezifizieren und entsprechend den DV-technischen Möglichkeiten einzelnen Aufbereitungsphasen zuzuordnen. Unter dem Blickwinkel, dass manuelle Korrekturen Aktivitäten darstellen, gilt es, aufbauend auf spezifizierten Korrekturanweisungen und gegebenen organisatorischen Rahmenbedingungen Arbeitsabläufe zu planen, den Zeitaufwand für die Fehlerbeseitigung in Abhängigkeit von den zu erwartenden Fehlern und der jeweiligen Bearbeitungsdauer zu schätzen sowie den Personal- und Betriebsmitteleinsatz zu planen.

Manchmal stellt sich im Zuge der Fehlerbeseitigung heraus, dass Annahmen über zu erwartende Fehler nicht zutreffend, manche Prüfungen unsachgemäß und Abläufe ineffizient waren. Diese Fälle erfordern eine Anpassung der Maßnahmen zur Fehlerbeseitigung. Auch neu verfügbare leistungsfähigere Methoden und DV-Verfahren stellen einen weiteren Anlass für Optimierungsmaßnahmen dar. Wesentliche Grundlagen für eine Anpassung der Fehlerbearbeitung stellen Informationen über eingesetzte Methoden dar, die auch für die Ergebnisinterpretation und Dokumentationen genutzt werden können.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Plausibilisierung die Datenqualität und den Ressourceneinsatz in mehrfacher Hinsicht beeinflusst:

- Sie trägt maßgeblich dazu bei, die Genauigkeit statistischer Ergebnisse zu erhöhen.
- Sie erfordert Zeit und beeinträchtigt dadurch die Aktualität statistischer Ergebnisse.

⁶⁾ Weitere wesentliche Entlastungen von Auskunftgebenden werden insbesondere durch Filterführungen bei umfangreichen Fragebogen und durch die Mehrfachnutzung von unveränderlichen Angaben, wie z. B. Adressen oder Identifikationsnummern, erreicht.

- Informationen über eingesetzte Methoden für die Fehlerbeseitigung erleichtern die Interpretation statistischer Ergebnisse und verbessern daher das Qualitätskriterium „Transparenz“.
- Sie kann je nach erforderlichem Planungs- und Prüfungsumfang hohe Kosten verursachen.

3.2 Optionen für eine Weiterentwicklung der Plausibilisierung in der deutschen amtlichen Statistik

Angesichts des aufgezeigten Veränderungsbedarfs stellt sich die Frage, wie die Plausibilisierung stärker als bisher auf benötigte statistische Ergebnisse ausgerichtet werden kann, um konkurrierende Nutzeranforderungen an die Datenqualität besser zu erfüllen. Für eine Weiterentwicklung der Plausibilisierung bieten sich folgende Optionen an:

- *Stärkere Fehlerbeseitigung schon bei der Datengewinnung.*

Sie ist bei Primärstatistiken durch den Einsatz von elektronischen Fragebogen möglich. Einschränkungen ergeben sich bei dieser Option durch die Zumutbarkeit der Korrekturen für die Auskunftgebenden und die Vermeidung von höheren Belastungen. Weiterhin ist die Mitwirkungsbereitschaft der Auskunftgebenden erforderlich, wobei diese fehlerhafte Angaben nur zum Teil korrigieren können. Insbesondere die für die Absicherung von Zeitreihen erforderlichen Vergleiche mit Angaben aus vorangegangenen Erhebungen werden auch weiterhin zur Fehlerbeseitigung in den statistischen Ämtern gehören. Bei Sekundärstatistiken bietet sich die Bereitstellung von PL-spezifischen DV-Programmen oder die Integration von entsprechenden DV-Modulen in fremde Software an. Dies setzt die Mitwirkungsbereitschaft der Datenproduzenten voraus.

- *Stärkere Nutzung von maschinellen Verfahren für die Fehlerbeseitigung*

Maschinelle Verfahren für die Fehlerbeseitigung versuchen – je nach verwendeter Methode – Korrekturen so schonend wie möglich durchzuführen, damit bestehende Häufigkeitsverteilungen kaum beeinträchtigt werden. Sie sind in der Regel vor ihrem Einsatz an fachspezifische Besonderheiten anzupassen, und nach ihrem Einsatz sind die erzeugten plausiblen Daten zu analysieren, um zum Beispiel systematische Fehler aufgrund eines fehlerhaften Verfahrenseinsatzes auszuschließen. Die mit diesen Verfahren erzielbaren Aktualitäts-, Genauigkeits- und Effizienzgewinne werden durch diese Arbeiten mitunter kompensiert. Weiterhin erfordern vorliegende Datenstrukturen (metrische und/oder kategoriale Merkmale), mitunter den Einsatz verschiedener maschineller Verfahren, um vorhandene Fehler beseitigen zu können.⁷⁾ Aus den bisherigen Ausführungen wird deutlich, dass sich

der Einsatz dieser Verfahren insbesondere bei großen Datenbeständen lohnt.

- *Stärkere Berücksichtigung des Einflusses von Fehlern auf statistische Ergebnisse bei der Fehlerbeseitigung*

Der Einfluss eines Fehlers auf ein statistisches Ergebnis hängt von seiner Größenordnung und dem Umfang der zugrunde liegenden statistischen Masse ab. Eine fehlerhafte Barausgabe von 100 Euro für einen Kasten Limonade (Wertebereichsfehler) wirkt sich bei einer gleichbleibenden Anzahl von Barausgaben stärker auf ein statistisches Ergebnis aus als eine fehlerhafte Barausgabe von 30 Euro. Darüber hinaus macht sich der Einfluss eines Fehlers auf das statistische Ergebnis bei 10 Barausgaben stärker bemerkbar als bei 300 Barausgaben. Der Einfluss derartiger Fehler auf die Datenqualität kann aber auch vom Typ des statistischen Ergebnisses abhängen, so können sich zum Beispiel fehlerhafte Angaben unter- und oberhalb zulässiger Wertebereichsgrenzen bei statistischen Ergebnissen in Form von Mittelwerten kompensieren. Es gibt Fehlerbeseitigungsmethoden, die diese Effekte bei Korrekturen berücksichtigen. Sie sind im Einzelnen an fachstatistische Besonderheiten, wie zum Beispiel frühzeitig bereitzustellende Ergebnisse und vorgesehene Gliederungstiefen statistischer Ergebnisse, anzupassen. Die Methoden ermöglichen vorrangig Aktualitätsgewinne bei statistischen Ergebnissen, wobei zu prüfen wäre, inwieweit dies auch bei regional und fachlich tief gegliederten Ergebnissen noch der Fall ist.

- *Verwendung zeitgemäßer Managementmethoden*

Der Einsatz von leistungsfähigeren Fehlerbeseitigungsmethoden und DV-Verfahren verändert organisatorische Abläufe der Fehlerbeseitigung und erfordert neue Managementmethoden. Mit ihnen sollen u. a. realistischere Pläne erstellt werden, um wirksamere Grundlagen und ein leistungsfähigeres Berichtswesen für die Steuerung einer laufenden Fehlerbeseitigung zu erhalten. Eingebettet in ein Qualitätsmanagement auf der Grundlage des EFQM-Modells bieten sich der Einsatz von Projektmanagementmethoden und das in der Praxis bewährte Prozessmanagement als Optionen an.⁸⁾

- *Stärkere Standardisierung von PL-Aktivitäten und Arbeitsmitteln*

Trotz bestehender Unterschiede zwischen den amtlichen Statistiken ähneln sich die Aktivitäten im Rahmen der Plausibilisierung und könnten zumindest in „homogenen Gruppen“ zusammengefasst werden, sodass sich gute Voraussetzungen für mehrfach verwendbare Softwarekomponenten zur effizienten Erstellung von standardisierten, PL-spezifischen DV-Verfahren ergeben würden. Eingebettet in den im Schaubild dargestellten Prozessrahmen sollten mit der Planung, Durchführung und Opti-

7) Deterministische Korrekturverfahren können z. B. nur eingesetzt werden, wenn bei einem Merkmal aufgrund von vorhandenen Sachzusammenhängen nur eine Angabe plausibel sein kann. In der Praxis werden sie daher z. B. auch durch so genannte Spenderverfahren ergänzt. Dabei werden fehlerhafte bzw. fehlende Angaben durch plausible Angaben aus „ähnlichen“ Datensätzen ersetzt.

8) Siehe hierzu die Ausführungen über den Erfolg des Business Process Reengineering von Wirtz, B. W.: „Business Process Reengineering – Erfolgsdeterminanten, Probleme und Auswirkungen eines neuen Reorganisationsansatzes“, Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 48, 1996.

mierung von Statistiken typische Teilprozesse einer Plausibilisierung definiert und eine Ebene tiefer weitere Prozessfolgen standardisiert werden. Bei diesem Vorgehen müssen selbstverständlich fachspezifische Freiräume erhalten bleiben, indem zum Beispiel Fachbereiche PL-Prozessfolgen für typische PL-Aktivitäten bei der Planung der Fehlerbeseitigung wählen und an fachspezifische Besonderheiten anpassen können.

Vor dem Hintergrund steigender Nutzeranforderungen und stetiger Ressourcenkürzungen hatte die Amtsleiterkonferenz der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine Projektgruppe mit der Ausarbeitung eines Fachkonzepts zur Weiterentwicklung der Plausibilisierung („PL-Fachkonzept“) beauftragt, durch das im Wesentlichen

- die Aktualität statistischer Ergebnisse unter Wahrung ihrer Genauigkeit gesteigert und
- die Effizienz der Plausibilisierung und aller dazu erforderlichen Maßnahmen verbessert

werden soll.

Die Projektgruppe hat inzwischen ein solches Fachkonzept erarbeitet und dabei die oben genannten Optionen unter Beachtung der Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik weitgehend berücksichtigt. Die Ergebnisse wurden in einem Projektbericht dokumentiert; über sie wird in einem späteren Beitrag in dieser Zeitschrift berichtet.

3.3 Internationale Aktivitäten im Überblick

Ähnlichen Rahmenbedingungen wie die deutsche amtliche Statistik unterliegen u. a. auch die nationalen statistischen Ämter Kanadas, Schwedens, der Niederlande sowie die statistischen Büros in den Vereinigten Staaten. Sie haben umfangreiche Arbeiten zur Weiterentwicklung sowohl von Fehlerbeseitigungsmethoden als auch der dafür genutzten Softwarewerkzeuge geleistet, mit dem Ziel, die Fehlerbeseitigung effizienter zu gestalten.

International wurden Verfahren zur maschinellen statistischen Korrektur und Imputation von statistischen Ergebnissen entwickelt, bei denen Korrekturen auf ein Minimum beschränkt werden, damit originäre Datenstrukturen erhalten bleiben. Korrekturen und Imputationen (Datenersetzungen) werden aus spezifizierten Plausibilitätsprüfungen abgeleitet, und fehlende Angaben werden so ersetzt, dass sich die Häufigkeitsverteilungen der entsprechenden Merkmale kaum ändern.⁹⁾

Untersuchungen in den Vereinigten Staaten, Schweden und den Niederlanden aus den 1990er Jahren zeigen, dass bis zu 50 bis 80% aller Korrekturen im Rahmen einer „traditionellen“ Fehlerbeseitigung keinen signifikanten Einfluss auf ein statistisches Ergebnis haben können.¹⁰⁾ Die Untersuchungsergebnisse führten zur Entwicklung so genannter Steuerungsmethoden.¹¹⁾ Steuerungsmethoden werden sie deshalb genannt, weil sie nicht mehr unterschiedslos alle fehlerhaften Datensätze bearbeiten, unabhängig davon, wie groß der Einfluss einer Korrektur auf das Gesamtergebnis wäre, sondern sich auf die Datensätze mit dem größten Einfluss auf das jeweilige statistische Ergebnis beschränken.¹²⁾ Die Erkennung fehlerhafter Datensätze wird dabei durch eine datensatzübergreifende Betrachtung erreicht (Makroebene im Vergleich zur Mikroebene, dem einzelnen Datensatz).¹³⁾ Mit diesen Methoden sind Aktualitätsgewinne bei vorläufigen Ergebnissen zu erreichen.

Im Zuge der Leistungssteigerungen bei der Hardware in den 1990er Jahren wurden DV-Verfahren entwickelt, die eine Visualisierung der Plausibilität statistischer Daten ermöglichen. Der Bearbeiter wird so in die Lage versetzt, anhand von Grafiken auf dem Computerbildschirm mögliche Ausreißer zu erkennen.¹⁴⁾ Diese können dann aus der Grafik heraus sofort aufgerufen und bearbeitet werden. Damit wird erreicht, dass bei der Fehlerbeseitigung vorrangig die Fälle mit extremen Abweichungen vom Durchschnitt – und damit diejenigen mit dem größten Einfluss auf das Gesamtergebnis – bearbeitet werden.¹⁵⁾

Bei dem Blick auf die Arbeiten im Ausland fiel im Übrigen auf, dass dort Weiterentwicklungen auf dem Gebiet der Plausibilisierung häufig durch eine Zusammenarbeit der amtlichen Statistik mit der Wissenschaft erreicht wurden.

Die internationalen Erfahrungen und PL-Methoden stellen für die deutsche amtliche Statistik wertvolle Grundlagen für die Weiterentwicklung der Plausibilisierung dar. Einschränkend muss allerdings gesagt werden, dass die beispielhaft aufgeführten Methoden in der Regel bei Statistiken eingesetzt wurden, die fachlich bzw. zumindest regional nicht so differenziert sind wie die Erhebungen in Deutschland, was ihre Übernahme erschweren könnte. [u](#)

9) Siehe hierzu Fellegi, I. P./Holt, D.: „A Systematic Approach to Automatic Edit and Imputation“, *Journal of the American Statistical Association*, 71, S. 17 ff.

10) Siehe hierzu Boucher, L.: „Micro-editing for the Annual Survey of Manufactures: What is the Value Added?“, *Proceedings of the US Bureau of the Census Annual Research Conference*, US Bureau of the Census 1991, S. 765 ff.; die Ergebnisse wurden 1994 von Kajsa Lindell (Statistics Sweden) und 1995 von Frank van de Pol (CBS, Niederlande) bestätigt.

11) Siehe hierzu Granquist, L.: „Macro-Editing – A Review of some Methods for Rationalizing the Editing of Survey Data“ in *Statistical Data Editing*, Vol. No. 1, *Methods and Techniques*, Genf 1994, S. 113 f.

12) Siehe hierzu Hidiroglou, M. A./Berthelot, J. M.: „Statistical Editing and Imputation for Periodic Business Survey“, *Survey Methodology* 12, S. 73 ff.

13) Siehe hierzu Latouche, M./Bureau, M./Croal, J.: „Development of a Cost-Effective Edit and Follow Up Process: The Canadian Survey of Employment Experience“ in *Statistical Data Editing, Methods and Techniques*, Vol. No. 2, Genf 1997, S. 15 ff.

14) Für die Erkennung von Ausreißern werden in der Regel Grafiken und Methoden der deskriptiven Statistik verwendet, wie z. B. Streudiagramme oder Box-Plots. Siehe u. a. hierzu v. d. Lippe, P.: „Deskriptive Statistik“, Stuttgart 1993; Hartung, J.: „Statistik“, München 1995.

15) Siehe hierzu u. a. Engström, P./Ångsved, C.: „A Description of a Geographical Macro-editing Application“, *Conference of European Statisticians, Work Session on Data Editing*, Cork 1994; Granquist, L.: „Improving the Traditional Editing Process“ in *Business Survey Methods*, New York 1995.

Dipl.-Handelslehrer Albrecht Krockow

Außenhandel mit Hochtechnologieprodukten

Der Einsatz neuer Technologien ist eine Schlüsselgröße für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in einer immer stärkerverflochtenen Weltwirtschaft. Technologieintensive Branchen sind besonders innovativ und tragen wesentlich zur Erschließung neuer Märkte im In- und Ausland bei. Sie sind es auch, die im internationalen Handel besonders stark wachsen und mit ihrer Dynamik Impulse in andere Wirtschaftszweige geben. Der Export von Hochtechnologie gilt als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung und den technologischen Stand eines Landes sowie dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit. Er drückt sich allerdings nicht nur in entsprechenden grenzüberschreitenden Warenlieferungen aus, sondern auch in Auslandsinvestitionen für Forschung und Produktion, in der Vergabe von Lizenzen an ausländische Unternehmen oder in der Gründung von bzw. der Beteiligung an international tätigen Unternehmensgruppen. Der folgende Beitrag untersucht nur den deutschen Außenhandel im Sinne des grenzüberschreitenden Warenhandels. Dazu muss zunächst definiert werden, was unter „Hightech“-Gütern, also technisch anspruchsvollen Industriegütern, zu verstehen ist. Dies ist insofern nicht unproblematisch, als es keine verbindliche, international einheitliche Abgrenzung gibt und auf Grund des raschen technischen Fortschritts wohl auch in Zukunft kaum geben kann. In diesem Aufsatz wird eine von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erarbeitete Produktliste verwendet, auf deren Basis die Struktur der deutschen Aus- und Einfuhren von Hightech-Gütern und deren Entwicklung seit den 1990er Jahren untersucht wird.

Anschließend wird die Position Deutschlands im internationalen Vergleich dargestellt. Als Maßstab dient dabei der jeweilige Anteil von Hightech-Gütern am Gesamtexport.

Abgrenzung von Hochtechnologieprodukten

Die Abgrenzung von Hochtechnologieprodukten folgt einer Klassifikation der OECD-Direktion für Wissenschaft, Technologie und Industrie, die in einem Arbeitspapier aus dem Jahr 1997 entwickelt wurde.¹⁾ Dabei wurden zunächst alle industriellen Sektoren – basierend auf Untersuchungen in zehn OECD-Ländern (darunter auch in Deutschland) – nach dem Grad ihrer technologischen Intensität in vier Gruppen (high, medium-high, medium-low, low technology) zusammengefasst. Als Zuordnungskriterium dienten dabei die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Relation zum Output (Umsatz). In Ergänzung zu diesem sektoralen Ansatz wurde eine produktbezogene Abgrenzung des Hochtechnologiebereichs vorgenommen, die sich auf die international weit verbreitete Güterklassifikation SITC²⁾, Rev. 3, der Vereinten Nationen stützt, und zwar auf die Fünfsteller als tiefste Gliederungsebene. Die daraus entstandene Warenliste, die diesem Beitrag als Anhang auf S. 121 f. beigelegt ist, ist weitgehend kompatibel mit der Sektorenliste, das heißt die als Hochtechnologie eingestuft Produkte werden in der Regel schwerpunktmäßig in den dem Hochtechnologiebereich zugeordneten Branchen hergestellt. Der produktbezo-

1) Siehe Hatzichronoglou, T.: "Revision of the High-Technology sector and product classification", STI Working papers 1997/2.

2) Standard International Trade Classification – Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel.

gene Ansatz erlaubt jedoch eine stärkere Differenzierung in der Weise, dass einerseits nicht alle Produkte von Hochtechnologie-sektoren als Hochtechnologieprodukte angesehen werden, andererseits aber auch Hochtechnologieprodukte einbezogen werden, die von „medium-high“-Technologiebereichen erzeugt werden.

Stärken und Schwächen dieser Abgrenzung sollen hier nicht im Detail erörtert werden. Einige einschränkende Anmerkungen sind jedoch angebracht, um die nachfolgenden Ergebnisse besser zu verstehen und Fehlinterpretationen zu vermeiden. In der Studie selbst wird auf bestimmte konzeptionelle Defizite hingewiesen, insbesondere darauf, dass auf Grund des verfügbaren Datenmaterials die Ausgaben für Forschung und Entwicklung als alleiniger Maßstab für die Hochtechnologieintensität herangezogen wurden, obwohl es eine ganze Reihe anderer Kriterien gibt, die gleichermaßen zu berücksichtigen wären. Genannt werden u. a. das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter/-innen, die Zahl von Patenten und Lizenzen oder Umfang und Qualität der betrieblichen Ausrüstung.

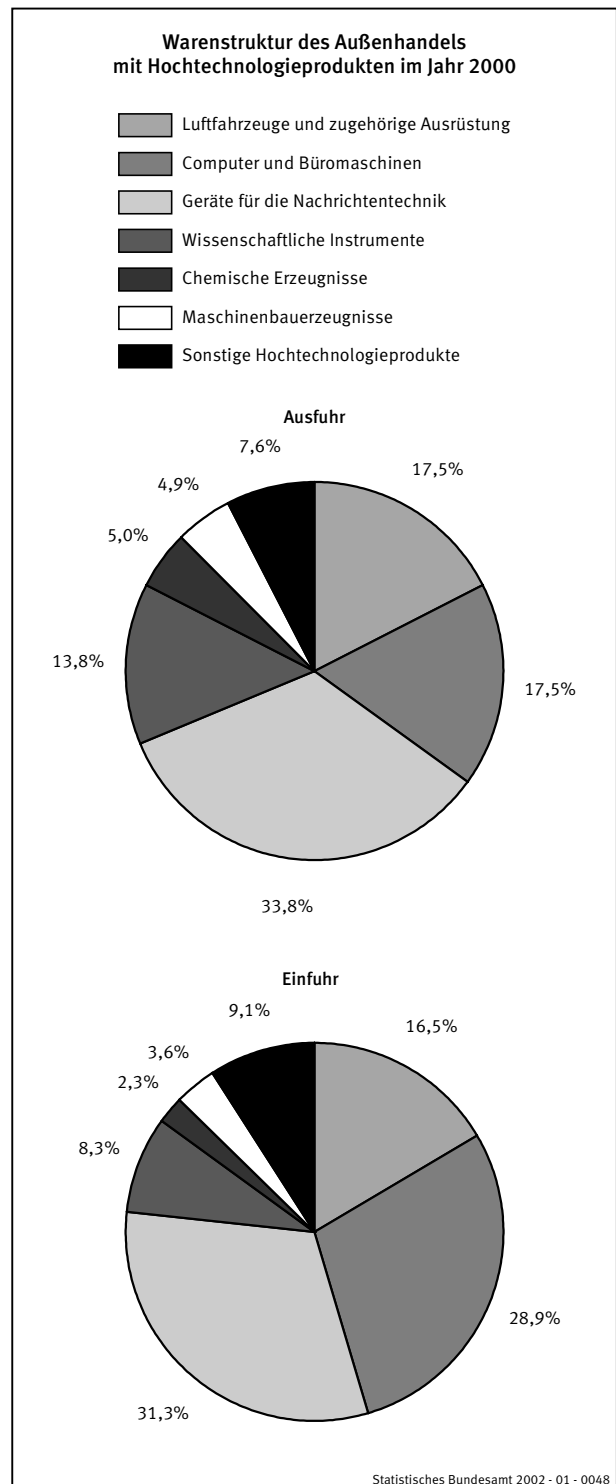
Ein anderes, definitorisch kaum lösbares Problem besteht darin, dass Hochtechnologieprodukte in Produkten enthalten sein können, die insgesamt einem niedrigeren Technologieniveau zugeordnet werden. Die Hochtechnologieanteile sind in diesen Fällen jedoch, wenn überhaupt, nur schwer zu quantifizieren und schwanken zudem von einem Land zum anderen. Diese Unschärfen in der Einstufung zeigen sich beispielsweise daran, dass die Kraftfahrzeuge in der OECD-Liste pauschal aus dem Hochtechnologiebereich ausgeschlossen wurden, obwohl sie eine Vielzahl von Hochtechnologiebauteilen beinhalten können. Das hat natürlich erhebliche Auswirkungen auf das in dieser Abgrenzung ermittelte Technologieprofil eines Landes wie Deutschland, in dessen Ausfuhren dieser Produktbereich einen Wertanteil von rund 18% erreicht.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, dass die Hochtechnologieeigenschaft nicht nur aus der Beschaffenheit eines Endprodukts abgeleitet wird, sondern auch durch die Methode seiner Herstellung begründet sein kann. So sind etwa Lebensmittel, die gentechnisch gewonnen wurden, unter technologischen Gesichtspunkten anderen Kategorien zuzuordnen als solche, die auf natürlichem Wege erzeugt wurden. In der Warenklassifikation fehlt jedoch eine entsprechende Differenzierung nach dem Herstellungsverfahren.

Struktur nach Warengruppen

Im Jahr 2000 wurden aus Deutschland Hochtechnologieprodukte (gemäß OECD-Abgrenzung) im Gesamtwert von 96 Mrd. Euro ausgeführt.³⁾ Das entsprach einem Anteil von rund 16% der Gesamtausfuhren in diesem Jahr. Die neun in der OECD-Liste genannten Produkthauptgruppen hatten dabei sehr unterschiedliche Gewichte. Es dominierten die vier Warenbereiche Elektronik/Telekommunikation, Luftfahrt, Computer/Büromaschinen und wissenschaftliche Instrumente, auf die allein mehr als vier Fünftel des gesamten Exportwertes von Hochtechnologiegütern entfielen. Eingeführt wurden im Jahr 2000 Hochtechnologiewaren im Wert von 101 Mrd. Euro. Die Warenstruktur der Hochtechnologieimporte weist gegenüber den entsprechenden Ausfuhren starke Parallelen auf. Hier entfielen auf die vier oben genannten Warenbereiche 85% der gesamten Hochtechnologieimporte im Jahr 2000.

Schaubild 1



3) Vergleichbare Ergebnisse für das Jahr 2001 werden im Herbst dieses Jahres vorliegen.

Der Saldo der Aus- und Einfuhren von Hochtechnologieprodukten ergab im Jahr 2000 ein Minus von 4,3 Mrd. Euro. Er setzte sich aus sehr unterschiedlichen Teilbilanzen für die einzelnen Hochtechnologieproduktgruppen zusammen. Während etwa der Bereich der wissenschaftlichen Instrumente einen deutlichen Ausfuhrüberschuss in Höhe von nahezu 5 Mrd. Euro verzeichnete, überstiegen die Importe von Computern und Büromaschinen die entsprechenden Exporte um 12,3 Mrd. Euro. Dagegen hielten sich die Aus- und Einfuhren von Luftfahrterzeugnissen nahezu die Waage. Besondere Bedeutung in diesem Industriezweig haben die Warenbewegungen im Rahmen des Airbus-Programms, in dem Deutschland mit Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Spanien kooperiert. Dabei werden die in Frankreich vorgefertigten Flugzeuge nach Deutschland verbracht und dort unter Verwendung der von den anderen Partnern zugelieferten Bauteile fertig gestellt. Umgekehrt werden auch in Deutschland produzierte oder veredelte Bauteile zur Endmontage nach Frankreich geliefert.

Neben der absoluten Darstellung des Saldos kann auch der Dividend Exporte/Importe als relative Kennzahl zur Bewertung von Handelsbilanzen herangezogen werden. Er macht deutlich, bis zu welchem Grad die Importe eines Gutes durch entsprechende Exporte abgedeckt sind. Der höchste

Wert wurde für Hochtechnologieerzeugnisse im Bereich der Chemie mit einem Koeffizienten von 2,1 erreicht, das heißt die Exportwerte waren hier doppelt so hoch wie die Importwerte. Demgegenüber waren die Importe von Computern und Büromaschinen nur zu knapp 60% durch entsprechende Ausfuhren gedeckt.

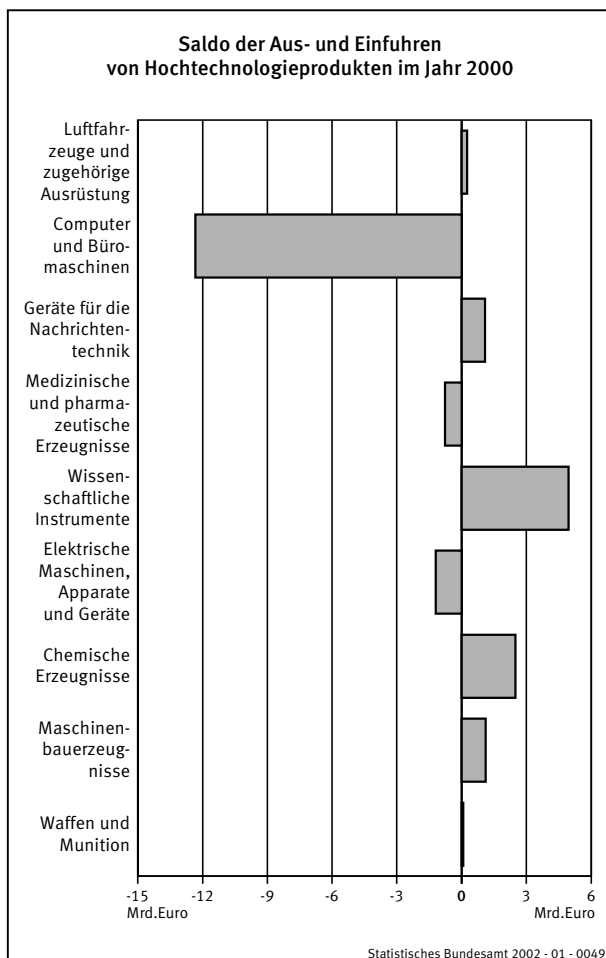
Entwicklung in den 1990er Jahren

Schon der Vergleich der Jahre 1999 und 2000 zeigt, dass es sich bei Hochtechnologiegütern um Warenbereiche mit hohem Wachstumspotenzial handelt. So stiegen die Ausfuhren von Hochtechnologiegütern in diesem Zeitraum insgesamt um ein Drittel und expandierten damit weitaus stärker als die Gesamtausfuhren, obwohl auch diese mit einem Plus von 17% deutlich zulegen konnten. In einzelnen Teilbereichen (Luftfahrt, Computer und Büromaschinen, Nachrichtentechnik) waren sogar Zuwachsraten von 40% oder mehr zu verzeichnen. Ähnlich war die Situation bei den Einfuhren. Hier verzeichneten Hochtechnologiegüter einen Anstieg von 36%, während die Importe insgesamt um 21% zunahmen. Der höchste Anstieg innerhalb des Hochtechnologiebereichs ergab sich im Bereich Elektrische Maschinen (+68%), die Bereiche Luftfahrt und Elektronik/Telekommunikation wuchsen binnen Jahresfrist um fast 50%.

Die dynamische Entwicklung des Hochtechnologieaußenhandels wird bei längerfristiger Betrachtung noch deutlicher. Zwischen 1992 und 2000 stiegen sowohl die Aus- als auch die Einfuhren von Hochtechnologiewaren – von Jahr zu Jahr zumeist deutlich stärker als die gesamten Aus- und Einfuhren. In diesem Achtjahreszeitraum verzeichneten die Hochtechnologieexporte einen Zuwachs von 151%, das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von etwa 12%. Demgegenüber wuchsen die Gesamtausfuhren „nur“ um 74%, also im jährlichen Mittel um rund 7%. Kaum anders verlief die Entwicklung der Einfuhren. In dieser Lieferichtung expandierte der Hochtechnologiebereich zwischen 1992 und 2000 um 145%, während die Einfuhren insgesamt lediglich um 65% zulegten.

Der Vergleich mit den zurückliegenden Jahren macht auch deutlich, dass der Außenhandel mit Hochtechnologiegütern generell hohen Schwankungen unterliegen kann. Das dürfte zum einen daran liegen, dass er sensibler als andere Warenbereiche auf konjunkturelle Einflüsse reagiert. Zum anderen können aperiodisch anfallende Einzelaufträge mit hohem Geschäftsvolumen – wie etwa in der Luftfahrtbranche – ein Jahresergebnis in gravierender Weise verändern. Sondereinflüsse gehen auch von politischen Vorgaben und Entscheidungen aus, die besonders in Warenbereichen wie Waffen oder der Raumfahrttechnik die Entwicklung des Außenhandels maßgeblich bestimmen können. Hohe Veränderungsraten von Jahr zu Jahr, gegebenenfalls auch mit wechselndem Vorzeichen, sind hier nicht ungewöhnlich und geben keine Hinweise auf eine steigende oder sinkende Wettbewerbsfähigkeit.

Schaubild 2



Entwicklung des Außenhandels mit Hochtechnologieprodukten
Mill. EUR

Produktgruppe	1992	1996	1997	1998	1999	2000
Ausfuhren						
Luftfahrzeuge und zugehörige Ausrüstung	6681	5087	7870	10838	12829	16856
Computer und Büromaschinen	6435	8363	9632	11163	12081	16842
Geräte für die Nachrichtentechnik	9407	14654	17924	18892	22497	32586
Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse ..	1439	2087	2417	2669	3126	3576
Wissenschaftliche Instrumente	6928	8598	9365	10607	11172	13344
Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte	1120	1543	1955	2190	2484	3590
Chemische Erzeugnisse	3486	3725	4117	4057	4206	4801
Maschinenbauerzeugnisse	2842	2995	3226	4705	4087	4708
Waffen und Munition	179	194	182	190	201	194
Hochtechnologieprodukte ...	38519	47245	56959	65310	72682	96497
Einfuhren						
Luftfahrzeuge und zugehörige Ausrüstung	7965	5243	6954	10207	11203	16606
Computer und Büromaschinen	12575	14956	17200	21213	24273	29178
Geräte für die Nachrichtentechnik	9880	14145	15831	18502	21113	31506
Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse ..	1330	2240	2499	2884	3015	4344
Wissenschaftliche Instrumente	4493	4920	5466	6288	6672	8392
Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte	1193	1863	2113	2536	2842	4786
Chemische Erzeugnisse	1725	1749	1929	2228	2036	2313
Maschinenbauerzeugnisse	1871	2088	2235	2730	2964	3591
Waffen und Munition	161	137	127	130	118	113
Hochtechnologieprodukte ...	41195	47341	54355	66718	74236	100828

Der Anteil von Hochtechnologieprodukten am gesamten Außenhandel hat seit 1992 kontinuierlich zugenommen. Bei den Ausfuhren stieg er von 11,2% im Jahr 1992 auf 16,2% im Jahr 2000, bei den Einfuhren im gleichen Zeitraum von 12,6 auf 18,7%. Der Saldo der Aus- und Einfuhren von Hochtechnologieprodukten war in den meisten Jahren nega-

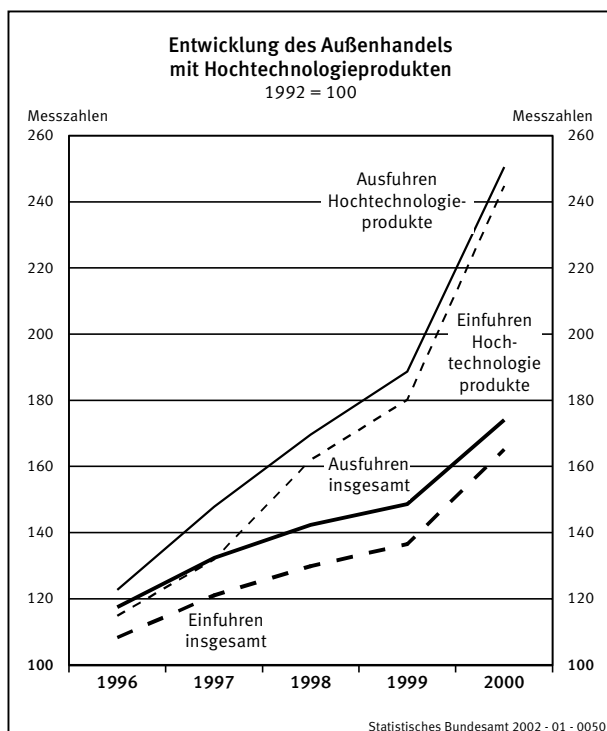
tiv, lediglich im Jahr 1997 war ein Ausfuhrüberschuss zu verzeichnen. Ausgesprochen importorientiert ist der Bereich Computer und Büromaschinen, der seit 1992 durchweg hohe Einfuhrüberschüsse aufwies.

Deutschlands Position im internationalen Vergleich

Es überrascht nicht, dass Deutschland als das mit Abstand exportstärkste Land der Europäischen Union (EU) – knapp ein Viertel der gesamten Ausfuhren aller EU-Mitgliedstaaten (innerhalb und außerhalb der EU) entfällt auf Deutschland – auch bei den Hochtechnologieausfuhren mit einem Gesamtwert von rund 96 Mrd. Euro im Jahr 2000 an der Spitze lag. Nur knapp dahinter rangierte Frankreich (90 Mrd. Euro), gefolgt vom Vereinigten Königreich (77 Mrd. Euro) und den Niederlanden (54 Mrd. Euro). Was jedoch den Exportanteil von Hochtechnologieprodukten angeht, so nimmt Deutschland im europäischen Vergleich keineswegs einen Spitzenplatz ein. Nach Angaben von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, lag es im Jahr 2000 mit einer Quote von 15,5%⁴⁾ unter dem EU-Durchschnitt von 19,8%. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Deutschland als größte EU-Exportnation den EU-Mittelwert nicht unmaßgeblich beeinflusst. Die Diskrepanz wird daher noch deutlicher sichtbar, wenn man die entsprechende Kennzahl für die EU ohne Deutschland berechnet. Sie lag im Jahr 2000 bei 21,2%.

Betrachtet man die einzelnen EU-Mitgliedstaaten, so zeigt sich ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle. Wesentlich höher als in Deutschland war der Exportanteil von Hochtechnologie

Schaubild 3



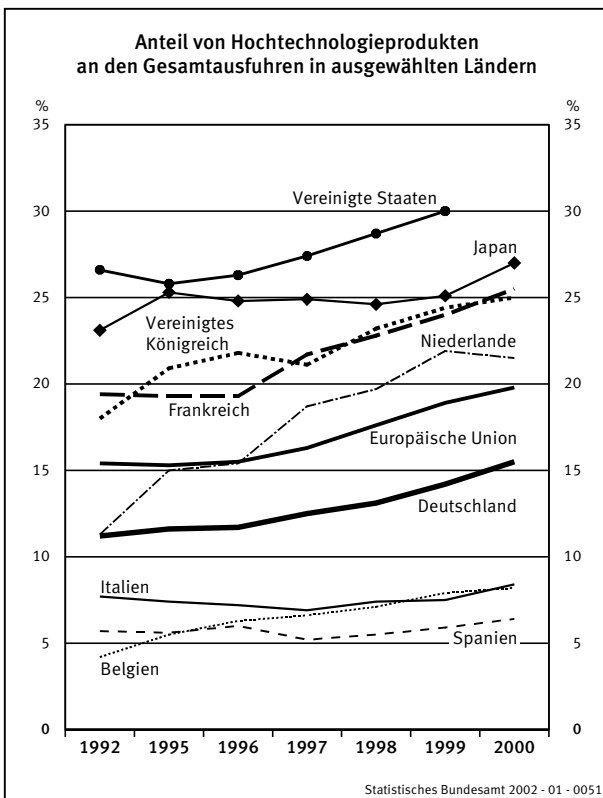
4) Der von Eurostat für Deutschland angegebene Wert, der ebenso wie die entsprechenden Angaben zu den anderen Ländern der EU-Datenbank „NEW CRONOS“ (Strukturindikatoren für den Bereich Außenhandel) entnommen wurde, weicht leicht von dem Wert ab, der sich aus dem aktuell vorliegenden Zahlenmaterial der deutschen Außenhandelsstatistik errechnet (16,2%), obwohl die Hochtechnologieprodukte in gleicher Weise abgegrenzt wurden. Möglicherweise basieren die Berechnungen von Eurostat noch auf vorläufigen Ergebnissen.

vor allem in Irland (41,3% im Jahr 2000), Frankreich(25,5%) und dem Vereinigten Königreich (25,0%), während die Mittelmeerländer mit Anteilen zwischen 5,6% in Portugal und 8,4% in Italien am unteren Ende der Skala rangierten.

Auch in den Vereinigten Staaten, der stärksten Handelsnation der Welt, und in Japan, das hinter Deutschland im Welt-handel den dritten Platz einnimmt, ist die Exportstruktur stärker an der Hochtechnologie orientiert als in Deutschland. Die Vereinigten Staaten verzeichneten im Jahr 1999⁵⁾ einen Hochtechnologieanteil von 30,0%, Japan im Jahr 2000 einen solchen von 27,0%. Die mit 3,3% sehr niedrige Quote für Norwegen im Jahr 2000 erklärt sich aus der überragenden Bedeutung von Rohöl und Mineralölprodukten für die Exportwirtschaft dieses Landes.

In den letzten Jahren sind die Hochtechnologieanteile an den Exporten nicht nur in Deutschland, sondern auch europaweit kontinuierlich gestiegen. Den größten Sprung machte dabei Irland, dessen Hochtechnologiequote von einem ohnehin schon sehr hohen Ausgangsniveau von 25,3% im Jahr 1992 auf 41,3% im Jahr 2000 anstieg. Die Hochtechnologieexporte dieses Landes resultieren vor allem aus der Warengruppe Computer und Büromaschinen. Deutliche Zuwächse verzeichneten auch Finnland (von 7,6 auf 23,5% im gleichen Zeitraum) sowie die Niederlande (von 11,3 auf 21,5%).

Schaubild 4



5) Angaben für 2000 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

6) Derartige Globalisierungseffekte werden zurzeit im Rahmen einer Studie im Auftrag von Eurostat untersucht, über deren Ergebnisse in einer späteren Ausgabe dieser Zeitschrift berichtet wird.

Wie sind nun die unterschiedlichen Exportanteile von Hochtechnologie in den einzelnen Länder zu bewerten? Es wäre aus verschiedenen Gründen voreilig, sie als eindeutigen Indikator für den jeweiligen technologischen Entwicklungsstand eines Landes zu interpretieren. Auf die grundsätzlichen definitorischen Probleme wurde bereits hingewiesen. Sie werden noch verstärkt, wenn wie hier über einen längeren Zeitraum eine konstante Abgrenzung des Hochtechnologie-sektors verwendet wird.

Das Beispiel Norwegens, das zweifellos zu den entwickelten Industrieländern Europas zählt, zeigt, wie stark ein hoher Spezialisierungsgrad der Exportindustrie die Hochtechnologiequote beeinflussen kann. Würde man den Hochtechnologieanteil nicht an den Gesamtexporten, sondern nur an den Exporten von industriellen Fertigwaren messen, so ergäbe sich eine andere Länderrangfolge. Es empfiehlt sich daher, auch alternative Kennziffern mit anderen Bezugsgrößen zu berechnen.

Die hohen Hochtechnologiequoten der Vereinigten Staaten und Japans können ebenfalls nur unter gewissen Vorbehalten mit denen anderer Länder verglichen werden. Diese beiden Länder gehören zwar – wie schon erwähnt – zu den größten Handelsnationen der Welt. Ihre Exportquote, das heißt der Anteil ihrer Exporte am Bruttoinlandsprodukt, ist aber deutlich niedriger als etwa in Deutschland oder den anderen EU-Ländern. Dadurch können hochspezialisierte Technologien dort eher ein höheres Gewicht in der Exportstruktur erlangen als in stärker exportorientierten Volkswirtschaften.

Vor allem aber ist zu beachten, dass im Inland ansässige Firmen zur Nutzung von Standortvorteilen in zunehmendem Maße Produktionsprozesse ganz oder teilweise ins Ausland verlagern. Im Zuge dieser Globalisierungsstrategien werden dort entweder eigene Niederlassungen gegründet oder Kooperationen mit ausländischen Partnern eingegangen. In derartigen Fällen wird zwar in großem Umfang technologisches Know-how exportiert, was sich aber nicht oder nur zum Teil in entsprechenden Warenausfuhren niederschlägt. Die deutsche Außenhandelsstatistik kann derzeit allerdings keine Informationen über Art und Umfang dieses grenzüberschreitenden Warenaustausches zwischen verbundenen Unternehmen liefern.⁶⁾ Dennoch kann eine vergleichende Betrachtung der Hochtechnologiequoten und ihrer zeitlichen Entwicklung gewisse Hinweise auf die Entwicklung und Verteilung des technischen Fortschritts und die Wettbewerbsposition einzelner Länder im internationalen Handel liefern. Dazu ist es jedoch unbedingt notwendig, die Exportanteile von Hochtechnologiegütern nicht nur pauschal, sondern auch möglichst differenziert nach einzelnen Warengruppen zu betrachten.

Schlussbemerkung

Der Export ist seit jeher Stütze und Zugpferd der deutschen Wirtschaft. Das hat sich auch im abgelaufenen Jahr 2001

wieder eindrucksvoll gezeigt, als die deutschen Ausfuhren trotz nachlassender Weltkonjunktur um knapp 7% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden konnten. Mit einer Exportquote von rund 29% (im Jahr 2000) ist Deutschland aber auch extrem exportabhängig. Als rohstoffarmes Land ist es darauf angewiesen, seine führende Rolle auf den Weltmärkten durch technisch anspruchsvolle und ausgereifte Produkte zu behaupten. Ziel dieses Beitrags war es, den Blick auf diese für den Außenhandel besonders zukunfts-trächtigen Warenbereiche zu lenken. Allerdings konnte an dieser Stelle nur eine sehr grobe Bestandsaufnahme des deutschen Hochtechnologieaußenhandels in einer hoch aggregierten Warengliederung vorgenommen werden. Für eine eingehende Analyse muss – wie oben erwähnt – eine wesentlich tiefere Gliederungsebene zugrunde gelegt werden. Dazu wäre es sehr hilfreich, wenn die aus dem Jahr 1997 stammende Hochtechnologiewarenliste der OECD auf Basis der Sechssteller des „Harmonisierten Systems“⁷⁾ (anstelle der SITC-Fünfsteller) überarbeitet und verfeinert werden würde. [uu](#)

Anhang

Warenliste der als Hochtechnologie eingestuften Produkte

Luftfahrzeuge und zugehörige Ausrüstungen

- 7921 Hubschrauber
- 7922, 7923, 7924 Starrflügelflugzeuge und andere Luftfahrzeuge mit mechanischem Antrieb
- 7925 Raumfahrzeuge (einschl. Satelliten) und Träger-raketen für Raumfahrzeuge
- 79291 Propeller, Rotoren, und Teile davon
- 79293 Fahrgestelle, und Teile davon
- 7144 Stahltriebwerke
- 71481 Turbo-Propellertriebwerke
- 71491 Teile von Turbo-Strahl- oder Turbo-Propeller-triebwerken
- 87411 Kompass, einschließlich Navigationskompass

Computer und Büromaschinen

- 75113 Schreibautomaten und Textverarbeitungs-maschinen
- 75131 + 75132 + 75134 Fotokopierapparate
- 752 ohne 7529 Automatische Datenverarbeitungs-maschinen
- 75997 Teile und Zubehör für Computer und Büro-maschinen

Geräte für die Nachrichtentechnik

- 76381 Videogeräte

- 76383 Andere Tonwiedergabegeräte
- 7641 Elektrische Geräte für die drahtgebundene Fernsprech- oder Telegraphentechnik
- 7642 Mikrophone, Lautsprecher, Tonfrequenzverstärker
- 7643 Sendegeräte für den Funksprech- und Funktelegraphieverkehr
- 7648 Empfangsgeräte für den Funksprech- und Funktelegraphieverkehr
- 7649 ohne 76493 und ohne 76499 Teile und Zubehör für Geräte der Nachrichtentechnik
- 7722 Gedruckte Schaltungen
- 77261 Tafeln, Felder, Konsolen, Pulte, Schränke
- 77318 Kabel aus optischen Fasern
- 77625 Höchsthäufigkeitsröhren
- 77627 Andere Röhren
- 7763 Dioden, Transistoren und ähnliche Halbleiter-bauelemente
- 7764 Elektronische integrierte Schaltungen und zusammengesetzte Mikroschaltungen
- 7768 Gefasste oder montierte piezoelektrische Kristalle
- 89879 Aufzeichnungsträger mit Aufzeichnung

Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse

- 5413 Antibiotika, nicht in Aufmachungen als Arzneiwaren
- 5415 Natürliche, auch synthetisch hergestellte Hormone
- 5416 Glykoside
- 5421 Arzneiwaren, Antibiotika oder ihre Derivate enthaltend
- 5422 Arzneiwaren, Hormone

Wissenschaftliche Instrumente

- 7741 Elektrodiagnoseapparate und -geräte
- 7742 Röntgenapparate und -geräte
- 8711 + 8713 + 8714 + 8719 Optische Instrumente, Apparate und Geräte
- 87211 Dentalbohrmaschinen
- 8741 ohne 87411 Andere Navigationsinstrumente, -apparate und -geräte
- 8743 Instrumente, Apparate und Geräte zum Messen oder Überwachen von Flüssigkeiten
- 8744 Instrumente, Apparate und Geräte für physikali-sche oder chemische Untersuchungen
- 8745 Instrumente, Apparate und Geräte zum Messen, Prüfen oder Kontrollieren oder zu wissenschaftli-chen Zwecken
- 8746 Instrumente, Apparate und Geräte zum Regeln
- 8747 Oszilloskope, Spektralanalysatoren und andere Instrumente zum Messen elektrischer Größen

⁷⁾ Das „Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren“ des „Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens“ bildet seit 1988 mit seinen sechsstelligen Positionen die Grundlage der EG-einheitlichen, achtstellig verschlüsselten „Kombinierten Nomenklatur“, aus der wiederum das ebenfalls achtstellige nationale „Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik“ abgeleitet ist.

- 8749 Teile und Zubehör für Instrumente, Apparate und Geräte zum Messen, Prüfen, Analysieren und Kontrollieren
- 88111 Fotoapparate
- 88121 Filmkameras
- 88411 Kontaktlinsen
- 88419 Optische Fasern und Bündel und Kabel aus optischen Fasern
- 89961 Schwerhörigengeräte
- 89963 Apparate und Vorrichtungen für orthopädische Zwecke
- 89966 Andere Prothesen und andere Waren der Prothetik
- 89967 Herzschrittmacher

Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte

- 77862 Tantal-Festkondensatoren
- 77863 Aluminium-Elektrolyt-Festkondensatoren
- 77864 Einschichtige Keramik-Festkondensatoren
- 77865 Mehrschichtige Keramik-Festkondensatoren
- 7787 Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte mit eigener Funktion
- 77884 Elektrische Hör- und Sichtsignalgeräte

Chemische Erzeugnisse

- 52222 Selen, Tellur, Phosphor, Arsen und Bor
- 52223 Silicium
- 52229 Calcium, Strontium und Barium
- 52269 Andere organische Basen
- 5251 Radioaktive chemische Elemente und radioaktive Isotope und ihre Verbindungen
- 5259 Stabile Isotope und ihre Verbindungen
- 5311 Synthetische organische Farbstoffe
- 5312 Synthetische organische Erzeugnisse von der als fluoreszierende Aufheller oder als Luminophore verwendeten Art
- 57433 Polyethylenterephthalat
- 5911 Insektizide
- 5912 Fungizide
- 5913 Herbizide, Keimhemmungsmittel
- 5914 Desinfektionsmittel

Maschinenbauerzeugnisse

- 71489 Andere Gasturbinen
- 71499 Teile von Gasturbinen
- 71871 Kernreaktoren
- 71877 Nicht bestrahlte Brennstoffelemente für Kernreaktoren
- 71878 Teile von Kernreaktoren
- 72847 Maschinen und Apparate für die Isotopentrennung sowie Teile davon
- 7311 Werkzeugmaschinen zum Abtragen von Stoffen aller Art

- 73131 Numerisch gesteuerte Horizontal-Drehmaschinen
- 73135 Numerisch gesteuerte Drehmaschinen
- 73142 Numerisch gesteuerte Bohrmaschinen
- 73144 Kombinierte Ausbohr- und Fräsmaschinen, numerisch gesteuert
- 73151 Numerisch gesteuerte Konsolfräsmaschinen
- 73153 Numerisch gesteuerte Fräsmaschinen
- 73161 Numerisch gesteuerte Flach- oder Planschleifmaschinen
- 73163 Numerisch gesteuerte Schleifmaschinen
- 73165 Numerisch gesteuerte Schärfmaschinen
- 73312 Biegemaschinen, Abkantmaschinen und Richtmaschinen, numerisch gesteuert
- 73314 Scheren, numerisch gesteuert
- 73316 Lochstanzen und Ausklinkmaschinen, numerisch gesteuert
- 7359 Teile und Zubehör der Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung
- 73733 Maschinen, Apparate und Geräte zum Widerstandsschweißen von Metallen
- 73735 Maschinen, Apparate und Geräte zum Lichtbogen- oder Plasmaschweißen von Metallen

Waffen und Munition

- 8911 Gepanzerte Kampffahrzeuge und Kriegswaffen
- 8912 Bomben, Granaten, Torpedos, Minen, Raketen, Patronen und andere Munition und Geschosse
- 8913 Nicht-militärische Waffen
- 8919 Teile und Zubehör von Waffen und Munition

Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Thomas Haustein und Mitarbeiterinnen

Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 2000

Zum Jahresende 2000 erhielten in Deutschland insgesamt 2,68 Mill. Personen in 1,41 Mill. Haushalten Sozialhilfe im engeren Sinne (d. h. laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen). Die Empfängerzahl ist damit gegenüber 1999 um 4,1% zurückgegangen. Die Sozialhilfequoten (Anzahl der Hilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerung in %) zeigen folgende Zusammenhänge auf: Kinder sind relativ häufig unter den Sozialhilfeempfängern. Frauen haben ein höheres „Sozialhilferisiko“ als Männer; ausländische Staatsangehörige ein höheres als deutsche. Die Sozialhilfequote ist im früheren Bundesgebiet höher als in den neuen Ländern. Im früheren Bundesgebiet ist ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar (d. h. relativ hohe Sozialhilfequoten im Norden, niedrige im Süden). Pro Haushalt wurden monatlich – unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens – im Schnitt 386 Euro Sozialhilfe im engeren Sinne ausgezahlt. Die bisherige Bezugsdauer lag im Durchschnitt bei rund zweieinhalb Jahren. 41% der Empfängerhaushalte waren Kurzzeitbezieher, das heißt ihre bisherige Bezugsdauer von Leistungen der Sozialhilfe betrug weniger als ein Jahr. In rund 15% der Fälle handelte es sich um Langzeitbezieher mit einer bisherigen Bezugsdauer von mindestens fünf Jahren.

Im Laufe des Jahres 2000 erhielten 1,46 Mill. Personen Hilfe in besonderen Lebenslagen (+ 4,0% gegenüber dem Vorjahr). Den meisten Empfängern (40%) wurden dabei Leistungen der Krankenhilfe gewährt. Danach folgte die Eingliederungshilfe für Behinderte (36%) sowie die Hilfe zur Pflege (22%). Die Hilfe in besonderen Lebenslagen wurde in fast der Hälfte der Fälle (48%) in Einrichtungen gewährt.

Im Jahr 2000 wurden in Deutschland brutto 23,3 Mrd. Euro für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz ausge-

ben; nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro beliefen sich die reinen Sozialhilfeausgaben auf 20,9 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anstieg von 2,2% gegenüber dem Vorjahr.

Regelleistungen zur Deckung des täglichen Bedarfs nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhielten zum Jahresende 2000 insgesamt 352 000 Personen. Die Zahl der Leistungsbezieher ist damit gegenüber dem Vorjahr um 19,3% gesunken. Das Durchschnittsalter aller Hilfebezieher betrug 23,5 Jahre. In der Mehrzahl kamen die Asylbewerber aus Europa; darunter insbesondere aus Jugoslawien (Serbien, Montenegro) mit einem Anteil von 39%. 10% der Asylbewerber hatten die Staatsangehörigkeit der Türkei und rund 6% die von Afghanistan. Die reinen Ausgaben für Leistungen nach dem AsylbLG beliefen sich im Jahr 2000 in Deutschland auf knapp 1,9 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Rückgang um 8,0% gegenüber dem Vorjahr.

Vorbemerkung

Die Sozialhilfe hat die Aufgabe, in Not geratenen Bürgern ohne ausreichende anderweitige Unterstützung eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung zu ermöglichen. Sie wird bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen nachrangig zur Deckung des individuellen Bedarfs mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe gewährt. Nachrangig bedeutet dabei, dass die Sozialhilfe als „Netz unter dem sozialen Netz“ nur dann eingreift, wenn die betroffenen Personen nicht in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu helfen oder wenn die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erbracht wird. Asylbewerber und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) Berechtigte erhalten

seit 1. November 1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem AsylbLG.

Je nach Art der vorliegenden Notlage unterscheidet man in der Sozialhilfe zwei Haupthilfearten: Personen, die ihren Bedarf an Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Hausrat usw. nicht ausreichend decken können, haben Anspruch auf *Hilfe zum Lebensunterhalt*. Die Empfänger der Hilfe zum Lebensunterhalt bilden zugleich den Personenkreis, der im Blickpunkt der Armutsdiskussion steht. In außergewöhnlichen Notsituationen, zum Beispiel bei gesundheitlichen oder sozialen Beeinträchtigungen, wird *Hilfe in besonderen Lebenslagen* gewährt. Als spezielle Hilfen kommen dabei u. a. die Hilfe zur Pflege, die Eingliederungshilfe für Behinderte oder die Krankenhilfe in Frage.¹⁾

1 Sozialhilfe

1.1 Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Entwicklung

Die Zahl der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, der so genannten *Sozialhilfe im engeren Sinne*²⁾, ist seit In-Kraft-

Treten des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) im Juni 1962 deutlich angestiegen. Die zeitliche Entwicklung verlief nicht kontinuierlich: Während der 1960er Jahre gab es im früheren Bundesgebiet bei nur unwesentlichen Veränderungen rund 0,5 Mill. Empfänger/-innen (siehe Schaubild 1). Mit Beginn der 1970er Jahre setzte dann ein erster Anstieg ein, der bis 1977 andauerte. Nach einer kurzen Periode der Beruhigung folgte Anfang der 1980er Jahre eine zweite Anstiegsphase: 1982 gab es erstmals mehr als eine Million Empfänger, im Jahr 1991 wurde dann die Zwei-Millionen-Marke erreicht. Ausschlaggebend hierfür war auch die Einbeziehung der neuen Länder und Berlin-Ost, wodurch sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger zum Jahresende 1991 zusätzlich um 217 000 Personen erhöhte. Der deutliche Rückgang der Bezieherzahl im Jahr 1994 ist auf die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückzuführen. Dies hatte zur Folge, dass zum Jahresende 1994 rund 450 000 Personen aus dem Sozialhilfebezug herausfielen und ins Asylbewerberleistungsrecht überwechselten. In den darauf folgenden Jahren stieg die Zahl der Hilfeempfänger wieder an, erreichte Ende 1997 den bisherigen Höchststand und ist seitdem kontinuierlich rückläufig.

Zum Jahresende 2000 waren 2,68 Mill. Personen auf Sozialhilfe im engeren Sinne angewiesen. Dies entspricht einem Rückgang um 4,1% gegenüber dem Vorjahr. Dieser Trend ist ausschließlich auf die Entwicklung im früheren Bundesgebiet zurückzuführen: Während dort die Gesamtzahl der

Schaubild 1



1) Detaillierte Ergebnisse der Sozialhilfestatistik für das Berichtsjahr 2000 sowie Erläuterungen zur Methodik sind u.a. der Fachserie 13 „Sozialleistungen“, Reihe 2 „Sozialhilfe“ zu entnehmen.

2) Die Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne werden im Folgenden kurz „Sozialhilfeempfänger“ genannt.

Empfänger gegenüber 1999 um 124 000 Personen zurückging (- 5,2%), stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger in den neuen Ländern im selben Zeitraum sogar leicht an (Zuwachs um 8 000 Personen bzw. 2,0%).

Die Sozialhilfequote betrug zum Jahresende 2000 in Deutschland 3,3% der Bevölkerung (Vorjahr: 3,4%). Der Anteil der Bevölkerung, der Sozialhilfe beansprucht, hat sich somit seit 1963 mehr als verdreifacht; damals bezog lediglich 1% der Bevölkerung Sozialhilfe. Die Strukturdaten der Sozialhilfeempfänger haben sich im Zeitverlauf ebenfalls deutlich verändert. So ist der Ausländeranteil zwischen 1965 und 2000 von 3 auf 22% angestiegen. Im selben Zeitraum sank der Frauenanteil von 67% auf nunmehr 56%. Erhebliche Veränderungen waren auch in der altersmäßigen Zusammensetzung der Hilfeempfänger zu verzeichnen: Zwischen 1965 und 2000 erhöhte sich der Anteil der 18- bis unter 50-Jährigen von 18 auf 44% und der der Kinder (unter 18 Jahre) von 32 auf 37%. Gleichzeitig ging der Anteil der über 50-Jährigen von 50 auf 19% zurück.

Hauptsächliche Bezugsgruppen

Zum Jahresende 2000 erhielten insgesamt 2,68 Mill. Personen in 1,41 Mill. Haushalten³⁾ Sozialhilfe im engeren Sinne.⁴⁾ Unter den Empfängern waren 2,08 Mill. Deutsche und 594 000 Ausländer (siehe Tabelle 1). Der Ausländer-

anteil lag bei 22%. Die Untergliederung der ausländischen Hilfeempfänger zeigt, dass 10% aus Staaten der Europäischen Union kamen, 12% waren Asylberechtigte und 2% waren Bürgerkriegsflüchtlinge; der mit 76% größte Anteil entfiel auf den Personenkreis „sonstige Ausländer“, wozu auch die türkischen Staatsangehörigen zählen. Unter den Sozialhilfeempfängern überwogen mit 56% die weiblichen Bezieher, 44% waren männlich. Unter den Sozialhilfehaushalten gab es 603 000 Haushalte von allein Stehenden, 135 000 Haushalte von Ehepaaren mit Kindern und 102 000 von Ehepaaren ohne Kinder. Besonders häufig, und zwar mit 330 000 Fällen, waren allein erziehende Frauen vertreten.

Nach Bevölkerungsgruppen betrachtet wird die Sozialhilfe unterschiedlich häufig in Anspruch genommen. Mittels der Sozialhilfequote (Anteil der Hilfebezieher an der Bevölkerung bzw. der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %) kann die Sozialhilfe-Inanspruchnahme verschiedener Bevölkerungsgruppen quantifiziert und miteinander verglichen werden (siehe Schaubild 2). Am Jahresende 2000 bezogen insgesamt 3,3% der Bevölkerung Sozialhilfe im engeren Sinne. Für die einzelnen Bevölkerungsgruppen ergaben sich folgende Zusammenhänge:

- Kinder (unter 18-Jährige) gehören mit einer Sozialhilfequote von 6,3% relativ häufiger zu den Sozialhilfeemp-

Tabelle 1: Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2000

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	Anzahl			Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in % ²⁾		
Deutsche	2 082 821	885 055	1 197 766	2,8	2,4	3,1
Nichtdeutsche	594 298	282 139	312 159	8,1	7,2	9,2
Insgesamt ...	2 677 119	1 167 194	1 509 925	3,3	2,9	3,6
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 7	449 401	231 282	218 119	8,1	8,1	8,1
7 - 15	421 861	216 206	205 655	5,7	5,7	5,7
15 - 18	120 859	60 699	60 160	4,4	4,3	4,5
18 - 21	104 602	41 344	63 258	3,7	2,9	4,6
21 - 25	152 630	51 552	101 078	4,2	2,8	5,7
25 - 30	194 530	67 571	126 959	3,7	2,5	5,0
30 - 40	429 839	159 048	270 791	3,1	2,2	4,0
40 - 50	294 002	131 688	162 314	2,5	2,2	2,8
50 - 60	207 167	95 621	111 546	2,1	1,9	2,2
60 - 65	116 397	53 174	63 223	2,1	2,0	2,2
65 und älter	185 831	59 009	126 822	1,4	1,2	1,5
Baden-Württemberg	208 647	88 957	119 690	2,0	1,7	2,2
Bayern	210 570	88 453	122 117	1,7	1,5	2,0
Berlin	265 818	126 811	139 007	7,8	7,7	8,0
Brandenburg	58 095	26 514	31 581	2,2	2,1	2,4
Bremen	62 441	27 480	34 961	9,4	8,6	10,2
Hamburg	120 461	55 206	65 255	7,1	6,7	7,4
Hessen	233 321	102 966	130 355	3,9	3,5	4,2
Mecklenburg-Vorpommern ..	51 220	23 583	27 637	2,9	2,7	3,1
Niedersachsen	309 275	135 091	174 184	3,9	3,5	4,3
Nordrhein-Westfalen	646 718	269 863	376 855	3,6	3,1	4,1
Rheinland-Pfalz	101 862	42 234	59 628	2,5	2,1	2,9
Saarland	46 023	19 420	26 603	4,3	3,7	4,8
Sachsen	110 089	48 213	61 876	2,5	2,2	2,7
Sachsen-Anhalt	85 848	39 491	46 357	3,2	3,1	3,4
Schleswig-Holstein	119 007	51 872	67 135	4,3	3,8	4,7
Thüringen	47 724	21 040	26 684	1,9	1,8	2,1

1) Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. - 2) Bevölkerungsstand: 31.12.1999.

3) Gemeint sind die sog. Bedarfs- bzw. Einsatzgemeinschaften, die hier und im Folgenden der Einfachheit halber kurz als Haushalte bezeichnet werden.

4) Darüber hinaus gab es zum Jahresende 2000 noch rund 16 000 Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, die in Einrichtungen lebten.

fängern als ältere Menschen (über 65-Jährige), deren Quote lediglich 1,4% beträgt.

- Frauen beanspruchen mit einer Quote von 3,6% relativ häufiger Sozialhilfe als Männer mit 2,9%.
- Ausländer/-innen haben mit 8,1% eine deutlich höhere Sozialhilfequote als Deutsche mit 2,8%.
- Die Sozialhilfequote ist im früheren Bundesgebiet mit 3,4% nach wie vor höher als in den neuen Bundesländern, in denen sie 2,8% beträgt. Im früheren Bundesgebiet ist ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar (d.h. relativ hohe Sozialhilfequoten im Norden, niedrige Quoten im Süden). So wurden für Schleswig-Holstein (4,3%) und Niedersachsen (3,9%) überdurchschnittliche Quoten ermittelt, während sich für Bayern mit 1,7% und Baden-Württemberg mit 2,0% relativ niedrige Quoten ergaben. Die höchsten Quoten sind in den drei Stadtstaaten zu verzeichnen: Bremen (9,4%), Berlin (7,8%) und Hamburg (7,1%). In den neuen Ländern wies Thüringen mit 1,9% die niedrigste Sozialhilfequote auf, Sachsen-Anhalt mit 3,2% die höchste.

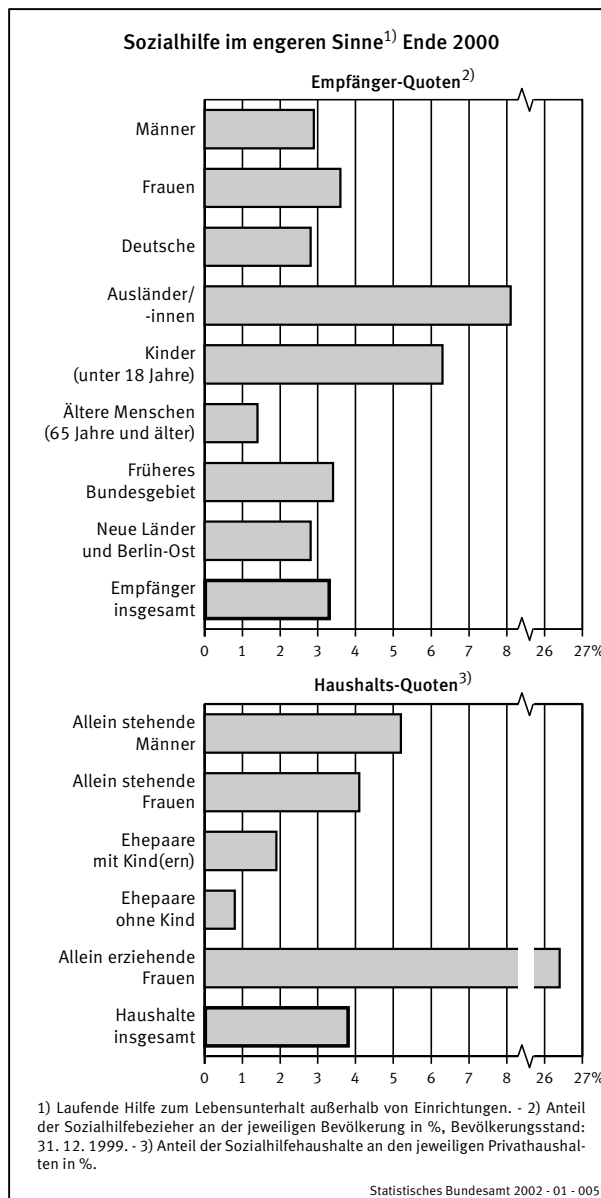
Neben den personenbezogenen Empfängerquoten lassen sich für 2000 auch haushaltsbezogene Quoten bestimmen (siehe Schaubild 2). Danach weisen allein erziehende Frauen mit Abstand die höchste Sozialhilfequote (26,4%) auf. Vergleichsweise gering sind die Sozialhilfequoten der übrigen Haushaltstypen. Hierbei zeigt sich, dass allein stehende Männer (5,2%) relativ öfter zu den Sozialhilfebezieher gehören als allein stehende Frauen (4,1%). Eine geringere Inanspruchnahme ist bei den Ehepaaren mit Kindern (1,9%) festzustellen; die Bezugsquote bei den Ehepaaren ohne Kinder lag mit 0,8% deutlich unter dem allgemeinen Durchschnitt von 3,8% der Haushalte.

Kinder sind relativ häufig Sozialhilfebezieher: So bezogen zum Jahresende 2000 rund 992 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren Sozialhilfe, das sind 37% der Empfänger. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Kinder mit Sozialhilfebezug um 4,4% zurückgegangen. Unterteilt nach Altersklassen ergibt sich für 2000 folgendes Bild: 222 000 waren Kleinkinder unter 3 Jahren, 227 000 Kinder im Kindergartenalter von 3 bis 6 Jahren, 422 000 Kinder im schulpflichtigen Alter von 7 bis 14 Jahren und 121 000 Jugendliche zwischen 15 bis 17 Jahren. Gut die Hälfte der Kinder mit Sozialhilfe (55% bzw. 542 000 Kinder) lebte in Haushalten von allein erziehenden Frauen, 29% bzw. 287 000 Kinder im „klassischen“ Haushaltstyp „Ehepaar mit Kind(ern)“.

Die Sozialhilfequote von Kindern ist mit 6,3% annähernd doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt (3,3%). Am höchsten war die Quote in der Gruppe der unter 3-Jährigen mit 9,4%. Insgesamt ist festzustellen, dass die Sozialhilfequote der Kinder

- über dem Gesamtdurchschnitt liegt,
- umso höher ist, je jünger die Kinder sind,
- im Zeitverlauf zunahm, seit 1997 jedoch leicht rückläufig ist.

Schaubild 2



Ältere Personen beziehen dagegen weniger häufig Sozialhilfe. Für die Personen über 50 Jahren errechnete sich mit 1,8% eine Sozialhilfequote, die nur etwa halb so hoch ist wie der entsprechende Wert für die Gesamtbevölkerung. Die Sozialhilfequote der über 50-Jährigen ist in den vergangenen Jahren weitgehend unverändert geblieben und liegt im Übrigen umso mehr unter dem Gesamtdurchschnitt, je älter die Personen sind.

Dauer des Hilfebezugs

Im Durchschnitt liegt die bisherige Bezugsdauer der Sozialhilfe im engeren Sinne, die seit 1994 erfasst wird, bei rund zweieinhalb Jahren (31 Monate). 573 000 bzw. 41% der Empfängerhaushalte sind Kurzzeitbezieher, das heißt ihre bisherige Bezugsdauer beträgt weniger als ein Jahr. In rund 15% der Fälle handelt es sich um Langzeitbezieher mit einer bisherigen Bezugsdauer von mehr als fünf Jahren (siehe

Tabelle 2: Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾ am 31. Dezember 2000

Haushaltstyp	Insgesamt		Durchschnittliche bisherige Dauer der Hilfestellung	Darunter mit einer bisherigen Bezugsdauer von ...	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		weniger als 1 Jahr (Kurzzeitempänger)	mehr als 5 Jahren (Langzeitempänger)
	Anzahl	%	Monate	Anteil an Spalte 1 in %	
Haushalte insgesamt	1 405 263	- 3,3	31,0	40,7	15,1
darunter:					
Ehepaare	101 646	- 2,1	33,7	34,6	17,2
Ehepaare mit Kind(ern) ²⁾	134 533	- 11,1	19,5	51,5	6,6
mit einem Kind	50 631	- 10,8	18,4	55,2	6,3
mit 2 Kindern	44 659	- 12,7	19,6	51,1	6,7
mit 3 und mehr Kindern	39 243	- 9,7	20,8	47,3	6,9
Einzelne nachgewiesene Haushaltsvorstände ...	602 711	- 2,7	39,1	34,8	21,0
Männer	285 267	- 1,5	32,6	39,2	16,7
Frauen	317 444	- 2,7	45,0	30,9	24,9
Allein erziehende Frauen mit Kind(ern) ²⁾	329 693	- 0,8	23,0	44,4	8,8
mit einem Kind	181 246	- 1,3	22,9	45,0	8,8
mit 2 Kindern	102 280	- 0,9	23,6	43,2	9,2
mit 3 und mehr Kindern	46 167	+ 1,8	21,7	45,2	7,5

1) Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. – 2) Kinder unter 18 Jahren.

Tabelle 2). Allein stehende Frauen sind überdurchschnittlich lange auf Sozialhilfe angewiesen (45 Monate). Die durchschnittliche Bezugsdauer von Ehepaaren mit Kindern sowie von nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern liegt dagegen mit rund 20 bzw. 17 Monaten unter dem Durchschnitt aller Empfängerhaushalte.

Höhe des Anspruchs

Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird im Wesentlichen in Form von Regelsätzen, gegebenenfalls Mehrbedarfzuschlägen, und durch die Übernahme der Unterkunftskosten einschließlich der Heizkosten gewährt; darüber hinaus können auch Beiträge zur Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Alterssicherung übernommen werden. Die Summe der vorgenannten Bedarfspositionen für den Haushaltsvorstand und dessen Haushaltsangehörige ergibt den Bruttobedarf eines Haushalts. Zieht man hiervon das angerechnete Einkommen – in vielen Fällen handelt es sich dabei um vorrangige Sozialleistungen – ab, erhält man den tatsächlich ausbezahlten Nettoanspruch. Im Durchschnitt errechnete sich am Jahresende 2000 für einen Sozialhilfehaushalt ein monatlicher Bruttobedarf von 829 Euro, wovon allein rund ein Drittel auf die Kaltmiete entfiel. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von durchschnittlich 443 Euro wurden pro Haushalt im Schnitt 386 Euro – also etwas weniger als die Hälfte des Bruttobedarfs – monatlich ausgezahlt (siehe Tabelle 3 auf S. 128). Mit zunehmender Haushaltsgröße gelangt tendenziell weniger vom Bruttobedarf zur Nettoauszahlung. Das ist darauf zurückzuführen, dass größere Haushalte häufig über anrechenbares Einkommen verfügen (z.B. Kindergeld, Unterhaltsleistungen). So erhielten allein stehende Männer im Durchschnitt 64% ihres Bruttobedarfs ausgezahlt (Bruttobedarf: 550 Euro, Nettoanspruch: 354 Euro), während sich dieser Anteil bei den Ehepaaren

mit Kindern auf lediglich 37% belief (Bruttobedarf: 1 411 Euro, Nettoanspruch: 520 Euro).

Anhand der zum Jahresende 2000 durchschnittlich ermittelten Nettoauszahlungen lässt sich das jährliche Aufwandsvolumen für die einzelnen Haushaltsgruppen abschätzen.⁵⁾ Der größte Teil der Sozialhilfeausgaben im engeren Sinne für das Jahr 2000 entfiel auf allein erziehende Frauen, nämlich 29% (1,9 Mrd. Euro) der Ausgaben. Allein stehende Männer beanspruchten nach dieser Modellrechnung 19% der Ausgaben, auf die allein stehenden Frauen entfielen 18% und auf Ehepaare mit Kind(ern) 13%. Aufgrund der Hochrechnung ist näherungsweise auch eine Aufteilung der Ausgaben auf die deutschen und ausländischen Empfängerhaushalte möglich: Gut drei Viertel der Ausgaben (rd. 78% bzw. 5,1 Mrd. Euro) entfielen auf deutsche Empfängerhaushalte, rund 22% (1,4 Mrd. Euro) kamen ausländischen Haushalten zugute.

Von den Haushalten mit Sozialhilfebezug im engeren Sinne wurde bei 87% anderweitig erzielt Einkommen auf die Sozialhilfe angerechnet. In 77% der Fälle handelte es sich hierbei um Wohngeld.⁶⁾ Eine wesentliche Rolle spielten weiterhin das Kindergeld mit 51%, Unterhaltsvorschuss oder -ausfallleistungen und private Unterhaltsleistungen mit zusammen 23% sowie Arbeitseinkommen (19%) und Arbeitslosengeld/-hilfe (14%).⁷⁾

Ursachen der Hilfestellung

Statistische Angaben über die Ursache des Bezugs von Sozialhilfe im engeren Sinne lassen sich in erster Linie aus den beiden Erhebungsmerkmalen „Besondere soziale Situation“ bzw. „Erwerbsstatus“ ableiten. Anhand des haushaltsbezogenen Merkmals „Besondere soziale Situation“ sollen bestimmte Ausnahmestatbestände im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Sozialhilfe aufgezeigt werden.

5) Bei dieser Modellrechnung wird u. a. unterstellt, dass die zum Jahresende statistisch erfasste Haushaltsstruktur auch dem Jahresdurchschnitt entspricht.

6) Es ist anzunehmen, dass die Inanspruchnahme von Wohngeld durch die Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt größer ist, als dies in der Sozialhilfestatistik zum Ausdruck kommt. Insofern ist bei der Signierung des Wohngeldes im Rahmen der Sozialhilfestatistik zurzeit noch von einer Untererfassung auszugehen.

7) Grundsätzlich werden sämtliche in der Bedarfsgemeinschaft vorkommenden Einkommensarten erfasst, die in die Bedarfsberechnung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) einbezogen werden, d. h. Mehrfachangaben sind zulässig. Darüber hinaus kann die Sozialhilfestatistik auch Angaben zur Haupteinkommensart der HLU-Haushalte machen.

Tabelle 3: Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾ am 31. Dezember 2000

Haushaltstyp	Insgesamt		Brutto- bedarf	Darunter: Brutto- kalt- miete	Angerech- netes Ein- kommen	Netto- anspruch	Brutto- kalt- miete	Angerech- netes Ein- kommen	Netto- anspruch	Hochgerechnete Jahres- ausgaben 2000 ²⁾	
	Anzahl	Verände- rung zum Vorjahr								Mill. EUR	Anteil in %
		%	monatlicher Durchschnitt in EUR			Anteil am Bruttobedarf in %					
Deutsche Haushalte ³⁾	1 142 807	-3,2	804	275	435	369	34,2	54,1	45,9	5 062	78
Ausländische Haushalte ³⁾	262 456	-3,7	937	325	477	460	34,6	50,9	49,1	1 449	22
Haushalte insgesamt	1 405 263	-3,3	829	284	443	386	34,3	53,4	46,6	6 510	100
Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand	136 890	-2,6	358	96	132	225	26,8	37,0	63,0	370	6
Anderweitige Bedarfsgemeinschaften	48 008	-10,0	1 033	305	592	441	29,5	57,3	42,7	254	4
Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand	1 220 365	-3,0	874	304	472	402	34,8	54,0	46,0	5 885	90
Ehepaare ohne Kind	101 646	-2,1	915	320	495	420	35,0	54,1	45,9	512	8
Ehepaare mit Kind(ern) ⁴⁾	134 533	-11,1	1 411	433	891	520	30,7	63,1	36,9	839	13
mit einem Kind	50 631	-10,8	1 144	372	659	485	32,5	57,6	42,4	294	5
mit 2 Kindern	44 659	-12,7	1 373	425	867	506	30,9	63,2	36,8	271	4
mit 3 und mehr Kindern ...	39 243	-9,7	1 798	522	1 216	581	29,0	67,7	32,3	274	4
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kind	15 207	+0,6	855	288	471	383	33,7	55,2	44,8	70	1
mit Kind(ern) ⁴⁾	26 355	+0,2	1 241	378	811	431	30,5	65,3	34,7	136	2
Alleinstehende	602 711	-2,7	587	239	254	333	40,7	43,3	56,7	2 407	37
Männer	285 267	-1,5	550	220	196	354	40,1	35,7	64,3	1 211	19
Frauen	317 444	-3,7	621	256	306	314	41,2	49,4	50,6	1 196	18
Allein erziehende Männer mit Kindern ⁴⁾	10 220	-2,9	1 099	362	647	452	33,0	58,9	41,1	55	1
Allein erziehende Frauen mit Kind(ern) ⁴⁾	329 693	-0,8	1 130	359	660	471	31,8	58,3	41,7	1 863	29
mit einem Kind	181 246	-1,3	944	321	504	440	34,0	53,3	46,7	957	15
mit 2 Kindern	101 280	-0,9	1 244	384	761	483	30,9	61,2	38,8	593	9
mit 3 und mehr Kindern ...	46 167	+1,8	1 612	457	1 048	564	28,4	65,0	35,0	312	5

1) Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. – 2) Anzahl der Haushalte (Spalte 1) x Nettoanspruch in EUR (Spalte 6) x 12 = Hochgerechnetes Jahresergebnis in EUR. – 3) Ausschlaggebend ist hier die Staatsangehörigkeit des Haushaltsvorstandes. – 4) Kinder unter 18 Jahren.

Derartige besondere soziale Situationen wurden bei 23% der Haushalte festgestellt. Die weitaus meisten Nennungen⁸⁾ entfielen auf die Kategorie „Trennung/Scheidung“ (11,1%); danach folgen mit größerem Abstand die Kategorien „Geburt eines Kindes“ (4,6%) sowie „ohne eigene Wohnung“ (3,2%). Die übrigen Einzelkategorien (Tod eines Familienmitglieds, Suchtabhängigkeit, Überschuldung, Freiheitsentzug/Haftentlassung, stationäre Unterbringung eines Familienmitglieds) kommen zusammen auf insgesamt 5,5%.

In 77% der Sozialhilfehaushalte lag den Angaben zufolge keine dieser besonderen sozialen Situationen vor. Die Häufigkeitsverteilung beim Merkmal der „Besonderen sozialen Situation“ hat sich gegenüber den vorangegangenen Jahren nur unwesentlich geändert. Dies bedeutet, dass Sozialhilfebedürftigkeit heutzutage nicht in erster Linie aufgrund einer besonderen sozialen Ausnahmesituation entstehen dürfte; vielmehr sind die Ursachen hierfür eher im Zusammenhang mit dem Erwerbsstatus begründet. Dies wird ansatzweise deutlich, wenn man die entsprechenden Angaben beim Merkmal „Erwerbsstatus“ betrachtet, die für die 15- bis 64-jährigen Sozialhilfeempfänger (1,62 Mill. Personen) erhoben werden (siehe Schaubild 3 und Tabelle 4). Den gemeldeten Daten zufolge waren 39,8% dieser Empfänger arbeitslos, 51,2% waren aus anderen Gründen nicht erwerbstätig und lediglich 9,0% gingen einer Erwerbstätigkeit nach. Die

Differenzierung der Gründe für die Nichterwerbstätigkeit zeigt, dass 16,7% der Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter wegen häuslicher Bindung nicht erwerbstätig waren, weitere Ursachen waren Krankheit (9,3%), Aus- und Fortbildung (6,8%) oder das Alter (2,0%).

Auf die Restposition „Nicht erwerbstätig aus sonstigen Gründen“ entfielen 16,4% der Nennungen, das sind immerhin 266 000 Personen (siehe Tabelle 4). Seit der im Jahr 1994

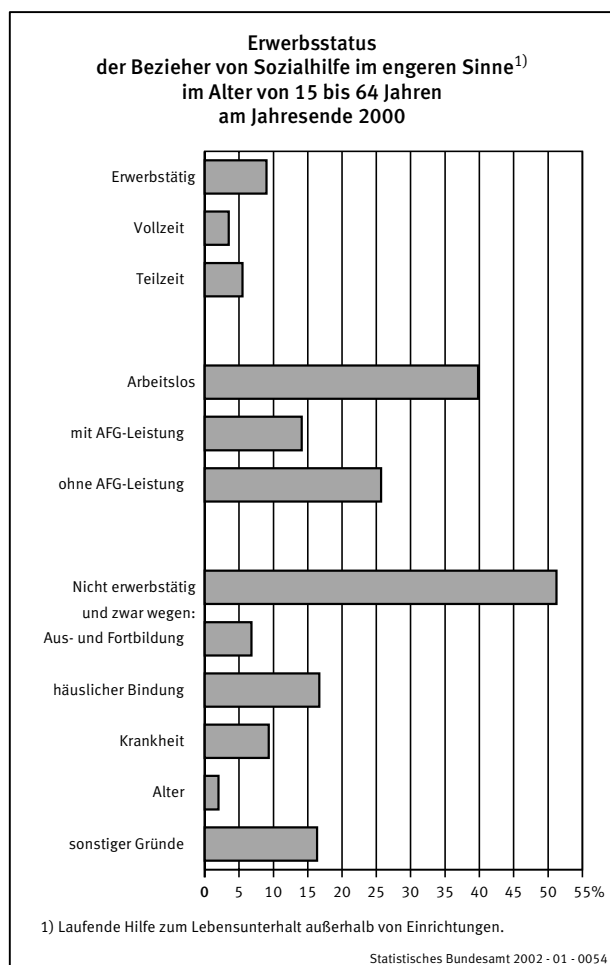
Tabelle 4: Erwerbsstatus der Bezieher von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾ im Alter von 15 bis 64 Jahren am Jahresende 2000

Erwerbsstatus	Anzahl	%
Erwerbstätig	146 000	9,0
Vollzeit	56 000	3,5
Teilzeit	90 000	5,5
Arbeitslos	644 000	39,8
mit AFG-Leistungen	228 000	14,1
ohne AFG-Leistungen ...	417 000	25,7
Nicht erwerbstätig	830 000	51,2
und zwar wegen:		
Aus- und Fortbildung ...	109 000	6,8
häuslicher Bindung	271 000	16,7
Krankheit	150 000	9,3
Alter	33 000	2,0
sonstiger Gründe	266 000	16,4

1) Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

8) Zur Kennzeichnung der besonderen sozialen Situation können pro Haushalt maximal zwei Tatbestände angegeben werden; Doppelnennungen sind insofern möglich.

Schaubild 3



erfolgten Neustrukturierung der Sozialhilfestatistik ist der Anteil dieser Restposition (von 43% im Jahr 1994) sukzessive zurückgegangen, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass den Sozialhilfeträgern zum Zeitpunkt der Einführung der neuen Statistik diese Informationen vielfach noch nicht vorlagen. Der deutliche Rückgang dieser relativ stark besetzten Restposition zeigt jedoch, dass es den Sozialämtern nach und nach gelingt, die Lücken in ihren Datenbeständen zu schließen.

Schul- und Berufsausbildung

Knapp die Hälfte (46%) der 15- bis unter 65-jährigen Sozialhilfeempfänger/-innen hatte einen Volks- oder Hauptschulabschluss, 18% einen Realschulabschluss und 8% besaßen die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Andererseits haben jedoch 13% keinen Schulabschluss. Ein Blick auf die Berufsausbildung der 18- bis unter 65-jährigen Sozialhilfeempfänger/-innen zeigt weiter, dass jede(r) Dritte (33%) eine abgeschlossene Lehre als höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss vorweisen kann; 14% verfügen über

einen höheren bzw. anderen beruflichen Ausbildungsabschluss. Gut die Hälfte (51%) der Sozialhilfeempfänger in dieser Altersgruppe hat jedoch keine abgeschlossene Berufsausbildung (siehe Schaubild 4 auf S. 130).

Exkurs: Arbeitskräftepotenzial der Sozialhilfeempfänger

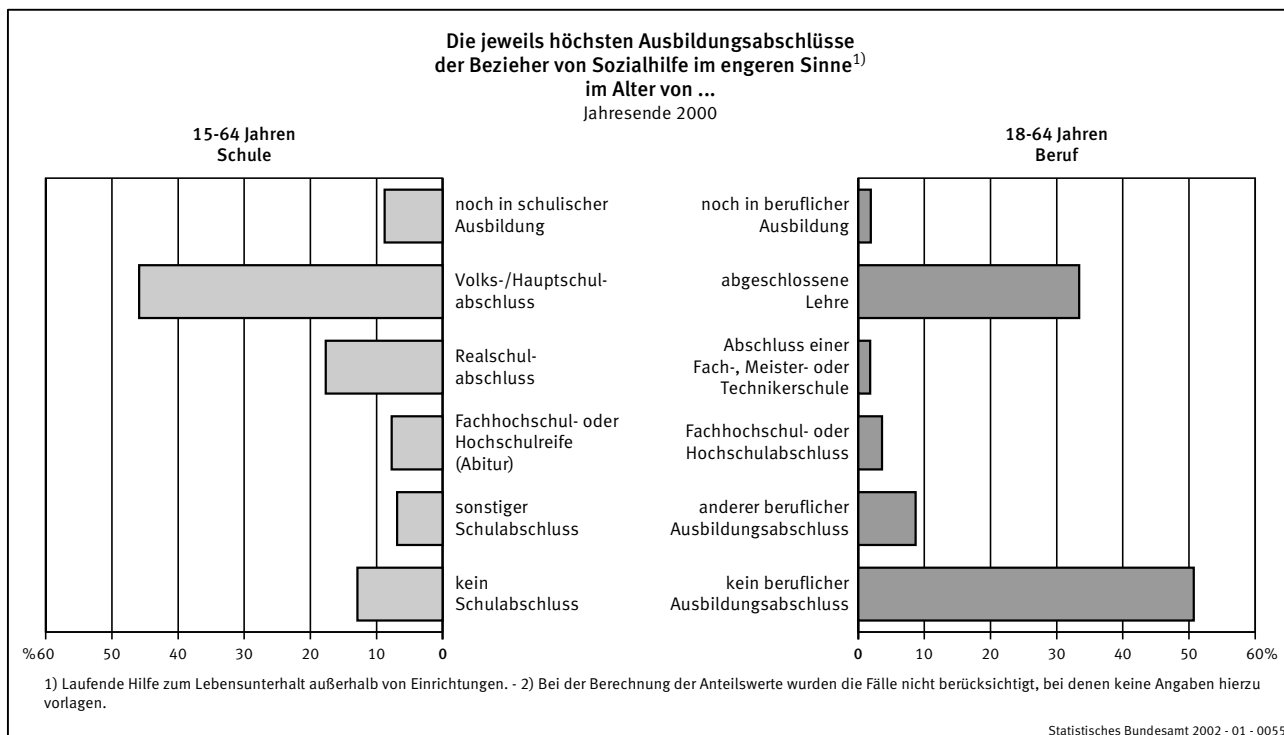
Für eine Entlastung der Sozialhilfeausgabenträger spielt die Eingliederung arbeitsfähiger Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Zahl und der Struktur der Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, die grundsätzlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Unterstellt man eine solche Verfügbarkeit für alle männlichen und weiblichen Hilfeempfänger im Alter von 18 bis unter 60 Jahren mit Ausnahme der Personen, die wegen häuslicher Bindung (insbesondere allein erziehende Frauen), Krankheit, Behinderung oder Arbeitsunfähigkeit keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können,⁹⁾ dann ergibt sich zum Jahresende 2000 ein Arbeitskräftepotenzial (brutto) von 994 000 Personen (siehe die Übersicht im Anhang zu diesem Beitrag auf S. 138).

Lediglich 14% (140 000) dieser Personen sind bereits jetzt als Voll- oder Teilzeitkräfte erwerbstätig und erhalten Sozialhilfe als ergänzende Hilfe zu ihrem Arbeitseinkommen. Weitere 5% (51 000) befinden sich in Aus- oder Fortbildung. 61% (607 000) sind arbeitslos gemeldet und 20% (195 000) gehen aus unbestimmten Gründen keiner Erwerbstätigkeit nach. Unterstellt man für die zuletzt genannten Personen, dass diese grundsätzlich erwerbsfähig sind, dann bedeutet dies, dass schätzungsweise rund 802 000 Arbeitsplätze notwendig wären, um das unterstellte Arbeitskräftepotenzial unter den Sozialhilfeempfängern auszuschöpfen. Bei Eingliederung dieser Personen in den Arbeitsmarkt würden wahrscheinlich auch viele ihrer Familienmitglieder keine Sozialhilfe mehr benötigen.

Entscheidend für eine erfolgreiche und dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist nach aller Erfahrung ein qualifizierter Schul- bzw. Berufsausbildungsabschluss: Knapp die Hälfte (48%) der 18- bis unter 60-jährigen Sozialhilfeempfänger/-innen hatte einen Volks- oder Hauptschulabschluss, 20% einen Realschulabschluss und 8% besaßen die Fachhochschul- oder Hochschulreife als jeweils höchsten Schulabschluss. Des Weiteren kann jede(r) dritte Sozialhilfeempfänger/-in (33%) eine abgeschlossene Lehre als höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss vorweisen. Andererseits haben jedoch 13% der 18- bis unter 60-jährigen Sozialhilfeempfänger/-innen keinen Schulabschluss und sogar 51% keine abgeschlossene Berufsausbildung; eine dauerhafte Eingliederung dieser Personen in Beschäftigungsverhältnisse wird besonders schwierig sein.

⁹⁾ Die Zuordnung zum Personenkreis, der wegen häuslicher Bindung, Krankheit, Behinderung oder Arbeitsunfähigkeit keiner Erwerbstätigkeit nachgehen kann, erfolgt in erster Linie aufgrund der Selbsteinschätzung des Hilfeempfängers bzw. der Hilfeempfängerin.

Schaubild 4



1.2 Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen

Im Laufe des Jahres 2000 erhielten 1,46 Mill. Personen Hilfe in besonderen Lebenslagen, dies entspricht einer Zunahme um 4,0% gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil der deutschen Empfänger betrug 81%, der Frauenanteil belief sich auf 51%. Die Leistungsempfänger waren im Durchschnitt 43 Jahre alt (Männer: 37 Jahre, Frauen: 49 Jahre). Den meisten Empfängern (40%) wurden Leistungen der Krankenhilfe¹⁰⁾ gewährt (siehe Tabelle 5). Danach folgte die Eingliederungshilfe für Behinderte (36%) sowie die Hilfe zur Pflege (22%). Die Hilfe in besonderen Lebenslagen wurde in fast der Hälfte der Fälle (48%) in Einrichtungen gewährt.

Krankenhilfe

Die Krankenhilfe umfasst ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Versorgung mit Arzneimitteln, Verbandmitteln und Zahnersatz, Krankenhausbehandlung sowie sonstige zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung der Krankheitsfolgen erforderliche Leistungen. Im Laufe des Berichtsjahres 2000 erhielten 581 000 Personen Krankenhilfe; der Frauenanteil belief sich auf 51%. Im Durchschnitt waren die Hilfeempfänger 38 Jahre alt (Frauen: 39 Jahre, Männer: 37 Jahre). Krankenhilfe wird Personen gewährt, die ansonsten keinen ausreichenden Krankenversicherungsschutz, zum Beispiel aufgrund einer Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung, genießen. Insofern wird die Krankenhilfe überproportional von ausländischen Hilfeempfängern

in Anspruch genommen. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der Ausländer an den Empfängern der Krankenhilfe 38%, während er bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt bei 19% lag.

Hilfe zur Pflege

Die Hilfe zur Pflege wird bedürftigen Personen gewährt, die infolge von Krankheit oder Behinderung bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf fremde Hilfe angewiesen sind. Bis zum In-Kraft-Treten des Pflegeversicherungsgesetzes zum 1. Januar 1995 und den daraus resultierenden Leistungen seit April 1995 (häusliche Pflege) bzw. seit Juli 1996 (stationäre Pflege) war die Hilfe zur Pflege das wichtigste Instrument zur materiellen Absicherung bei Pflegebedürftigkeit.

Im Laufe des Jahres 2000 wurde rund 324 000 Personen Hilfe zur Pflege gewährt, und zwar in 83 000 Fällen ambulant bzw. teilstationär und in 243 000 Fällen vollstationär. Das stufenweise Einsetzen der gesetzlichen Pflegeversicherungsleistungen hatte zur Folge, dass die Zahl der Hilfeempfänger (*Jahresendbestand*) bei der Hilfe zur Pflege von 1995 bis 1998 um 151 000 bzw. 40% zurückging. In den Jahren 1999 und 2000 hat sich dieser Trend jedoch nicht weiter fortgesetzt: Zum Jahresende 2000 bekamen insgesamt 261 000 Pflegebedürftige die Hilfe zur Pflege (ambulant/teilstationär 60 000 und vollstationär 202 000 Pflegebedürftige), dies entspricht einem Zuwachs von 18% gegenüber dem Jahresende 1998 (siehe Tabelle 6). Mit einem

10) Einschl. Hilfe bei Sterilisation und Hilfe zur Familienplanung.

Tabelle 5: Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen nach Art der Unterbringung und Hilfearten¹⁾ im Laufe des Jahres 2000

Hilfeart	Insgesamt	Außerhalb von Einrichtungen	In Einrichtungen
Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt ²⁾	1 458 687	795 779	749 060
Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage	827	827	-
Vorbeugende Gesundheitshilfe	51 560	50 173	20 785
Krankenhilfe; Hilfe bei Sterilisation; Hilfe zur Familienplanung	580 766	525 111	102 022
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	1 950	1 212	948
Hilfe zur Pflege zusammen ²⁾	324 144	79 558	245 680
Und zwar:			
Ambulant ²⁾	79 558	79 558	-
und zwar in Form von:			
Pflegegeld bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	22 650	22 650	-
Pflegegeld bei schwerer Pflegebedürftigkeit	17 660	17 660	-
Pflegegeld bei schwerster Pflegebedürftigkeit	9 719	9 719	-
anderen Leistungen	45 146	45 146	-
teilstationär	3 919	-	3 919
vollstationär	243 370	-	243 370
Blindenhilfe	6 216	4 091	2 153
Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes	9 652	8 857	814
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	25 952	6 340	20 045
Altenhilfe	8 012	7 685	353
Hilfe in anderen besonderen Lebenslagen	10 962	7 504	3 513
Eingliederungshilfe für Behinderte zusammen ²⁾	525 061	139 337	392 148
Und zwar:			
Ärztliche Behandlung; Körperersatzstücke; Hilfsmittel	38 187	17 621	20 838
Heilpädagogische Maßnahmen für Kinder	99 622	61 458	39 146
Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung	49 460	9 240	40 326
Hilfe zur Berufsausbildung, Fortbildung, Arbeitsplatzbeschaffung	7 402	3 397	4 033
Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte	174 160	-	174 160
Suchtkrankenhilfe	29 025	3 402	25 705
Sonstige Eingliederungshilfe	191 736	47 260	146 617

1) Empfänger/-innen mehrerer verschiedener Hilfen werden bei jeder Hilfeart gezählt. – 2) Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

Anteil von 71% überwogen die Frauen. Die Pflegebedürftigen waren im Durchschnitt 73 Jahre alt (Männer: 62 Jahre, Frauen: 78 Jahre). Auf der anderen Seite bezogen zum Jahresende 2000 insgesamt 1,8 Mill. Pflegebedürftige (ambulant 1,3 Mill. und stationär 561 000 Personen) Leistungen aus der *sozialen Pflegeversicherung*.

Im Laufe des Jahres 2000 wurden die Leistungen der Hilfe zur Pflege bei 63 000 Pflegebedürftigen beendet. Die hiervon

betroffenen (deutschen) Hilfeempfänger waren im Durchschnitt 75 Jahre alt. Demgegenüber gab es 261 000 Pflegefälle, die zum Jahresende 2000 noch andauerten. Die Hilfeempfänger (Deutsche) waren in diesen Fällen mit 74 Jahren im Durchschnitt geringfügig jünger. Signifikante Unterschiede zeigten sich hinsichtlich der Dauer der Hilfestellung (siehe Tabelle 7). Während sich für die Dauer der im Jahr 2000 *abgeschlossenen* Hilfen ein Durchschnittswert

Tabelle 6: Entwicklung der sozialen Pflegeversicherung und der Sozialhilfe (Hilfe zur Pflege)

Gegenstand der Nachweisung	Soziale Pflegeversicherung ¹⁾					Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe				
	1996	1997	1998	1999	2000	1996	1997	1998	1999	2000
Empfänger am Jahresende										
1 000										
Insgesamt ²⁾	1 547	1 661	1 738	1 826	1 822	285	251	222	247	261
ambulant ³⁾	1 162	1 198	1 227	1 280	1 261	68	66	63	58	60
vollstationär	385	463	511	546	561	217	185	159	189	202
Mill. EUR										
Ausgaben (jährlich)										
insgesamt (brutto)	10 932	15 132	15 823	16 358	16 718	7 100	3 500	3 001	2 901	2 876
ambulant ³⁾	7 514	7 829	7 989	8 183	8 220	464	404	415	439	439
Pflegegeld	4 385	4 333	4 277	4 227	4 201	150	135	130	124	119
andere Leistungen	3 130	3 496	3 712	3 956	4 019	313	269	284	315	319
vollstationär	2 788	6 503	7 029	7 368	7 684	6 636	3 095	2 586	2 461	2 438
Verwaltungs- und sonstige Ausgaben	630	800	804	806	814	-	-	-	-	-
Einnahmen	12 445	15 900	16 083	16 356	16 523	2 277	991	717	581	569
Insgesamt (netto)	- 1 512 ⁴⁾	- 769 ⁴⁾	- 259 ⁴⁾	2	195	4 823	2 509	2 284	2 320	2 308

1) Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn. Ausgaben und Einnahmen: Rechnungsergebnis unter Berücksichtigung der zeitlichen Rechnungsabgrenzung. – 2) Für die Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe gilt: Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren. – 3) Einschl. teilstationärer Pflege. – 4) Einnahmenüberschuss.

Tabelle 7: Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen 2000 nach Hilfeart und bisheriger Dauer der Hilfestellung

Art der Hilfe	Empfänger/-innen insgesamt	Darunter mit einer bisherigen Hilfedauer von ...		Durchschnittliche(s)	
		weniger als 1 Jahr (Kurzzeitfälle)	mehr als 5 Jahren (Langzeitfälle)	Alter der Empfänger/-innen ¹⁾	bisherige Dauer der Hilfestellung
	Anzahl	Anteil von Spalte 1 in %		Jahre	
Hilfe zur Pflege während des Jahres beendete Hilfen	62 917	50,7	12,0	75,1	2,2
am Jahresende andauernde Hilfen ...	261 227	27,0	19,4	73,6	4,1
Eingliederungshilfe für Behinderte während des Jahres beendete Hilfen	111 708	67,6	5,7	27,8	1,4
am Jahresende andauernde Hilfen ...	413 353	25,5	35,8	32,7	6,2

1) Deutsche.

von 2,2 Jahren ergab, errechnete sich für die bisherige Dauer der *noch andauernden* Pflegefälle ein Durchschnittswert von 4,1 Jahren. Der Anteil der Pflegefälle mit einer bisherigen Bezugsdauer von weniger als einem Jahr ist bei den Bestandsfällen (am Jahresende noch andauernde Fälle) mit 27% vergleichsweise gering; der entsprechende Anteilswert belief sich bei den abgeschlossenen Hilfen auf 51%. Demgegenüber spielen bei den Bestandsfällen die Langzeitfälle mit einer bisherigen Bezugsdauer von mindestens 5 Jahren eine relativ große Rolle (19% der Fälle); bei den abgeschlossenen Hilfen beträgt der Anteilswert der Langzeitfälle lediglich 12%.

Eingliederungshilfe für Behinderte

Im Jahr 2000 erhielten 525 000 Personen Eingliederungshilfe für Behinderte; dies entspricht einem Zuwachs von 4,4% gegenüber dem Vorjahr. In einem Drittel der Fälle (33%) handelte es sich um eine Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte, zu 19% um heilpädagogische Maßnahmen für Kinder. Im Gegensatz zur Hilfe zur Pflege überwoogen bei der Eingliederungshilfe für Behinderte die Männer mit 60%. Deutliche Unterschiede sind auch hinsichtlich des Alters festzustellen; die Hilfeempfänger bei der Eingliederungshilfe sind mit durchschnittlich 32 Jahren vergleichsweise jung (Männer: 30 Jahre, Frauen: 34 Jahre).

Im Laufe des Jahres 2000 wurden 112 000 Eingliederungshilfen beendet, das Durchschnittsalter der betroffenen Personen betrug 28 Jahre. Darüber hinaus gab es 413 000 Eingliederungshilfen, die zum Jahresende 2000 noch andauerten. Die Hilfeempfänger waren in diesen Fällen mit 33 Jahren im Durchschnitt vergleichsweise älter. Signifikante Unterschiede werden auch hier hinsichtlich der Dauer der Hilfestellung deutlich. Während die im Jahr 2000 *abgeschlossenen* Hilfen im Durchschnitt 1,4 Jahre dauerten, ergab sich für die bisherige Hilfestellung der *noch andauernden* Eingliederungshilfen ein durchschnittlicher Wert von 6,2 Jahren. Analog der Hilfe zur Pflege weisen auch die Bestandsfälle bei der Eingliederungshilfe einen relativ

hohen Anteil von Langzeitfällen mit einer bisherigen Hilfedauer von mindestens 5 Jahren auf (36% der Fälle). Bei den im Berichtsjahr beendeten Fällen stehen hingegen die Eingliederungshilfen mit einer Dauer von weniger als einem Jahr im Vordergrund (68% der Fälle).

1.3 Sozialhilfeaufwand

Entwicklung

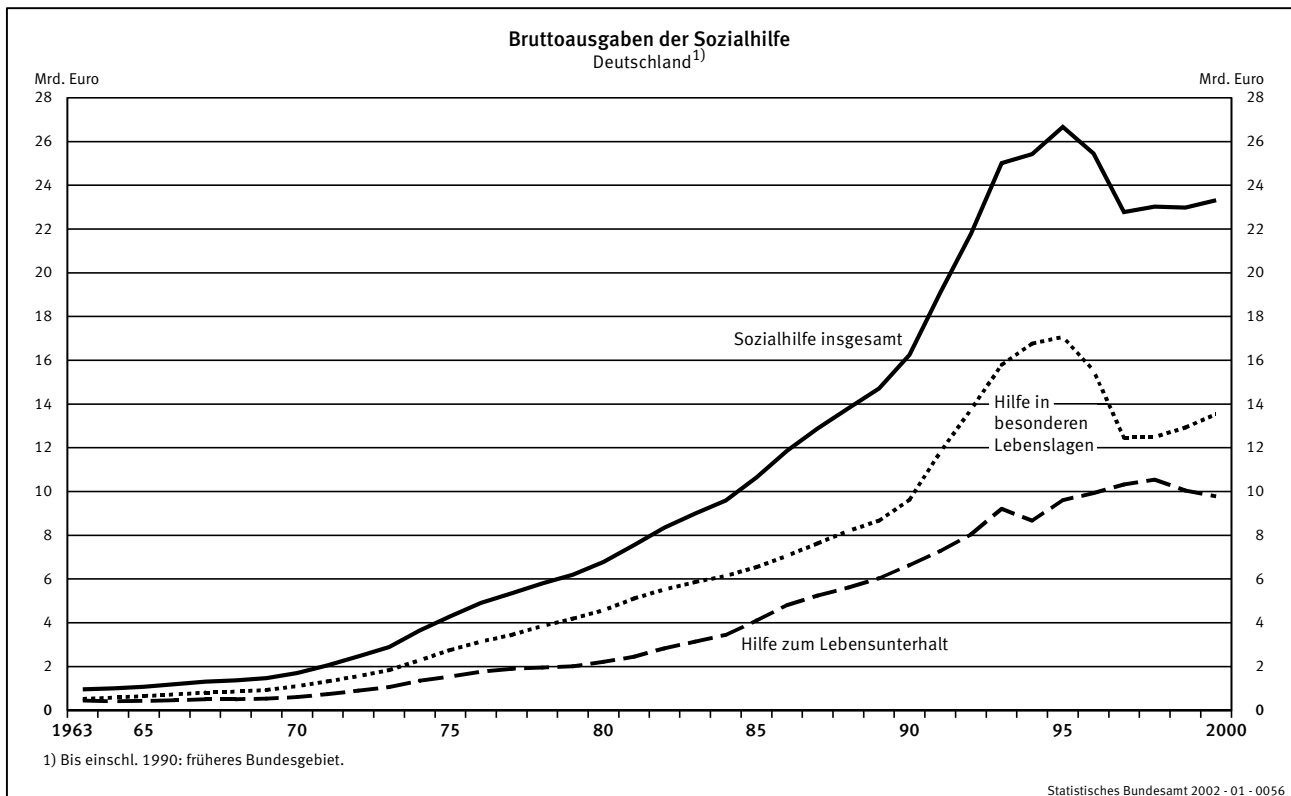
Seit Einführung der Sozialhilfe sind die Sozialhilfeausgaben bis einschließlich 1993 kontinuierlich gestiegen, und zwar sowohl insgesamt als auch im Hinblick auf die beiden Haupthilfearten, also die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Hilfe in besonderen Lebenslagen (siehe Schaubild 5). Deutliche Zuwächse waren insbesondere Anfang der 1990er Jahre festzustellen, was u. a. auch auf die Einbeziehung der neuen Bundesländer und Berlin-Ost zurückzuführen ist. Die Abschwächung des Anstiegs der Gesamtausgaben im Jahr 1994 hängt mit der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zusammen. Besonders deutlich zeigte sich dies bei der Hilfe zum Lebensunterhalt, wo sogar ein absoluter Rückgang der Ausgaben zu beobachten war. Das stufenweise Einsetzen der Pflegeversicherungsleistungen spiegelt sich ebenfalls in der Entwicklung der Sozialhilfeausgaben wider. So war die Ausgabenentwicklung bei der Hilfe zur Pflege von 1995 bis 1998 stark rückläufig. Bei der übergeordneten Hilfe in besonderen Lebenslagen führte dies zunächst im Jahr 1995 zu einer Abschwächung des Ausgabenanstiegs und in den Jahren 1996 und 1997 zu einem absoluten Rückgang der Ausgaben. Letztere Entwicklung war auch ausschlaggebend dafür, dass die Gesamtausgaben der Sozialhilfe in den Jahren 1996 und 1997 zurückgingen.

Ein Blick auf die Struktur der Sozialhilfeausgaben zeigt, dass im Rahmen der Sozialhilfe seit jeher mehr Geld für die Hilfe in besonderen Lebenslagen ausgegeben wurde als für die Hilfe zum Lebensunterhalt. Bis vor wenigen Jahren entwickelten sich die Ausgaben für diese beiden Sozialhilfearten mehr und mehr auseinander. Während sich der Anteil der Ausgaben für die Hilfe in besonderen Lebenslagen an den Gesamtausgaben im Jahr 1963 noch auf 54% belief, lag dieser Anteil 1994 bereits bei 66%. Im Zuge der Einführung der Pflegeversicherung ist der Anteil der Ausgaben für die Hilfe in besonderen Lebenslagen an den Gesamtausgaben der Sozialhilfe bis zum Jahr 1998 zunächst wieder auf 54% zurückgegangen; seither stieg der Anteil der Ausgaben für die Hilfe in besonderen Lebenslagen jedoch erneut an und betrug im Jahr 2000 rund 58%. Auf der anderen Seite haben die Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt, die weitgehend von den Kommunen finanziert werden, im Zeitverlauf bis 1998 stetig zugenommen (lediglich 1994 sind sie infolge der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückgegangen). In den Jahren 1999 und 2000 war dann jeweils ein Rückgang der Ausgaben für diese Hilfeart zu beobachten.

Struktur der Sozialhilfeausgaben im Jahr 2000

Im Jahr 2000 wurden in Deutschland brutto insgesamt 23,3 Mrd. Euro für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz ausgegeben; nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro, die den Sozialhilfeträgern zum größten Teil

Schaubild 5



aus Erstattungen anderer Sozialleistungsträger zuflossen, beliefen sich die reinen Sozialhilfeausgaben (Nettoausgaben) auf 20,9 Mrd. Euro, 2,2% mehr als im Vorjahr (siehe Tabelle 8).

Von den reinen Sozialhilfeausgaben im Jahr 2000 entfielen 8,7 Mrd. Euro auf die Hilfe zum Lebensunterhalt; dies ent-

spricht einem Rückgang um 1,6% gegenüber dem Vorjahr, was mit den Ergebnissen der Empfängerstatistik korrespondiert. Bei einer detaillierten Betrachtung dieser Ausgabenposition fällt auf, dass die hierzu zählenden „laufenden Leistungen (ohne Hilfe zur Arbeit)“ sowie die so genannten „einmaligen Leistungen“ im Vorjahresvergleich um 3,1 bzw. 4,5% rückläufig waren, die Ausgaben für die „laufenden

Tabelle 8: Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe nach Hilfearten 2000

Hilfeart	Insgesamt			Außerhalb von Einrichtungen			In Einrichtungen		
	Bruttoausgaben	Einnahmen	Reine Ausgaben	Bruttoausgaben	Einnahmen	Reine Ausgaben	Bruttoausgaben	Einnahmen	Reine Ausgaben
Mill. EUR									
Hilfe zum Lebensunterhalt ..	9776,6	1055,5	8721,1	9518,2	987,3	8530,9	258,4	68,2	190,2
Hilfe in besonderen Lebenslagen	13542,4	1400,2	12142,2	1723,9	36,5	1687,3	11818,5	1363,7	10454,8
Hilfe zur Pflege	2876,4	568,6	2307,8	422,8	10,6	412,2	2453,6	558,0	1895,6
Eingliederungshilfe für Behinderte	9113,5	791,9	8321,6	540,0	10,2	529,8	8573,5	781,7	7791,8
Krankenhilfe ¹⁾	1234,3	19,6	1214,7	640,6	11,2	629,3	593,7	8,3	585,3
Sonstige Hilfen	318,2	20,1	298,1	120,5	4,5	116,0	197,7	15,6	182,1
Insgesamt ...	23319,0	2455,7	20863,3	11242,0	1023,8	10218,2	12076,9	1431,9	10645,0
Veränderung gegenüber 1999 in %									
Hilfe zum Lebensunterhalt ..	-2,7	-11,0	-1,6	-2,3	-9,6	-1,4	-13,4	-27,5	-6,9
Hilfe in besonderen Lebenslagen	+4,7	+0,9	+5,2	+7,6	+0,2	+7,7	+4,3	+1,0	+4,8
Hilfe zur Pflege	-0,8	-2,1	-0,5	-3,5	-8,6	+3,9	-1,6	-2,0	-1,4
Eingliederungshilfe für Behinderte	+6,9	+3,1	+7,3	+13,8	+5,7	+14,0	+6,5	+3,1	+6,9
Krankenhilfe ¹⁾	+2,3	+6,0	+2,2	+5,9	+6,9	+5,9	-1,4	+4,8	-1,4
Sonstige Hilfen	+4,3	+0,1	+4,6	+4,7	-4,4	+5,1	+4,1	+1,5	+4,3
Insgesamt ...	+1,5	-4,6	+2,2	-0,9	-9,3	-0,0	+3,8	-0,9	+4,5

1) Einschl. Hilfe bei Sterilisation und Hilfe zur Familienplanung.

Leistungen in Form von Hilfe zur Arbeit“ (§§ 18 bis 21 BSHG) jedoch gegenüber 1999 um 2,7% auf nunmehr brutto rund 1,1 Mrd. Euro zunahmen. Die Ausgaben für die „Hilfe zur Arbeit“ haben sich somit im Vergleich zu 1995 mehr als verdoppelt, was die wachsende Bedeutung dieser Hilfeart verdeutlicht. Allerdings war im Jahr 2000 die Steigerungsrate der Ausgaben für die „Hilfe zur Arbeit“ im Vergleich zu den Vorjahren geringer.

Für Maßnahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen wurden 2000 in Deutschland netto 12,1 Mrd. Euro (+ 5,2% gegenüber 1999) aufgewendet, wobei insbesondere die Leistungen zur Eingliederung Behinderter mit 8,3 Mrd. Euro (+ 7,3%) und für die Hilfe zur Pflege mit 2,3 Mrd. DM (- 0,5%) von Bedeutung waren. Die Nettoausgaben der Sozialhilfe für Pflegebedürftige bewegen sich damit seit 1998 auf relativ konstantem Niveau (siehe Tabelle 6).

Die Ausgaben der *sozialen Pflegeversicherung* beliefen sich im Jahr 2000 auf rund 16,7 Mrd. Euro. Im Bereich der ambulanten Pflege beliefen sich die Ausgaben der Pflegeversicherung 2000 auf 8,2 Mrd. Euro. Im stationären Bereich erbrachte die Pflegeversicherung Leistungen in Höhe von 7,7 Mrd. Euro.

Die Unterscheidung der Sozialhilfeausgaben nach Hilfen in und außerhalb von Einrichtungen ergibt folgendes Bild: Die reinen Ausgaben an Hilfeempfänger/-innen innerhalb von

Einrichtungen (z. B. Alten- und Pflegeheime, Werkstätten für Behinderte) betragen im Jahr 2000 insgesamt 10,6 Mrd. Euro (+ 4,5% gegenüber 1999). Der reine Aufwand für Hilfen außerhalb von Einrichtungen belief sich im Berichtsjahr 2000 – wie schon im Vorjahr – auf rund 10,2 Mrd. Euro. Die Hilfe zum Lebensunterhalt wird größtenteils außerhalb von Einrichtungen (97%), die Hilfe in besonderen Lebenslagen hingegen weitgehend in Einrichtungen geleistet (87%).

Die Aufteilung der Sozialhilfeausgaben nach Bundesländern ist in Tabelle 9 dargestellt. Der größte Teil der reinen Sozialhilfeausgaben (87%) entfiel mit 18,1 Mrd. Euro auf das frühere Bundesgebiet; gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 2,1%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden netto 2,7 Mrd. Euro für Sozialhilfe ausgegeben, 3,3% mehr als im Vorjahr. Die reinen Sozialhilfeausgaben je Einwohner lagen 2000 in Deutschland bei durchschnittlich 254 Euro; im früheren Bundesgebiet waren die Ausgaben je Einwohner mit 271 Euro wesentlich höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (179 Euro). In Sachsen (123 Euro), Thüringen (142 Euro) und Brandenburg (169 Euro) lagen die Pro-Kopf-Ausgaben unter dem ostdeutschen Durchschnitt.

Im früheren Bundesgebiet lassen sich drei Niveaubereiche feststellen:

- In Baden-Württemberg und Bayern sind die Ausgaben mit 177 bzw. 189 Euro je Einwohner mit Abstand am

Tabelle 9: Übersicht über die Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe 2000 nach Ländern

Land	Ausgaben								Einnahmen	Reine Ausgaben	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	davon							insgesamt	je Einwohner ²⁾
			Hilfe zum Lebensunterhalt		Hilfe in besonderen Lebenslagen						
			zusammen	dar.: laufende Leistungen außerhalb von Einrichtungen	zusammen	darunter					
						Hilfe zur Pflege	Eingliederungshilfe für Behinderte	Krankenhilfe ¹⁾			
1 000 EUR	%	1 000 EUR						EUR			
Baden-Württemberg ...	2 099 601	+2,9	792 630	676 335	1 306 971	304 914	856 383	109 957	249 401	1 850 200	177,08
Bayern	2 705 043	+3,0	817 393	627 155	1 887 650	468 103	1 265 582	124 614	419 217	2 285 827	188,64
Berlin	1 832 409	-0,1	949 017	767 743	883 393	261 988	428 635	174 166	145 913	1 686 496	497,00
Berlin-West	1 215 692	-0,5	707 807	580 796	507 885	192 398	230 334	72 911	94 745	1 120 946	528,31
Berlin-Ost	616 718	+0,8	241 210	186 947	375 508	69 590	198 301	101 255	51 168	565 550	444,76
Brandenburg	503 420	+4,0	181 534	152 467	321 886	26 105	272 467	19 627	65 060	438 360	169,00
Bremen	429 265	-5,5	234 390	198 974	194 876	45 731	111 714	30 850	40 408	388 859	584,09
Hamburg	979 054	+0,8	450 023	357 842	529 032	128 010	278 894	98 690	61 094	917 961	539,20
Hessen	2 054 750	+1,7	893 402	748 812	1 161 348	310 550	705 984	117 502	259 424	1 795 327	297,08
Mecklenburg-Vorpommern	379 287	+3,6	167 797	131 931	211 490	19 743	170 984	15 468	45 879	333 408	185,83
Niedersachsen	2 468 708	+0,4	1 030 831	876 526	1 437 877	205 070	1 062 947	126 498	234 361	2 234 347	283,59
Nordrhein-Westfalen ..	5 872 400	+2,0	2 573 480	2 195 576	3 298 920	706 436	2 251 671	253 077	446 555	5 425 845	301,70
Rheinland-Pfalz	1 011 455	+0,2	360 492	301 688	650 963	134 232	463 109	39 505	101 167	910 288	225,97
Saarland	337 222	-2,7	174 686	140 493	162 537	25 556	117 015	16 285	29 619	307 604	286,78
Sachsen	646 584	+2,2	304 668	250 274	341 916	37 914	279 105	19 240	95 978	550 606	123,04
Sachsen-Anhalt	569 361	+5,7	240 304	195 566	329 056	25 900	272 424	29 571	72 190	497 171	186,72
Schleswig-Holstein	1 020 602	-2,2	458 714	394 457	561 888	141 766	364 398	48 732	128 670	891 932	321,92
Thüringen	409 807	+3,1	147 219	120 541	262 588	34 408	212 173	10 489	60 783	349 024	142,13
Deutschland ...	23 318 969	+1,5	9 776 578	8 136 380	13 542 391	2 876 428	9 113 484	1 234 268	2 455 715	20 863 253	254,16
Früheres Bundesgebiet	20 193 793	+1,2	8 493 846	7 098 653	11 699 947	2 662 767	7 708 030	1 038 619	2 064 658	18 129 135	271,26
Neue Länder und Berlin-Ost	3 125 176	+3,1	1 282 732	1 037 726	1 842 444	213 661	1 405 454	195 649	391 057	2 734 118	179,25

1) Einschl. Hilfe bei Sterilisation und Hilfe zur Familienplanung. – 2) Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 1999.

geringsten. Auch in Rheinland-Pfalz sind die Ausgaben unterdurchschnittlich (226 Euro).

- In den anderen Flächenländern wurden überdurchschnittliche Ausgaben je Einwohner festgestellt, die sich auf einem Niveau zwischen 284 Euro (Niedersachsen) und 322 Euro (Schleswig-Holstein) bewegen.
- In den drei Stadtstaaten sind die Ausgaben schließlich am höchsten: In Bremen lagen sie mit 584 Euro mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt des früheren Bundesgebietes. In Hamburg sowie in Berlin-West waren die Pro-Kopf-Ausgaben mit 539 bzw. 528 Euro etwas niedriger.

2 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Die Leistungen nach dem AsylbLG umfassen die Regelleistungen und die besonderen Leistungen. Die *Regelleistungen* dienen zur Deckung des täglichen Bedarfs und werden entweder in Form von Grundleistungen oder als Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt:

- Grundleistungen nach § 3 AsylbLG sollen den notwendigen Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts im notwendigen Umfang durch Sachleistungen decken. Unter besonderen Umständen können anstelle der Sachleistungen auch Wertgutscheine oder Geldleistungen erbracht werden. Zusätzlich erhalten die Leistungsempfänger einen monatlichen Geldbetrag (Taschengeld) für die persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens. Die so gewährte indi-

viduelle Hilfeleistung ist insgesamt geringer als die korrespondierenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt.

- In besonderen Fällen erhalten die Leistungsberechtigten nach § 2 AsylbLG Hilfe zum Lebensunterhalt analog zu den Leistungen nach dem BSHG.¹¹⁾

Die *besonderen Leistungen* werden in speziellen Bedarfssituationen gewährt und beinhalten andere Leistungen gemäß §§ 4 bis 6 AsylbLG und die Hilfe in besonderen Lebenslagen:

- Zu den anderen Leistungen gemäß §§ 4 bis 6 AsylbLG gehören Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt, Leistungen für die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten sowie sonstige Leistungen.
- Hilfe in besonderen Lebenslagen wird in besonderen Fällen gemäß § 2 AsylbLG analog zum BSHG gewährt. Demnach ist Krankenhilfe, Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen sowie Hilfe zur Pflege zu gewähren. Die übrigen Hilfen können bewilligt werden, wenn dies im Einzelfall gerechtfertigt ist.¹²⁾

Regelleistungen zur Deckung des täglichen Bedarfs nach dem AsylbLG erhielten zum Jahresende 2000 insgesamt 352 000 Personen (siehe Tabelle 10). Die Zahl der Leistungsbezieher ist gegenüber dem Vorjahr um 19,3% zurückgegangen und liegt damit auf dem niedrigsten Stand seit Einführung der Asylbewerberleistungsstatistik im Jahr 1994. Rund 58% der Empfänger waren männlich, 42% weiblich. Über die Hälfte der Leistungsempfänger (192 000 bzw. 54%) war jünger als 25 Jahre. Das Durchschnittsalter aller Hilfebezieher betrug 23,5 Jahre. Die Empfänger lebten in 170 000 Haushalten; in knapp der Hälfte der Fälle (47%) handelte

Tabelle 10: Empfänger/-innen von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am 31. Dezember 2000 nach Altersgruppe und Geschlecht¹⁾

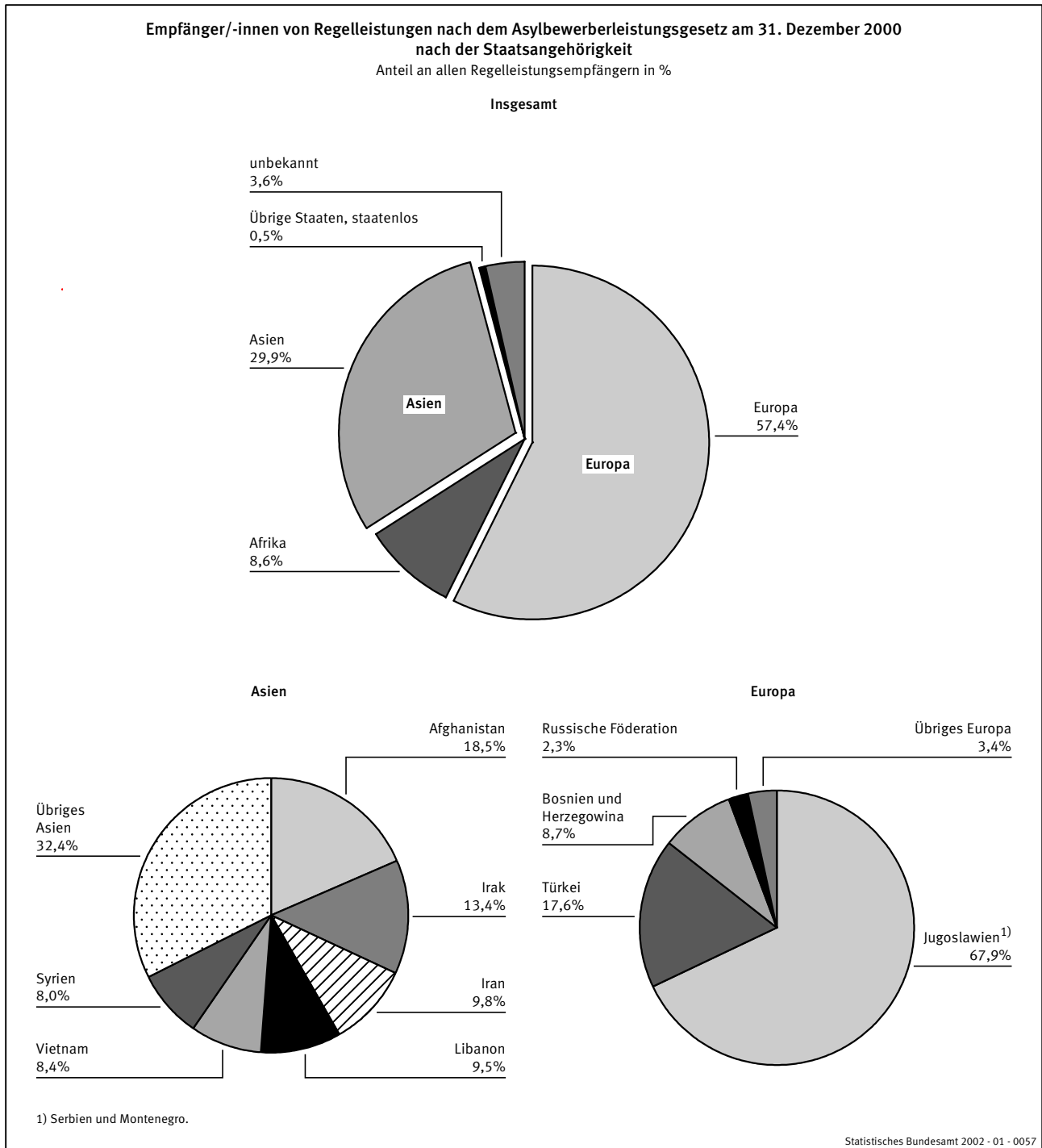
Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich	Weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	
unter 7	59 184	16,8	30 415	28 769
7 - 11	33 636	9,6	17 510	16 126
11 - 15	27 605	7,9	14 644	12 961
15 - 18	20 689	5,9	12 431	8 258
18 - 21	22 377	6,4	15 031	7 346
21 - 25	28 138	8,0	18 895	9 243
25 - 30	40 849	11,6	25 553	15 296
30 - 40	71 174	20,2	42 768	28 406
40 - 50	31 196	8,9	18 875	12 321
50 - 60	9 560	2,7	5 097	4 463
60 - 65	2 862	0,8	1 277	1 585
65 und älter	4 372	1,2	1 722	2 650
Insgesamt ...	351 642	100	204 218	147 424
Durchschnittsalter in Jahren	23,5	X	23,9	22,9

1) Neben diesen Regelleistungen wurden zum Jahresende 2000 noch in 93 425 Fällen besondere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (z.B. bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt) gewährt.

11) Nach Inkraft-Treten des Ersten Gesetzes zur Änderung des AsylbLG können die Leistungen in besonderen Fällen gem. § 2 Abs. 1 AsylbLG erst wieder ab 1. Juni 2000 gewährt werden. Insbesondere gilt dies für Leistungsberechtigte, wenn
 - über ihren Asylantrag zwölf Monate nach Antragstellung noch nicht unanfechtbar entschieden ist, solange sie nicht vollziehbar zur Ausreise verpflichtet sind, oder
 - sie eine Duldung erhalten haben, weil ihrer freiwilligen Ausreise und ihrer Abschiebung Hindernisse entgegenstehen, die sie nicht zu vertreten haben.

12) Siehe Fußnote 11.

Schaubild 6



es sich dabei um allein stehende Männer. 53% der Regelleistungsempfänger waren zum Jahresende 2000 dezentral untergebracht, die übrigen 47% lebten in Gemeinschaftsunterkünften oder Aufnahmeeinrichtungen. In der Mehrzahl kamen die Asylbewerber aus Europa (siehe Schaubild 6); darunter insbesondere aus Jugoslawien (Serbien, Montenegro) mit 39% der Fälle (1999: 44%). Weitere 10% der Asyl-

bewerber hatten die Staatsangehörigkeit der Türkei (1999: ebenfalls 10%) und 6% die von Afghanistan (1999: 5%).

Neben den vorgenannten Regelleistungen wurden noch 93 000 Fälle zur Statistik gemeldet, denen zum Jahresende 2000 besondere Leistungen nach dem AsylbLG gewährt wurden (-14% gegenüber 1999).¹³⁾ Hierbei handelte es sich

13) Die Empfänger/-innen besonderer Leistungen erhalten in den allermeisten Fällen auch zugleich Regelleistungen.

Tabelle 11: Ausgaben und Einnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nach Hilfearten

Ausgaben nach Hilfearten ----- Einnahmen	2000		1999	2000 gegenüber 1999
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Ausgaben				
Regelleistungen	1 487,0	76,4	1 647,4	-9,7
Grundleistungen	1 340,4	68,9	1 647,4	-18,6
Sachleistungen	500,4	25,7	588,0	-14,9
Wertgutscheine	119,8	6,2	145,0	-17,4
Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse	111,4	5,7	133,6	-16,7
Geldleistungen für den Lebens- unterhalt	608,8	31,3	780,8	-22,0
Hilfe zum Lebensunterhalt ...	146,6	7,5	-	-
Besondere Leistungen .	458,2	23,6	466,8	-1,8
Andere Leistungen ...	440,1	22,6	466,8	-5,7
Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt	385,1	19,8	406,0	-5,1
Arbeits- gelegenheiten	16,4	0,8	17,7	-7,1
Sonstige Leistungen	38,5	2,0	43,2	-10,7
Hilfe in besonderen Lebenslagen	18,1	0,9	-	-
Insgesamt ...	1 945,2	100	2 114,2	-8,0
Einnahmen	89,1	4,6	96,5	-7,6
Reine Ausgaben	1 856,1	95,4	2 017,8	-8,0

zumeist (76%) um Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt. Die Empfänger/-innen besonderer Leistungen waren im Durchschnitt 24,2 Jahre alt; 56% waren männlich.

Die Bruttoausgaben für Leistungen nach dem AsylbLG betragen im Jahr 2000 in Deutschland 1,95 Mrd. Euro, nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 89 Mill. Euro beliefen sich die reinen Ausgaben auf rund 1,86 Mrd. Euro (siehe Tabelle 11). Gegenüber dem Vorjahr gingen die Nettoausgaben somit um 8,0% zurück. Der größte Teil der Gesamtausgaben wurde für Regelleistungen aufgewandt (1,49 Mrd. Euro), also zur Deckung des täglichen Bedarfs der Asylbewerber (Unterkunft, Kleidung, Essen usw.). Für besondere Leistungen wurden im Jahr 2000 rund 0,46 Mrd. Euro ausgegeben. [u](#)

Übersicht

Schätzung des Arbeitskräftepotenzials der Sozialhilfeempfänger/-innen zum Jahresende 2000¹⁾

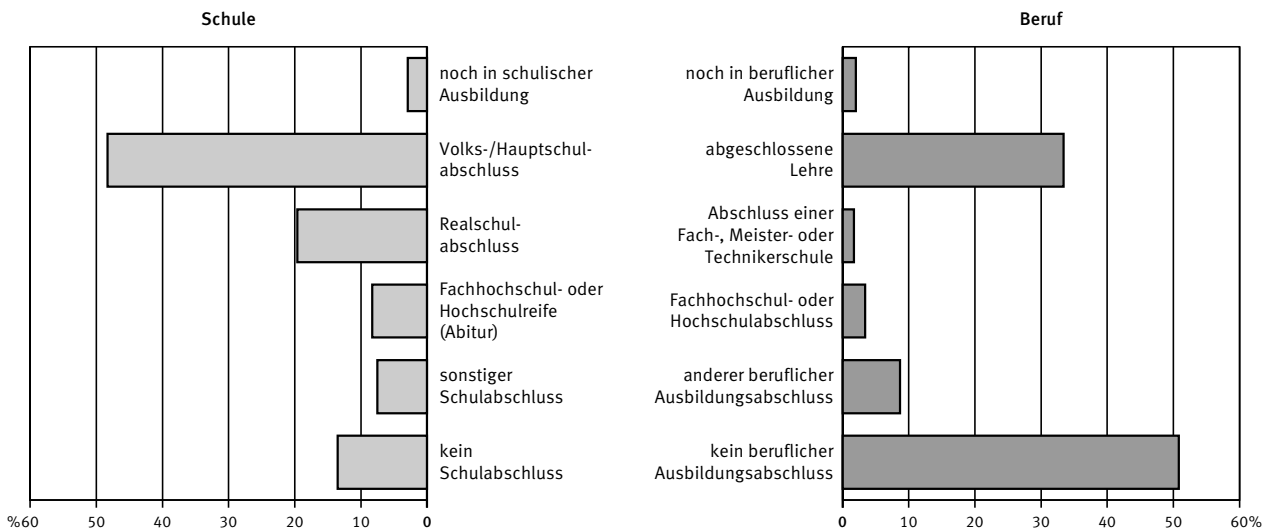
18- bis 59-jährige Sozialhilfeempfänger/-innen

Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾	= 2 677 000
./.. Minderjährige	- 992 000
./.. Personen über 60 Jahre	- 302 000
= Personen im Alter von 18 bis 59 Jahren	= 1 383 000
./.. Nichterwerbstätige wegen häuslicher Bindung ²⁾	- 268 000
./.. Nichterwerbstätige wegen Krankheit, Behinderung, Arbeitsunfähigkeit ²⁾	- 121 000
= (Brutto)Arbeitskräftepotenzial	= 994 000
./.. Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit)	- 140 000
./.. Nichterwerbstätige wegen Aus- und Fortbildung	- 51 000
= (Netto)Arbeitskräftepotenzial	= 802 000
bestehend aus	
Arbeitslosen	607 000
Nichterwerbstätigen aus sonstigen Gründen	195 000

Die jeweils höchsten Ausbildungsabschlüsse der Bezieher/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾ im Alter von 18 bis 59 Jahren

Jahresende 2000

Anteile in %³⁾



1) Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. - 2) Die Zuordnung zum Personenkreis, der wegen häuslicher Bindung, Krankheit, Behinderung oder Arbeitsunfähigkeit keiner Erwerbstätigkeit nachgehen kann, erfolgt in erster Linie aufgrund der Selbsteinschätzung des Hilfeempfängers bzw. der Hilfeempfängerin. - 3) Bei der Berechnung der Anteilswerte wurden die Fälle nicht berücksichtigt, bei denen keine Angaben hierzu vorlagen.

Dipl.-Ing.Ök. Ute Egner

Preise im Januar 2002

Im Januar 2002 stiegen in Deutschland gegenüber dem Vormonat der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um 0,6%, der Index der Großhandelsverkaufspreise um 1,2%, der Index der Einzelhandelspreise um 0,5% und der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 0,9%.

Im Vorjahresvergleich ist der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um 0,1% gesunken. Der Index der Großhandelsverkaufspreise stieg im Vergleich zum Januar 2001 um 0,2%, der Index der Einzelhandelspreise um 1,8% und der Preisindex für die Lebenshaltung um 2,1%.

Im Januar 2002 hat sich die Preisentwicklung in Deutschland im Vergleich zum Vormonat auf allen Wirtschaftsstufen weiter beschleunigt. So stieg der Index der Erzeugerpreise um 0,6%, der Index der Großhandelsverkaufspreise um 1,2%, der Index der Einzelhandelspreise um 0,5% und der Preisindex für die Lebenshaltung um 0,9%.

Diese Entwicklung zeigte sich in ähnlicher Form auch bei den Jahresveränderungsraten der Preisindizes. Während der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Januar 2002 um 0,1% unter dem Niveau des Januar 2001 lag, erhöhten sich binnen Jahresfrist auf allen anderen Wirtschaftsstufen die Indizes: der Index der Großhandelsverkaufspreise um 0,2%, der Index der Einzelhandelspreise um 1,8% und der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 2,1%.

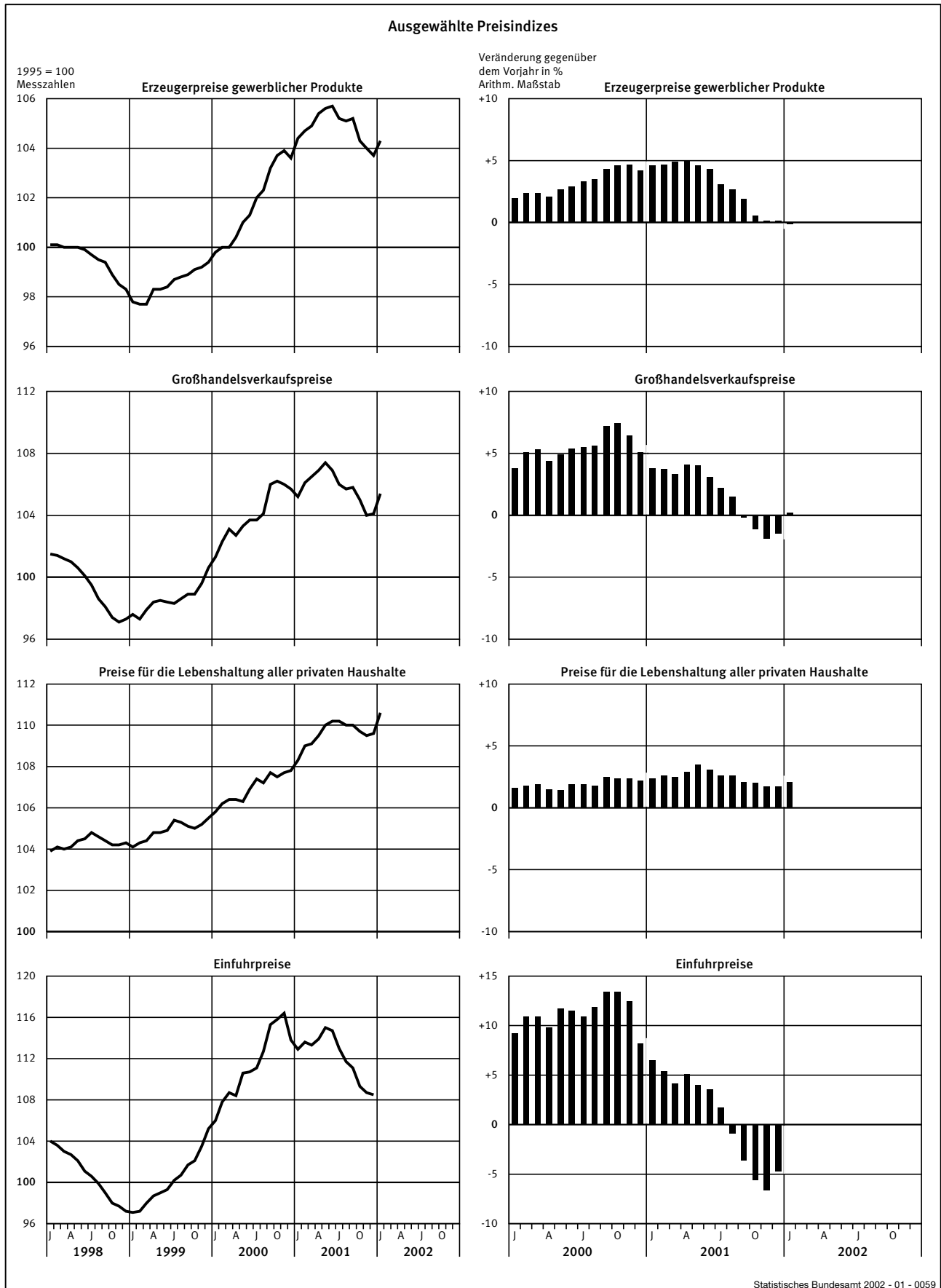
Im Jahresvergleich war im Januar 2002 ein deutlicher Preisrückgang bei den Mineralölerzeugnissen zu verzeichnen. Im Vormonatsvergleich stiegen die Preise auf allen Wirtschaftsstufen, von den Erzeugern über Groß- und Einzelhandel bis hin zum Verbraucher.

Binnen Monatsfrist verteuerten sich vor allem die Saisonwaren. Im Vergleich zum Januar des Vorjahres war diese Entwicklung ebenfalls besonders ausgeprägt im Großhandel (+16,0%) und im Preisindex der Lebenshaltung (+11,9%).

	Veränderungen Januar 2002 gegenüber	
	Dezember 2001	Januar 2001
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,6	- 0,1
ohne Mineralölerzeugnisse	+ 0,5	+ 0,3
Mineralölerzeugnisse	+ 3,0	- 6,0
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 1,2	+ 0,2
ohne Mineralölerzeugnisse	+ 1,1	+ 0,8
Mineralölerzeugnisse	+ 2,9	- 3,0
ohne Saisonwaren	+ 0,5	- 0,4
Saisonwaren	+ 18,0	+ 16,0
Index der Einzelhandelspreise	+ 0,5	+ 1,8
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	+ 0,9	+ 2,1
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,8	+ 2,4
Heizöl und Kraftstoffe	+ 3,1	- 3,2
ohne Saisonwaren	+ 0,6	+ 1,8
Saisonwaren	+ 11,9	+ 11,9

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) in Deutschland ist im Januar 2002 gegenüber dem Vormonat weiter angestiegen (+0,6%, November und Dezember 2001 jeweils -0,3%). Im Vergleich zum Januar 2002 bedeutet dies jedoch eine Preissenkung um 0,1% (November und Dezember 2001 jeweils +0,1%).

Schaubild 1



Ausgewählte Preisindizes
1995 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte ¹⁾	Groß- handels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland	Früheres Bundes- gebiet	Neue Län- der und Berlin-Ost
1997 D	99,9	101,5	101,3	103,3	103,2	104,2
1998 D	99,5	99,5	101,7	104,3	104,1	105,3
1999 D	98,5	98,6	101,9	104,9	104,8	105,7
2000 D	101,8	104,0	103,0	106,9	106,9	107,5
2001 D	104,9	105,8	104,6	109,6	109,4	110,6
2001 Jan. ..	104,4	105,2	103,4	108,3	108,2	109,1
Febr. .	104,7	106,1	103,7	109,0	108,9	109,8
März .	104,9	106,5	104,0	109,1	109,0	110,0
April ..	105,4	106,9	104,4	109,5	109,3	110,4
Mai ...	105,6	107,4	104,9	110,0	109,8	111,1
Juni ..	105,7	106,9	105,1	110,2	110,0	111,2
Juli ...	105,2	106,0	104,9	110,2	110,0	111,3
Aug. ..	105,1	105,7	104,8	110,0	109,8	111,0
Sept. .	105,2	105,8	105,1	110,0	109,8	111,0
Okt. ..	104,3	105,0	105,0	109,7	109,5	110,7
Nov. ..	104,0	104,0	104,8	109,5	109,3	110,5
Dez. ...	103,7	104,1	104,8	109,6	109,4	110,7
2002 Jan. ..	104,3	105,4	105,3	110,6	110,4	111,7
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
2001 Jan. ..	+ 0,8	- 0,5	- 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7
Febr. .	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
März .	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
April ..	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4
Mai ...	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Juni ..	+ 0,1	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Juli ...	- 0,5	- 0,8	- 0,2	-	-	+ 0,1
Aug. ..	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,3
Sept. .	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	-	-	-
Okt. ..	- 0,9	- 0,8	- 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Nov. ..	- 0,3	- 1,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Dez. ...	- 0,3	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
2002 Jan. ..	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1997 D	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
1998 D	- 0,4	- 2,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
1999 D	- 1,0	- 0,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4
2000 D	+ 3,4	+ 5,5	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7
2001 D	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,9
2001 Jan. ..	+ 4,6	+ 3,8	+ 1,1	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5
Febr. .	+ 4,7	+ 3,7	+ 1,1	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,7
März .	+ 4,9	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,8
April ..	+ 5,0	+ 4,1	+ 1,8	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,2
Mai ...	+ 4,6	+ 4,0	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,8
Juni ..	+ 4,3	+ 3,1	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,4
Juli ...	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,2
Aug. ..	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,4	+ 3,0
Sept. .	+ 1,9	- 0,2	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,8
Okt. ..	+ 0,6	- 1,1	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,7
Nov. ..	+ 0,1	- 1,9	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0
Dez. ...	+ 0,1	- 1,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,2
2002 Jan. ..	- 0,1	+ 0,2	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer.

Die zu Jahresbeginn 2002 wirksam gewordene Erhöhung der Ökosteuer auf Kraftstoff und Strom sowie die Anhebung der Tabaksteuer fließen in das Januarergebnis ein. Die Preise für Kraftstoffe waren um 3,3% höher als im Dezember 2001 (darunter Benzin +3,8%, Diesel +2,7%), elektrischer Strom verteuerte sich um durchschnittlich 1,6%. Die Preise für

Tabakerzeugnisse erhöhten sich gegenüber dem Dezember 2001 um 8%. Trotz der Steuererhöhungen bei Kraftstoffen und Strom lagen die Energiepreise im Januar 2002 insgesamt unter dem Vorjahresniveau (-2,2%). Dazu trug vor allem die Preissenkung bei den Mineralölzeugnissen um 6,0% (darunter Kraftstoffe -1,3%, leichtes Heizöl -17,4% und Flüssiggas -30,8%) bei. Ferner war Erdgas im Januar 2002 um 5,0% billiger als im Januar 2001.

Der *Index der Großhandelsverkaufspreise* erhöhte sich von Dezember 2001 auf Januar 2002 deutlich um 1,2%. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres war er im Januar 2002 um 0,2% höher. Im Dezember 2001 und im November 2001 hatte die Jahresveränderungsrate noch -1,5 bzw. -1,9% betragen. Der Gesamtindex ohne Mineralölzeugnisse lag im Januar 2002 um 0,8% über dem Vorjahresniveau.

Binnen Monatsfrist verteuerten sich vor allem Saisonwaren (+18%), insbesondere Tomaten (+54,5%), Gurken (+47,2%), Fische und Fischerzeugnisse (+11,4%) sowie Bananen (+9,1%). Auch die Preise für Rohkaffee (+4,7%) und für Mineralölzeugnisse (+2,9%) stiegen an. Dagegen wurden lebende Schweine (-4,7%) billiger.

Im Einzelnen wiesen die Teilindizes für die Wirtschaftsgruppen des Großhandels folgende Monats- bzw. Jahresveränderungsraten auf:

	Veränderungen Januar 2002 gegenüber Dezember 2001 Januar 2001 %	
	Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	+ 5,8
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ...	+ 2,3	+ 2,9
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	- 0,4	+ 0,2
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	+ 1,3	- 1,8
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	+ 0,3	- 0,8
Sonstiger Großhandel	+ 1,3	+ 1,6

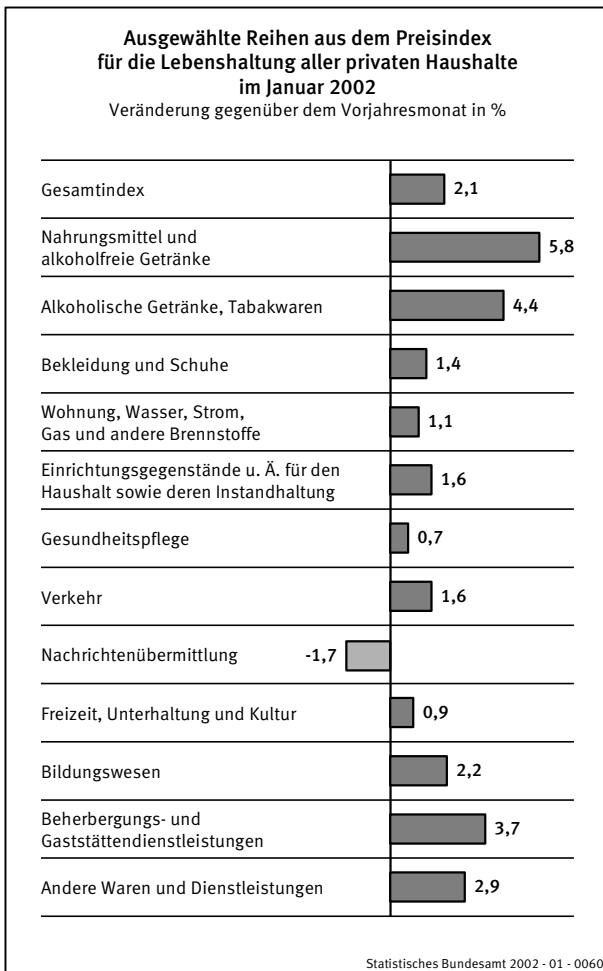
Der *Index der Einzelhandelspreise* ist im Januar 2002 gegenüber dem Vormonat um 0,5% gestiegen. Im Vergleich zum Januar 2001 nahm der Index um 1,8% zu.

Der *Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland* ist im Januar 2002 gegenüber Januar 2001 um 2,1% gestiegen. Im Vergleich zum Dezember 2001 ergibt sich eine Erhöhung um 0,9%.

Zur weiteren Erhöhung der Jahresteuerrate (im November 2001 und im Dezember 2001 lag sie bei jeweils +1,7%) trugen vor allem die stark gestiegenen Preise für Nahrungsmittel sowie die Steuererhöhungen bei. So verteuerten sich die Nahrungsmittel im Vergleich zum Dezember 2001 mit 3,0% überdurchschnittlich, sie lagen um 6,7% über dem Preisstand vom Januar 2001.

Zu den Steuererhöhungen ist zu bemerken, dass im Januar 2002 die vierte Stufe der Ökosteuerreform wirksam wurde. Im Einzelnen stiegen die Tabaksteuer um einen Cent je Zigarette, die Mineralölsteuer um 3,1 Cent je Liter Benzin, die

Schaubild 2



Energiesteuer um gut 0,2 Cent je Kilowattstunde und die Versicherungssteuer um einen Prozentpunkt. Unter Annahme einer vollen Überwälzung der Steuererhöhungen bei unverändertem Kaufverhalten der privaten Haushalte haben diese Steuerveränderungen rein rechnerisch den Preisindex im Vormonatsvergleich um etwa 0,4 Prozentpunkte erhöht. Ferner wirken immer noch die dritte Stufe der Ökosteuer und die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer zum 1. Januar 2001 nach, welche die Verbraucherpreise seinerzeit um etwa 0,3 Prozentpunkte erhöhten. Auf Grund von Basiseffekten ergibt sich im Jahresvergleich nur eine Gesamtpreiserhöhung um etwa 0,1 Prozentpunkte.

Die Preise für leichtes Heizöl gingen im Januar 2002 im Jahresvergleich um 15,6% zurück, binnen Monatsfrist stiegen sie jedoch um 1,1%. Die Kraftstoffpreise fielen im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig (-0,1%), im Vormonatsvergleich lagen auch sie höher (+3,6%). Ohne Einrechnung von Heizöl und Kraftstoffen wäre der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Januar 2002 gegenüber dem Vorjahr um +2,4% (gegenüber dem Vormonat um +0,8%) gestiegen.

Überdurchschnittlich stiegen – wie bereits erwähnt – die Preise für Nahrungsmittel (+6,7% gegenüber Januar 2001). Besonders hoch lag die Jahresteuerrate für Obst und

Gemüse (+7,2 bzw. +18,3%). Im Vergleich zum Vormonat betragen die Steigerungsraten 8,6 bzw. 20,0%. Maßgeblichen Einfluss auf diese Entwicklung dürfte der starke Winterbruch auch in Südeuropa zum Jahresende 2001 gehabt haben. Dieser wurde in den Dezemberergebnissen nicht mehr abgebildet, da die Preise immer zur Monatsmitte erhoben werden. Deutlich erhöht haben sich auch die Preise für Fisch und Fischwaren (+7,4%) sowie Molkereiprodukte und Eier (+7,7%). Unter den Nahrungsmitteln waren lediglich Kaffee, Tee, Kakao günstiger als im Vorjahr (-1,0%).

Der Einfluss der Euro-Bargeldeinführung auf das Preisniveau ist wissenschaftlich nicht exakt bestimmbar. Nach Abzug der Sondereffekte, wie Steuererhöhungen und Verteuerung von Obst und Gemüse, ergibt sich rechnerisch eine Erhöhung des Preisindex für Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland gegenüber dem Vorjahr von etwa 1,6% und gegenüber dem Vormonat um etwa 0,1%. Diese Preisentwicklung lässt den Schluss zu, dass der Übergang auf Euro-Preise im Januar den Gesamtindex nicht erheblich beeinflusst hat. Etwaige Einflüsse der Euro-Einführung auf einzelne Produktgruppen werden zurzeit vom Statistischen Bundesamt untersucht. Die Ergebnisse sollen zu gegebener Zeit in einem Aufsatz in dieser Zeitschrift dargestellt werden. Sie können aktuell im Internet (www.destatis.de/basis/d/preis/vpitst10.htm) abgerufen werden.

Die nachstehende Übersicht stellt die Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in der Gliederung nach dem Verwendungszweck dar:

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf Basis 1995 = 100

	Veränderungen Januar 2002 gegenüber	
	Dezember 2001	Januar 2001
	%	
Gesamtindex	+ 0,9	+ 2,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 2,5	+ 5,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 3,2	+ 4,4
Bekleidung und Schuhe	-	+ 1,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+ 0,5	+ 1,1
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	+ 0,3	+ 1,6
Gesundheitspflege	- 0,3	+ 0,7
Verkehr	+ 1,1	+ 1,6
Nachrichtenübermittlung	+ 0,2	- 1,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	-	+ 0,9
Bildungswesen	+ 1,3	+ 2,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 1,8	+ 3,7
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 1,1	+ 2,9

Der für das *frühere Bundesgebiet* berechnete Verbraucherpreisindex hat sich im Januar 2002 gegenüber dem Vormonat um 0,9% erhöht, im Vorjahresvergleich ergab sich eine Preissteigerungsrate von 2,0%.

In den *neuen Ländern und Berlin-Ost* stiegen die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vormonat ebenfalls um 0,9%, gegenüber Januar 2001 ergab sich eine Teuerungsrate von 2,4%. Die höhere Teuerungsrate für die neuen Länder ist zu einem großen Teil auf das geringere Gewicht des Heizöls

und das höhere Gewicht von Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken im ostdeutschen Verbraucherpreisindex zurückzuführen.

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* für Deutschland ist im Januar 2002 gegenüber Januar 2001 um 2,3% gestiegen. Gegenüber Dezember 2001 hat sich der Index um 1,0% erhöht.

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich im Einzelnen folgende Preisveränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen Januar 2002 gegenüber	
	Dezember 2001	Januar 2001
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Raffinierte Pflanzenöle	- 1,4	+ 32,7
Fischerzeugnisse	- 0,4	+ 22,3
Apparate zum Filtrieren oder Reinigen von		
Gasen	- 0,2	+ 8,2
Edelmetalle	+ 0,9	+ 7,4
Kunststofffenster und -rahmen	+ 1,3	+ 7,2
Zentralheizungskessel	-	+ 6,6
Sanitärarmaturen	+ 1,8	+ 6,0
Pharmazeutische Grundstoffe	-	+ 5,4
Holzmöbel für Küchen	+ 1,1	+ 5,3
Synthetische Spinnfasern	+ 2,3	+ 4,6
Fotochemische Erzeugnisse	-	+ 4,2
Rindfleisch	+ 3,0	+ 4,1
Dachsteine aus Beton	+ 4,0	+ 4,0
Nadelschnittholz	- 0,3	- 3,2
Röstkaffee	-	- 3,6
Mauerziegel	- 3,7	- 4,4
Spanplatten	- 0,5	- 5,5
Aluminium und Halbzeug daraus	- 2,1	- 6,3
Elektronische Bauelemente	- 0,7	- 6,4
Synthetischer Kautschuk	- 3,9	- 6,6
Gewürze	- 0,4	- 7,8
Kupfer und Halbzeug daraus	+ 2,7	- 8,0
Butter	- 1,6	- 9,0
PVC	- 2,0	- 10,3
Roheisen und Stahl	- 1,9	- 10,6
Polyethylen	- 1,1	- 12,5
Organische Grundstoffe und Chemikalien	- 2,2	- 15,7
Großhandelsverkaufspreise		
Gurken	+ 47,2	+ 86,8
Kartoffeln	+ 4,0	+ 70,4
Tomaten	+ 54,5	+ 22,1
Äpfel	+ 0,5	+ 17,1
Geflügelfleisch	- 0,5	+ 8,4
Fische und Fischerzeugnisse	+ 11,4	+ 9,3
Verarbeitetes Fleisch	- 0,4	+ 8,2
Schweinefleisch	- 3,1	- 14,9
Leichtes Heizöl	+ 1,6	- 13,8
Lebende Schweine	- 4,7	- 11,8
Rohkupfer und Kupferlegierungen	+ 2,5	- 11,4
Rohaluminium und Aluminiumlegierungen	+ 1,2	- 9,4
Getreide	+ 1,7	- 7,4
Kunststoffe in Primärformen	-	- 7,1

Dr. Ernst Engel

Internationaler Statistischer Congress in Berlin

Erstmals erschienen im Mai 1863 in der Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus

Vom 13. bis 20. August 2003 findet in Berlin der 54. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) statt. Zuletzt hatte dieses Gremium im Jahr 1903, also vor genau 100 Jahren, in Berlin getagt. Die Initiative zur Bewerbung Deutschlands um die Ausrichtung des 54. ISI-Kongresses ging von der Deutschen Statistischen Gesellschaft, dem Verband Deutscher Städtestatistiker sowie deutschen Mitgliedern des ISI aus. Die Federführung für die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses liegt beim Statistischen Bundesamt, unterstützt wird es dabei von den Statistischen Landesämtern. Neben der Deutschen Statistischen Gesellschaft und dem Verband Deutscher Städtestatistiker wirken eine Reihe weiterer wissenschaftlicher Vereinigungen auf dem Gebiet der Statistik bei der Vorbereitung und Durchführung des ISI-Weltkongresses 2003 mit.

Die Ziele dieser Zusammenkünfte von Statistikern aus aller Welt, die wissenschaftlichen und fachlichen Methoden der Statistik und ihre praxisnahe Umsetzung durch enge internationale Zusammenarbeit weiterzuentwickeln, haben sich seit den ersten Treffen bis heute nicht grundlegend geändert. Dies zeigt auch der nachfolgende Beitrag über die Vorbereitung des ersten Internationalen Statistischen Kongresses in Berlin im Jahr 1863, den wir im Rahmen unserer Reihe „Historische Beiträge“ veröffentlichen. Sein Autor, Dr. Ernst Engel, ist für die Leserinnen und Leser von Wirtschaft und Statistik kein Unbekannter. Die teilweise sehr national gefärbten Ausführungen wirken auf den heutigen Leser eher erheiternd.

Der weltweit erste Internationale Statistische Kongress hatte bereits zehn Jahre zuvor in Brüssel getagt. Ihm folgten weitere in Paris (1855), Wien (1857), London (1860), besagter Kongress in Berlin (1863), Florenz (1866), Den Haag (1869),

St. Petersburg (1872) und Budapest (1876), bevor im Jahr 1885 in London das Internationale Statistische Institut in seiner heute noch bestehenden Form gegründet wurde. Auch nachdem seine ursprünglichen Aufgaben teilweise vom Völkerbund und später von den Vereinten Nationen übernommen worden waren, hat das Internationale Statistische Institut seine Bedeutung als wissenschaftliches Diskussionsforum für Statistikerinnen und Statistiker aller Fachrichtungen nicht verloren. Mit der zunehmenden Globalisierung und der damit wachsenden Nachfrage nach weltweit vergleichbaren statistischen Informationen sowie der rasanten Entwicklung der Informationstechnik und der Möglichkeiten, die sich daraus für die Erstellung, Verbreitung und Auswertung von Statistiken eröffnen, wird auch die internationale statistische Zusammenarbeit immer wichtiger.

Zunehmend hat das ISI in den letzten beiden Jahrzehnten seine Tätigkeit auf die praxisbezogene Weiterentwicklung der Statistiken in den einzelnen Fachbereichen ausgerichtet. Derzeit arbeitet es in fünf fachlich spezialisierten Sektionen, der Bernoulli Society for Mathematical Statistics and Probability, der Internationalen Vereinigung der Erhebungsstatistiker (International Association of Survey Statisticians – IASS), der Internationalen Vereinigung für automatisierte Datenverarbeitung (International Association for Statistical Computing – IASC), der Internationalen Gesellschaft für amtliche Statistik (International Association for Official Statistics – IAOS) und der Internationalen Vereinigung für Aus- und Fortbildung von Statistikern (International Association for Statistical Education – IASE).

Nähere Informationen zum ISI-Weltkongress 2003 sind im Internet unter www.isi-2003.de zu finden.

Internationaler Statistischer Congress in Berlin.

Bericht an die Vorbereitungs-Commission der V. Sitzungs-Periode des Congresses über
die Gegenstände der Tagesordnung derselben.

Im amtlichen Auftrage erstattet von Dr. **Engel.**

INHALTSVERZEICHNISS

- | | |
|---|---|
| <p>I. Theil. Einleitendes.</p> <p>II. Theil. Gegenstände des Programms.</p> <p>I. Section. Organisationsfragen.</p> <p>A. Organisation des Congresses.</p> <p>Statut.</p> <p>I. Der Zweck des Congresses und die Mittel zur Erreichung desselben.</p> <p>II. Die Mitgliedschaft.</p> <p>III. Die Leitung des Congresses.</p> <p>IV. Die Versammlungen des Congresses.</p> <p>V. Das Bulletin des Congresses.</p> <p>VI. Das Archiv und die Bibliothek.</p> <p>VII. Die Centralstelle des Congresses.</p> <p>Motive und Erläuterungen.</p> <p>B. Organisation der amtlichen Statistik.</p> <p>C. Organisation der Volkszählung und Volksbeschreibung.</p> | <p>II. Section. Das Grundeigenthum in statistischer Zusammenfassung.</p> <p>III. Section. Die Statistik der Preise und Löhne. Die Güterbewegung auf den Eisenbahnen.</p> <p>A. Preise und Löhne.</p> <p>B. Güterbewegung auf den Eisenbahnen.</p> <p>IV. Section. Vergleichende Statistik der Gesundheit und Sterblichkeit der Civil- und Militärbevölkerung.</p> <p>V. Section. Die Aufgabe der Statistik im Systeme der socialen Selbsthilfe. Das Versicherungswesen.</p> <p>A. Sociale Selbsthilfe.</p> <p>B. Versicherungswesen.</p> <p>VI. Section. Die Einheit der Münzen, Maasse und Gewichte als wichtigstes Hilfsmittel der vergleichenden Statistik.</p> |
|---|---|

I. THEIL. EINLEITENDES.

Der im Jahre 1853 gegründete internationale statistische Congress hält seine fünfte Sitzungsperiode im Jahre 1863 in Berlin. Die Wahl dieses Orts ist aus einem Beschlusse oder Wunsche der Plenarversammlung des Congresses in London hervorgegangen. In dessen Folge ward dem Bureau desselben der Auftrag zu Theil, für die Ausführung jenes Beschlusses oder Wunsches zu sorgen. Um die in dem später folgenden Abschnitte »Organisation der Statistik« niedergelegten Anträge nach ihrem vollen Umfange und ihrer ganzen Wichtigkeit zu würdigen, ist es nöthig, der Art der Fassung und Ausführung erwähnten Beschlusses noch mit einigen Worten zu gedenken.

In der feierlichen Schlussitzung der Londoner Versammlung sprach der Vicepräsident W. Cowper, grossbritannischer Minister der öffentlichen Bauten (nach dem Compte Rendu S. 212 etc.) Folgendes:

»Le Congrès actuel doit, avant de se séparer et de se dissoudre, faire ce qu'on pourrait appeler son testament, c'est-à-dire, s'occuper du lieu de sa renaissance.

J'ai tâché de m'informer de l'opinion sur ce point de mes collègues étrangers, et je crois que cette opinion – qui est aussi,

je pense pouvoir me permettre de l'ajouter, celle des membres anglais du Congrès – est que la capitale européenne qui nous donnera, dans deux ans, l'avantage de résumer nos travaux sous des bons auspices sera la capitale de la Prusse. (Très-bien! très-bien! vifs applaudissements).

Cette capitale est bien connue pour le respect qu'on y porte à la science (Oui!, oui! très-bien!) et pour l'appréciation qu'elle sait faire des lumières et du savoir.

Si donc les représentants de la Prusse que nous avons parmi nous croient pouvoir nous donner l'espoir que nous pourrions, dans deux ans, tenir la 5ème session du Congrès international de Statistique à Berlin, je puis dire sans présomption qu'ils feront une chose très-agréable aux membres du Congrès actuel (Approbation générale et applaudissements prolongés).«

Der eine der preussischen Delegirten (der Verfasser dieses Berichts) antwortete hierauf:

Je ne pouvais pas m'attendre à ce qu'on voulût faire à la ville de Berlin les honneurs de la cinquième réunion du Congrès. Je ne me suis donc pas pourvu des instructions nécessaires pour faire des invitations en conséquence. Mais je suis intimement

persuadé que le Gouvernement Prussien, aussi bien que la ville de Berlin, feront tout pour accueillir le Congrès de la manière la plus amicale et la plus efficace. (Très-bien, très-bien.) C'est du reste il faut bien que je l'ajoute, une tâche qui devient de plus en plus difficile: après l'accueil si bienveillant et si affectueux que nous avons trouvé ici, il sera difficile de faire aussi bien, et, dans tous les cas, il sera impossible de faire mieux. (Très-bien! très-bien!) Aussi Messieurs, sollicité-je dès à présent votre indulgence; la réception que nous pourrions vous faire, pourra être aussi bonne et aussi empressée que possible; mais elle ne pourra jamais être quelque chose de plus et de mieux que ce que nous avons trouvé ici. Je veux, d'ailleurs, avoir l'honneur de vous assurer, en ce qui me concerne, que je ferai tous mes efforts pour que la cinquième session du Congrès soit une plus fructueuse. (Très-bien! très-bien! Applaudissements répétés.)

Herr Geh. Reg.-Rath Prof. Schubert, der andere preussische Delegirte, fügte dem Obigen noch Folgendes auf die Aufnahme Bezügliche hinzu:

Je suis, quant à moi, bien charmé du choix qui est fait de la capitale de ma patrie pour la tenue de la cinquième session du Congrès. Soyez persuadés que mon Gouvernement appréciera l'honneur de recevoir une assemblée aussi distinguée. (Très-bien! très-bien!) Au près de mon Gouvernement les membres d'une société savante et tous ceux, en particulier, qui se livrent à l'étude des sciences statistiques, sont assurés de trouver un accueil tout-à-fait cordial et sympathique. (Très-bien! très-bien!)

Um dem zu fassenden Beschlusse eine ausführbare Form zu geben, wurde Sr. Excellenz dem Herrn Baron v. Czörnig (Director der k. k. administrativen Statistik in Wien) noch das Wort zu einem Antrag ertheilt. Er sprach:

Messieurs! des vœux viennent d'être émis afin que le choix pour la tenue de la 5ème session du Congrès tombe sur la ville de Berlin. M. M. les délégués de Prusse nous ont fait espérer que nous y trouverions le même cordial accueil que nous avons été si heureux de trouver ici. Nous ne pouvons que les en remercier. Cependant, pour laisser la question dans les termes où, suivant à moi, elle doit rester, j'ai l'honneur de vous proposer qu'elle soit prise dans la forme que voici:

»La commission organisatrice en Angleterre est chargée comme le furent celle de Vienne, celle de Paris et celle de Bruxelles, de déterminer dans quelle ville et à quelle époque se tiendra la 5ème session du Congrès international.«

Je n'entends écarter par là aucun des vœux qui ont été émis, puisque je suis sûr d'avance que la commission organisatrice se chargera de suivre la forme que j'indique, par la raison toute simple que le Congrès ne saurait faire choix pour la réunion, d'une ville ou d'un état quelconque, sans avoir préalablement acquis la certitude que le Gouvernement intéressé y donne son agrément. C'est pour cela que je considère la forme que je propose, et qui est, du reste, la forme déjà usitée, dans les précédents Congrès, comme la plus convenable pour terminer la question. (Oui, oui! Aux voix!)

Der in dieser Form gestellte Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wie schon die Worte des verdienstvollen Präsidenten der Versammlung des Congresses zu London es ausdrücken, sind es die in Berlin heimische Achtung vor der Wissenschaft, der daselbst stattfindende Zusammenfluss und die daraus hervorgehende Macht der Intelligenz, welche die Schritte der Statistiker aller Länder europäischer Civilisation in die Haupt- und Residenzstadt Preussens lenken.

Nicht unwichtig ist es, zu erwähnen, dass der Stadt Berlin schon früher wiederholt die Ehre zugehört war, den Congress in ihre Mauern aufnehmen zu können. Eigenthümliche Gründe traten der Sache hindernd in den Weg. Als nämlich der Spanier Ramon de la Sagra in der ersten Sitzungsperiode des Congresses zu Brüssel im Jahre 1853 gelegentlich eines eingebrachten Antrags erwähnte, dass er in der nächsten, wahrscheinlich in Paris abzuhaltenden zweiten Sitzungsperiode discutirt werden könne, protestirte Horace Say von Paris deshalb gegen die Wahl dieses Orts, »weil die Umstände daselbst zur Zeit einer solchen Versammlung nicht günstig seien;« er schlug Turin vor. Am folgenden Tage kamen Zeit und Ort der nächsten Sitzungsperiode des Congresses zur Verhandlung. Freiherr von Czörnig stellte mit Rücksicht auf die centrale Lage Deutschlands und besonders Berlin's den Antrag, dass die zweite Zusammenkunft in der preussischen Residenz stattfinden möge. Dieterici, der preussische Delegirte, erwiderte, das sich Berlin durch diese Wahl gewiss sehr geehrt fühlen werde. Jedoch auch der französische Delegirte, A. Legoyt, griff nun in die Debatte ein. Er sagte: Ein Franzose hat gestern nicht angestanden, sein Land unter den jetzigen Umständen als nicht geeignet für die Aufnahme des Congresses zu bezeichnen, und um seinen Gedanken klarer zu machen und ihm den richtigen Sinn zu verleihen, hat er sich für Turin erklärt. Ich halte es für meine Schuldigkeit zu sagen, und fürchte nicht desavouirt zu werden, dass, wenn die Versammlung der Stadt Paris die Ehre der Wahl zum Ort des nächsten Congresses geben wollte, dessen Mitglieder dort zwar nicht eine noch herzlichere Aufnahme als hier finden würden, denn das ist nicht möglich, doch mindestens eines gleich freundlichen Empfanges sicher sein könnten. — Man stimmt nicht ab, sondern überliess die Wahl des Orts und der Zeit dem Bureau des Brüsseler Congresses. Er fand im Jahre 1855 nicht in Berlin, wohl aber in Paris statt. Ob es politische Motive waren, oder ob es Zufall war: viele der bedeutendsten französischen Oekonomisten nahmen an dem Pariser Congress keinen Theil.

Nach dem Vorgang von Brüssel war die Wahl des Orts nun in die Hände des Congresscomité gegeben. Dass die nächste Versammlung in Deutschland stattfinden solle, darüber war man einig. Berlin, Wien, Dresden waren in Vorschlag. Das Pariser Comité hatte wahrscheinlich bei den Regierungen Preussens, Oesterreichs und Sachsens zu gleicher Zeit nach der Geneigtheit, den Congress aufzunehmen, angefragt. Alle drei hatten sich durch die amtlichen Vertreter ihrer Statistik gern bereit hierzu erklärt. Sachsen, keine Grossmacht, musste natürlich vor den Grossmächten zurückstehen. Nun war aber die Zeit von 1855 bis 1857 die

des grossen internationalen Geschäftsaufschwungs, der Verbrüderung des französischen Unternehmungsgeistes und Capitaux mit dem österreichischen. Zwischen Frankreich und Preussen fanden keine so lebhaften Beziehungen statt. *Austria felix!* Wien war die glückliche Stadt, welcher von Paris der Vorzug gegeben wurde, die in Folge dessen 1857 dem Congresse die Thore öffnete und ihm eine wahrhaft kaiserliche Aufnahme bereitete. – Der würdige Dieterici erschien nicht in Wien; Preussens amtliche Statistik blieb zum tiefsten Bedauern aller Statistiker, die da wussten, was sie geleistet, was seine Directoren Hoffmann und Dieterici für dieselbe gethan und gewirkt, in Wien unvertreten.

Dass Deutschland nicht zweimal hintereinander dem Congresse als Vereinigungsland dienen könne, war vorauszu- sehen, und es wurden in Wien auch gar keine Stimmen dafür laut. Um so grösseren Anklang fand die Einladung des englischen Delegirten Dr. W. Farr nach London. England ward die Parole. Allein nicht mehr bloss zwei, sondern drei Jahre vergingen zwischen der Sitzungsperiode in Wien und der in London. Die Freundschaft zwischen Frankreich und Oestreich hatte sich unterdessen in bittere Feindschaft verkehrt. Dem auf dem Sömmering-Banket ausgebrachten, ewigen Frieden athmenden Toast des französischen Delegirten auf den Kaiser von Oestreich folgte in nicht sehr ferner Zeit der verhängnissvolle Neujahrgruss des französischen Kaisers an den österreichischen Gesandten. Der bald darauf ausbrechende italienische Krieg machte das Jahr 1859 zur Verfolgung friedlicher internationaler Bestrebungen ungeeignet. Erst im Jahre 1860 konnte England sein Versprechen lösen, erliess es die Einladungen zum Congresse. Und welch' einen Empfang bereitete es ihm! Nächst Ihrer Majestät der Königin der höchste Würdenträger des Reichs, Se. Königliche Hoheit der Prinzgemahl in eigener Person eröffnete den Congress mit einer Rede, die zu dem Schönsten und Trefflichsten gehört, was je über Statistik gesagt und geschrieben wurde, die voll ist des tiefsten Verständnisses dieser Wissenschaft, voll der edelsten und erhabensten Gesinnungen ihres königlichen Autors. Den Prinzen umgaben die durch Geburt und Wissenschaft, durch Amt und sociale Stellung ausgezeichneten Männer des Landes und die Gesandten aller Nationen. Diese erfreuliche Theilnahme verblieb dem Congresse bis zu seinem Ende und über dasselbe hinaus. Aus der Blüthe der Theilnehmer am Londoner Congresse ging der Beschluss, das nächste Mal in Berlin zu tagen, hervor; in Berlin, das, wie der Präsident des Congresses es sagte, bekannt sei wegen seiner Wissenschaftlichkeit und der Achtung und Würdigung, welche den Männern der Wissenschaft hier gezollt wird.

Es ziemt uns nicht, für diese hohe Auszeichnung noch nach anderen Gründen zu suchen, nach Gründen, die etwa speciell in der Pflege der Statistik hier zu Lande gefunden werden könnten. Doch dürfte die Bemerkung nicht überflüssig sein, dass das k. statistische Bureau schon im Jahre 1860 das Fest seiner 50jährigen Existenz, wenn auch nicht seiner ununterbrochenen Thätigkeit gefeiert hat. Derselbe hohe Geist eines längst dahin geschiedenen edlen, im ruhmvollen Andenken seines treuen Volkes unsterblich fortlebenden Fürsten, der Geist Sr. Majestät des Königs Friedrich Wilhelm III., welcher, berathen von den kennt-

niss- und charaktervollsten Männern seiner Zeit, im Jahre 1810 die Universität in Berlin in's Leben rief und dadurch den Grund dazu legte, dass die preussische Residenz zu einer der Metropolen der Intelligenz wurde, – dieser nämliche Geist schuf zur selben Zeit auch das k. statistische Bureau, damit es über die Zustände des Staates fortwährend genaue Nachrichten sammle und über die Veränderungen in den Zuständen des gesammten Staats- und Volkslebens gleichsam Buch und Rechnung führe und zu gewissen Zeiten die Bilanz ziehe. An einer anderen Stelle wird ausführlicher nachgewiesen werden, welche Verdienste um die Statistik nicht bloss Preussens, sondern aller Länder sich speciell das k. preussische statistische Bureau erworben, wie wesentlich es dazu beigetragen hat, das durch einen falschen Gebrauch der Statistik ohne hinlängliches Fundament erschütterte Vertrauen zu dieser Wissenschaft zu kräftigen und neu zu beleben, und wie sehr sein geistvoller erster Director Hoffmann es verstand, durch seine mit der Leitung des Bureaus vereinte Lehrerthätigkeit, durch Worte und Schriften wahrhaft classischen Inhalts und classischer Form begeisterte Jünger der Statistik heranzubilden und die Erkenntnisse des hohen Nutzens der Staatskunde nach allen Richtungen hin zu verbreiten.

Bis jetzt wechselten die Versammlungen des Congresses ihren Aufenthalt zwischen Belgien (Brüssel 1853), Frankreich (Paris 1855), Deutschland (Wien 1857) und England (London 1860). Im Jahre 1863, d. h. dem Jahre seiner 10jährigen Existenz, kehrt er nochmals nach Deutschland zurück. Berlin ist der geistige und geographische Mittelpunkt Norddeutschlands. Und Norddeutschland ist die Wiege der heutigen Statistik. Mögen und müssen einzelne unter dem neueren Namen »Statistik« mit begriffene Thätigkeiten ihr Alter auch nach vielen Jahrtausenden zählen, so bleibt's doch immer wahr, dass die in ein System gebrachte und zu einer positiven Wissenschaft erhobene Staatskunde viel neueren Datums ist, und dass einem norddeutschen Gelehrten, dem Professor Achenwall zu Göttingen, unbestritten das Verdienst zugesprochen wird, im Jahre 1749 das erste Universitäts-Collegium über Statistik gelesen zu haben.

Ungefähr 100 Jahre später entstand in einem zweiten Achenwall, in dem um die Statistik unsterblich verdienten Belgier A. Quetelet der Gedanke der Begründung des internationalen statistischen Congresses. Abgesehen von dem hohen Aufschwunge, den die Statistik durch die baldige Verwirklichung dieses Gedankens überhaupt nahm, so legte Quetelet damit gleichzeitig die sichern Fundamente der vergleichenden Statistik. Der Congress selbst ist zwar noch weit davon entfernt, dieses Ziel schon erreicht zu haben, oder auf der Höhe seines Nutzens angelangt zu sein; allein so viel ist gewiss: der Gedanke der Congresses hat sich als ein richtiger und fruchtbarer praktisch bewährt. Es handelt sich bloss darum, ihn noch weiter auszubilden.

Dass es nunmehr schon an der Zeit sei, in der so eben bezeichneten Richtung einige belangreiche Schritte zu thun, kann Dem nicht zweifelhaft sein, der die Anforderungen an die amtliche Statistik und deren Leistungen, sowie auch den Entwicklungsgang des Congresses aus der Praxis kennt. Und da möchten wir es gerade für eine güns-

tige Fügung halten, dass die Feier des zehnjährigen Bestehens desselben in einer norddeutschen Stadt und zwar in Berlin zu begehen ist. Kein anderer Ort steht höher in Bezug auf scharfe und durchdringende Kritik. Wie aber die gerechte und wahrheitsvolle Kritik immer eine Nothwendigkeit, eine Stütze des Guten und eine Vernichtung des Bösen ist, so wird auch die Kritik des Congresses ihm selbst am meisten zu statten kommen. Weil in die Nothwendigkeit, eine Stütze des Guten und eine Vernichtung des Bösen ist, so wird auch die Kritik des Congresses ihn selbst am meisten zu statten kommen. Weil in die Nothwendigkeit dazu versetzt, haben wir es für eine Pflicht gehalten, diese Kritik schon im vorliegenden Berichte zu beginnen.

Damit ist der diesjährigen Sitzungsperiode von vornherein ohne Zweifel ein eben so spezifischer Charakter aufgeprägt, als ihn jede andere vorangegangene durch den Versammlungsort des Congresses empfangen hat. Wir würden glücklich sein, wenn eine spätere Zeit die Berliner Sitzungsperiode als die reformatorische charakterisiren sollte.

Wie in jeder Sitzungsperiode des internationalen statistischen Congresses immer eine ziemliche Anzahl von Gegenständen unerledigt bleibt oder andere, in derselben zur Sprache gebrachte der Nachfolgerin zur ferneren Behandlung überwiesen werden, so hat die Londoner Versammlung der Berliner gleichfalls eine Sammlung ungelöster oder nur halbgelöster Fragen und neuer Themata hinterlassen. Als solche Fragen und Themata wurden der Berliner Vorbereitungs-Commission seitens des Londoner Congresscomités folgende bezeichnet:

- 1) Vorlegung der Resultate einer Enquête über Preise und Löhne.
- 2) Vorlegung der Resultate einer Enquête über den Gesundheitszustand der Bergarbeiter.
- 3) Mittheilung der Grundzüge für eine Statistik des Besitzwechsels und der in den verschiedenen Ländern hierüber waltenden gesetzlichen Bestimmungen.
- 4) Statistik der Criminalität unter dem Militär und der Organisation und Competenz der Militärgerichtshöfe.
- 5) Statistik des Gesundheitszustandes der Armeen im Allgemeinen und die der Hospitäler nach den Vorschlägen von Miss Florence Nightingale insbesondere.
- 6) Fernere Agitation für Einführung gleichförmiger internationaler Münzen, Maasse und Gewichte.
- 7) Vorlegung einer Statistik der in der Zeit von 1850 bis heute in Deutschland geschaffenen Creditinstitute.

Selbstverständlich ist bei der gegenwärtigen Organisation des Congresses die neue Versammlung nicht strenge an die Wünsche der vorangegangenen gebunden. Nichts zwingt

Berlin, die Erbschaft von London unbedingt anzutreten. Einestheils wird auf solchen Antritt die Wichtigkeit der Fragen selbst einen bestimmenden Einfluss äussern, indem sie in der Zwischenzeit von einer Versammlung zur andern eine grosse Wandelung erfahren haben kann. Andernteils darf nicht ausser Betracht bleiben, ob an dem folgenden Versammlungsorte die Kräfte und das Interesse für die Lösung früher gestellter Aufgaben vorhanden sind. Endlich muss der Erwägung Raum gelassen werden, ob es nicht rathsamer sei, die schon einmal behandelten Fragen, wenn sich bei Ausführung der in früheren Sitzungsperioden gefassten Beschlüsse neue Gesichtspunkte eröffneten oder wesentliche Schwierigkeiten herausstellten, abermals auf die Tagesordnung zu bringen und so lieber erst mit dem einen Gegenstande fertig zu werden, anstatt einen neuen ins Auge zu fassen, um diesen eventuell ebenfalls nur halb zu erledigen.

Unter solchen Umständen werden und müssen freilich die Verhandlungen und Arbeiten jeder Sitzungsperiode vorzugsweise, wenn nicht ganz ausschliesslich, den Charakter des Landes annehmen, in welchem die Versammlung stattfindet. Mit Ausnahme der ersten in Brüssel abgehaltenen, die noch am meisten den Anspruch auf Internationalität hat, ist es nicht zu leugnen, dass von den folgenden die zu Paris den französischen, die von Wien den österreichischen, die von London den englischen Typus an sich trägt. Und wahrscheinlich wird die zu Berlin ein preussisches oder norddeutsches Gepräge erhalten. Solche, trotz des internationalen Zwecks vorherrschend nationale Färbung wäre indess noch die geringste Unzutraglichkeit der gegenwärtigen Organisation des Congresses. Eine ungleich grössere besteht offenbar darin, dass den auf die Berathungsgegenstände bezüglichen Wünschen der einen Sitzungsperiode des Congresses in der andern gar nicht oder doch nur höchst dürftig nachzukommen ist. So lange der Congress seine Bestrebungen lediglich auf die Herstellung der Vergleichbarkeit der amtlichen statistischen Publicationen beschränkte, wobei es sich also nur um die Aufstellung übereinstimmender Formulare handelt, sind keine grossen Zwischenarbeiten behufs der Beschaffung der Vorlagen nöthig. Von dem Augenblicke aber an, wo der Congress seine Thätigkeit zu der einer internationalen Enquêtocommission erweiterte (und dies that er schon in Brüssel im Jahre 1853), ist die Continuität des Congresses, d. h. eine leitende und bleibende Spitze desselben, unbedingtes Erforderniss. Wer soll denn die Enquêtes anstellen? wer sie leiten? wer die Antworten sammeln und zu allgemeinen Resultaten verarbeiten? Auf diese Fragen giebt die jetzige Organisation des Congresses (wenn man die fast gänzliche Abwesenheit einer solchen überhaupt so nennen darf) so wenig eine Antwort, wie darauf: wer für die Vorlagen des Congresses zu sorgen habe? wer für die Drucklegung der Arbeiten der einzelnen Versammlungen etc.? Letzteres ist jetzt nur dem Zufall überlassen; für ersteres, für die Aeusserung einer selbstschöpferisch statistischen Thätigkeit des Congresses, ist zur Zeit durchaus nicht gesorgt. Das sogenannte Regulativ für die Congressverhandlungen reicht hier keineswegs aus.)

*) Der Wortlaut des bisher gebräuchlich gewesenen Regulativs ist folgender:

Ja, dieses trägt ebenfalls einen sehr unbestimmten Charakter. Es regelt weder die Zusammensetzung des Congresses, noch ist es eine ausreichende Geschäftsordnung für seine Versammlungen. Es sorgt nicht für die Continuität des Congresses, sagt nichts über die Ausführung seiner Beschlüsse, über die Mittel und Wege seiner Wirksamkeit. Mit einem Wort, es ist ungenügend. Gleichwohl drängt die wachsende Wichtigkeit der Statistik auch nach der wachsenden Bedeutung ihres internationalen Areopags.

- §. 1. Niemand hat Zutritt zu den Sectionssitzungen oder allgemeinen Versammlungen, der nicht eine auf seinen Namen lautende Eintrittskarte besitzt.
- §. 2. Das provisorische Bureau wird aus der Mitte der Vorbereitungs-Commission gebildet.
- §. 3. Die Versammlung ernennt in ihrer ersten Sitzung das definitive Bureau und beschliesst über die Geschäftsordnung.
- §. 4. Die Versammlung theilt sich in Sectionen zur Prüfung der einzelnen Theile des Programms.
- §. 5. Bei Erhebung der Eintrittskarte bezeichnet jedes Mitglied die Section oder die Sectionen, an deren Verhandlungen es Theil nehmen will.
- §. 6. Jede Section ernennt ihr Bureau und wählt einen oder mehrere Berichterstatter für die Vorlegung ihrer Arbeiten an die allgemeine Versammlung.
- §. 7. Die Berichte müssen von der Section gutgeheissen werden und schriftlich an das Secretariat des Congresses gelangen.
- §. 8. Alle eingelaufenen Documente, Berichte, Anträge sind zur Kenntniss der bezüglichen Section zu bringen.
- §. 9. Die Zeit für die Abhaltung jeder Sectionssitzung wird von der Section selbst festgestellt.
- §. 10. Die allgemeine Versammlung tritt an den vom Bureau festzusetzenden Tagen um 12 Uhr Mittags zusammen.
- §. 11. Der Präsident des Congresses handhabt die Ordnung der Versammlung und leitet die Verhandlungen; er setzt, in Uebereinstimmung mit dem Bureau, die Tagesordnung fest.
- §. 12. Nach gepflogener Erörterung stimmt die Versammlung über die Anträge der Berichterstatter ab. Jeder Verbesserungsantrag zu denselben muss schriftlich, von dem Antragsteller unterzeichnet, an das Secretariat gelangen.
- §. 13. Die Abstimmung erfolgt durch Aufstehen und Sitzenbleiben.
- §. 14. Ein Antrag, welcher nicht einen Programmgegenstand betrifft, oder die Vorlesung einer schriftlichen Mittheilung muss vorerst von dem Bureau als zulässig erklärt worden sein. Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung kann jederzeit bezüglich solcher Zwischenfälle gestellt werden.
- §. 15. Kein Vortrag, mit Ausnahme der Berichterstattungen der Sectionen, soll über eine Viertelstunde dauern; jeder Redner spricht von seinem Platze aus.
Die Berichterstattungen der Sectionen, die gestellten Anträge und Protocolle der allgemeinen Versammlungen werden in deutscher und französischer Sprache zur Kenntniss der Versammlung gebracht werden, deren Mitglieder sich bei ihren Vorträgen der einen oder der anderen Sprache bedienen können. Das Bureau, das Secretariat und die Stenographen werden in beiden Sprachen fungiren.
Sollte Jemand einen Vortrag in einer dritten Sprache halten wollen, so hat er für die schriftliche Uebersetzung desselben in eine jeder beiden Sorge zu tragen.
- §. 16. Bei Eröffnung jeder Sitzung bringt der Secretär die eingelaufenen Druckwerke, Abhandlungen, Berichte oder sonstigen Gegenstände, welche sich auf Statistik beziehen, zur Kenntnis der Versammlung. Diese Vorlagen können nach einem Beschlusse des Bureau vollständig oder im Auszuge in den gedruckten Rechenschaftsbericht des Congresses aufgenommen werden.

Somit ist der erste und wichtigste Gegenstand, womit sich der Congress in der bevorstehenden Sitzungsperiode zu beschäftigen hat, seine eigene Organisation.

Unleugbar ist das Bedürfnis nach einer festen Organisation des Congresses kein bloß äusserliches; es geht vielmehr aus dem Wesen der Statistik selbst hervor. Bekanntlich herrscht unter den Statistikern noch ein lebhafter Streit darüber: was denn eigentlich die Statistik und welches ihre Aufgabe sei? Nicht genug, dass es bis zu diesem Augenblicke noch keine vollständige und präzise Definition für Statistik giebt, wird auf eine solche wohl auch so lange noch zu warten sein, bis zwischen den beiden Schulen derselben eine Einigung erzielt oder ihre Trennung definitiv vollzogen ist. Von diesen Schulen ist die eine ungleich älter als die andere. Der älteren hat man in neuerer Zeit, zur Unterscheidung von der jüngeren, den Namen Staatenkunde gegeben, weil es ihre Aufgabe ist, den gegenwärtigen Zustand der Staaten zu schildern; für die jüngere soll der Name Statistik beibehalten werden. Das würde also eine Statistik im engeren Sinne sein. Für die Staatenkunde ist die Zahl nur eins der Mittel zur Schilderung des Zustandes der Staaten, neben ihr ist die Wortschilderung nicht nur gleich berechtigt, sondern das Überwiegende; für die Statistik (im engeren Sinne) ist die Zahl und die Tabelle die allein erlaubte Ausdrucksweise. In der Staatenkunde spielt das Concrete und Individuelle noch eine Rolle, in der Statistik (im engeren Sinne) herrscht das Genus und verschwindet die Species vollständig. Als Zustandsschilderung begnügt sich die Staatenkunde mit der möglichst genauen Beschreibung der staatlichen Einrichtungen und Verhältnisse, so wie sie sind, unbekümmert darum, weshalb sie so und nicht anders sind und ob sie künftig wieder so oder anders sein werden; sie überlässt die Untersuchung des Causalzusammenhangs der von ihr geschilderten That-sachen anderen Wissenschaften. Die Statistik (im engeren Sinne) ist pragmatisch, sie findet ihr höchstes Ziel in der Entdeckung der Gesetze der sogenannten grossen Zahlen, in der Ausscheidung der zufälligen von den constanten Verursachungen, in dem Nachweise des Naturgesetzmässigen. Sie strebt danach, sich auf die Höhe einer Physik der Gesellschaft zu erheben. Der Begriff Physik der Staaten ist ihr zu eng. Von ihrem Standpunkt aus mit Recht. Denn so wenig die Naturgesetze in der belebten und unbelebten Welt an die politischen Grenzen eines Staates gebunden sind, so wenig sind es die Naturgesetze, welche die Physis und die Psyche der Menschen beherrschen. Um die Stellung der Staatenkunde und der Statistik (im engeren Sinne) zu einander wie zu den verwandten Wissenschaften einerseits und im Gesammtreiche der Wissenschaften andererseits etwas näher zu bezeichnen, so lässt sich sagen, dass beide sogenannte Grenzwissenschaften sind, beide ihren Platz zwischen den Staats- und Naturwissenschaften einnehmen. Diese Stellung theilen sie mit der Geographie und Ethnographie. Aber während die Staatenkunde sich unmittelbar an die Staatswissenschaften anschliesst, worauf in zweiter Reihe die Geographie und die Ethnographie folgen, nimmt die Statistik im engeren Sinne unmittelbar vor den Naturwissenschaften Platz. Man könnte also sagen: die

Staatskunde ist zu drei Viertheilen Staatswissenschaft und zu einem Viertheil Naturwissenschaft; die Geographie und Ethnographie sind zur Hälfte Staats- und Naturwissenschaft; die Statistik (im engeren Sinne) ist zu einem Viertel Staats- und zu drei Viertheilen Naturwissenschaft.

Nach den Gründen und der Heimat derselben benannt, heisst die Staatenkunde die Achenwall-Schlözersche oder deutsche Schule, die Statistik (im engeren Sinne) die Dufau-Queteletsche oder französisch-belgische Schule. Vermöge der immensen Handels- und Verkehrsbeziehungen Englands mit allen Völkern und Ländern der Erde mischt sich in ihre Statistik immer ein gutes Theil Geographie und Ethnographie; sie steht also gleichsam in der Mitte der eben genannten beiden Schulen.

Die Gründung des Congresses ist, wie schon erwähnt, ein Werk Quetelets. Kein Wunder daher, dass sich namentlich in dem ersten Congresse auch seine Auffassungsweise der Statistik widerspiegelt. In der That, der Wunsch der Vergleichbarkeit der statistischen Publicationen entspringt nicht blos dem Bedürfnisse der Abwägung der statistischen Zustände in dem einen und dem anderen Lande, sondern eben so sehr auch dem Verlangen nach grossen und immer grösseren Zahlen homogener Beschaffenheit. Allein wie dringend jenes Bedürfniss und wie berechtigt dieses Verlangen ist, und wie sehr darum beiden auch Rechnung getragen wird, so machte sich doch im Congress schon von der ersten Versammlung an der internationale Charakter gleichsam instinctiv geltend. Man fand sehr bald, dass, um generell zu sein, man nicht umhin könne, vorher speciell zu sein. Mit dieser Erkenntniss war der Boden für die internationale Enquête erschlossen und geebnet, und aus derselben ging die zweifache Bethätigung des Congresses hervor, das heisst seine Bethätigung als internationale statistische Central-Commission und Enquêtes-Commission.

Der Congress wird wohl daran thun, sich des Ursprungs und der allmäligen Wandelung und Consolidirung seiner Aufgaben bewusst zu werden. Ohne Zweifel wird es ihm dann auch gelingen, die beiden Schulen, die Staatenkunde und die Statistik (im engeren Sinne), unter der gemeinschaftlichen Fahne der Statistik (ohne Beisatz) zu vereinigen, zu der Statistik, die, wie die Geographie und die Ethnographie, mitten zwischen den Staats- und Naturwissenschaften steht. Wollten sie beide getrennt ihre Wege gehen, so würde die eine von der Specialisirung sehr bald zur Catalogisirung herabsinken, die andere von der Generalisirung zur Hypothesenmacherei. –

Im möglichst engen Anschluss an die von der Londoner Versammlung überkommenen Wünsche einerseits, ferner in Würdigung der oben ausgesprochenen Ansichten über die nothwendige Erledigung eines bereits behandelten, aber nicht vertieften Gegenstandes vor der Aufnahme eines neuen andererseits und endlich drittens mit Rücksicht auf einige brennende Fragen der Statistik, würden als fernere Gegenstände des Programms für die Berliner Versammlung aufzustellen sein:

- 2) die Organisation der amtlichen Statistik, namentlich der statistischen Centralcommissionen.
- 3) die Verbindung der Volksbeschreibung mit der Volkszählung und die active Bethheiligung der Bevölkerung bei diesen Operationen.
- 4) Die Statistik des Grundeigenthums.
- 5) Die Statistik der Preise und Löhne mit Hinblick auf die Production und Consumption.
- 6) Die Güterbewegung auf den Eisenbahnen.
- 7) Der Gesundheitszustand und die Sterblichkeit der Militärbevölkerung, verglichen mit der der Civilbevölkerung.
- 8) Die Aufgabe der Statistik im System der socialen Selbsthilfe.
- 9) Die Statistik des Versicherungswesens.
- 10) Die Einheit der Münzen, Maasse und Gewichte als wichtigstes Hilfsmittel der vergleichenden Statistik.

Es empfiehlt sich, die 10 verschiedenen Haupttitel unter gewisse Sectionen zu bringen. Weniger wie sechs werden aber kaum gebildet werden können, für die wir folgende Namen vorschlagen.

- I. Für Organisation:
Organisation des Congresses.
Organisation der amtlichen Statistik.
Organisation der Volkszählungen.
- II. Für Grundeigenthum.
- III. Für Preise und Löhne:
Preise und Löhne. Production und Consumption.
Güterbewegung auf den Eisenbahnen.
- IV. Für Gesundheitszustand und Sterblichkeit.
- V. Für Versicherungswesen und sociale Selbsthilfe:
Sociale Selbsthilfe (Unterstützungscassen aller Art. Genossenschaften).
Versicherungswesen.
- VI. Für Einheit der Münzen, Maasse und Gewichte.

Begreiflicherweise kann es nicht bei der blossen Nennung so allgemeiner Titel sein Bewenden haben; die bezeichneten Gegenstände müssen theils in grössere Einzelheiten aufgelöst, theils in Vorschläge, theils in Fragen, auf die eine bestimmte Antwort möglich ist, zerlegt werden. Das soll in dem folgenden Theile geschehen.

Fortsetzung folgt ...

ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Statistik und politisches Monitoring in Europa	2	89
Rechtliche Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	2	96
Wirtschaftsstatistische Einzeldaten für die Wissenschaft	2	101
Datenqualität und Datenprüfungen	2	110
Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus	1	26
Jahreserhebung im Handel erstmals auf der Basis der EU-Strukturverordnung	1	48
Auswirkungen der Änderungen des Harmonisierten Systems auf das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	1	56
Außenhandel mit Hochtechnologieprodukten	2	116
Bevölkerung		
Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus	1	26
Erwerbstätigkeit		
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2001	1	39
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Jahreserhebung im Handel erstmals auf der Basis der EU-Strukturverordnung	1	48
Außenhandel		
Auswirkungen der Änderungen des Harmonisierten Systems auf das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	1	56
Außenhandel mit Hochtechnologieprodukten	2	116
Gesundheitswesen		
Letztmalig Ergebnisse der amtlichen Statistik zu meldepflichtigen Krankheiten für das Berichtsjahr 2000	1	61

	Heft	Seite
Sozialleistungen		
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 2000	2	123
Preise		
Preisentwicklung im Jahr 2001	1	67
Preise im Januar 2002	2	139
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Bruttoinlandsprodukt 2001	1	13
Historische Aufsätze		
Internationaler Statistischer Congress in Berlin	2	144

Neuerscheinungen vom 26. Januar 2002 bis 22. Februar 2002

● Zusammenfassende Veröffentlichungen		EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, Januar 2002	10,85
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, Oktober 2001	13,65
November 2001	13,65
Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft, August 2001	6,75
September 2001	6,75
Oktober 2001	6,75
Verkehr aktuell, Januar 2002	7,70

● Fachserien

Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit		
Reihe 2	Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen 2000	9,10
Reihe 4.3	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, Dezember 2001	2,60

Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten		
Reihe 5	Gewerbeanzeigen, Oktober 2001	2,60

Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Reihe 3.2.1	Wachstum und Ernte – Trauben –, Oktober 2001	4,35
Reihe 3.2.1	– Obst – 2001	2,60
Reihe 4.2.3	Erzeugung von Geflügel, 2. Halbjahr und Jahr 1999	5,50

Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe		
Reihe 3.1	Produktion im Produzierenden Gewerbe, 3. Vierteljahr 2001	18,15

Reihe 4.1.1	Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, November 2001	13,65
-------------	--	-------

Reihe 7.1	Beschäftigte und Umsatz im Handwerk, 3. Vierteljahr 2001	2,60
-----------	--	------

Reihe 8.1	Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei), Dezember 2001	5,50
Reihe 8.1	Januar 2002 (Vorbericht)	1,70

Fachserie 6: Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Reihe 1.1	Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Messzahlen), Oktober 2001	5,50
Reihe 1.1	November 2001	5,50
Reihe 3.1	Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Messzahlen), Oktober 2001	4,35
Reihe 3.1	November 2001	4,35
Reihe 7.1	Beherbergung im Reiseverkehr sowie Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe, Oktober und Sommerhalbjahr 2001	6,75
Reihe 7.1	November 2001	6,75

Fachserie 7: Außenhandel

Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Ausgabe 2000	13,65
Reihe 1	Oktober 2001	6,75
Reihe 1	November 2001	6,75
Reihe 2	Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel), Oktober 2001	25,05
Reihe 2	November 2001	25,05

Fachserie 8: Verkehr		EUR [D]
Reihe 2	Eisenbahnverkehr, Oktober 2001	4,35
Reihe 3	Straßenpersonenverkehr, 3. Vierteljahr 2001	6,75
Reihe 4	Binnenschifffahrt, September 2001	5,50
Reihe 6	Luftverkehr, November 2001	9,10
Reihe 6	Dezember 2001	9,10
Reihe 7	Verkehrsunfälle, September 2001	5,50
Reihe 7	Oktober 2001	5,50

Fachserie 11: Bildung und Kultur		EUR [D]
Reihe 4.1	Studierende an Hochschulen, Wintersemester 2000/2001	18,56
Reihe 4.3.1	Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980 – 2000	18,15

Fachserie 13: Sozialleistungen		EUR [D]
Reihe 6.1.3	Jugendhilfe – Adoptionen, vorläufige Schutzmaßnahmen und sonstige Hilfen –, Ausgabe 2000	9,10
Reihe 6.3	Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe 1998	13,65

Fachserie 14: Finanzen und Steuern		EUR [D]
Reihe 2	Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte, 1. bis 3. Vierteljahr 2001	10,50
Reihe 9.1.1	Absatz von Tabakwaren, 4. Vierteljahr 2001	4,35
Reihe 9.2.1	Absatz von Bier, Dezember und Jahr 2001	2,60

Fachserie 15: Wirtschaftsrechnungen		EUR [D]
Reihe 2	Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern 1998 – 2000	7,70

Fachserie 17: Preise		EUR [D]
Reihe 1	Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft, Dezember 2001	4,35
Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Dezember 2001	5,50
Reihe 4	Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke, November 2001	6,75
Reihe 6	Index der Großhandelsverkaufspreise, November 2001	4,35
Reihe 6	Dezember 2001	4,35
Reihe 7	Preisindizes für die Lebenshaltung 2001	10,50
Reihe 7	Januar 2002 (Eilbericht)	2,15
Reihe 8	Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr, November 2001	9,10
Reihe 10	Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung, Dezember 2001	4,35
Reihe 11	Preise und Preisindizes im Ausland, Dezember 2001	5,50

● Elektronische Veröffentlichungen

Außenhandel nach Waren und Ländern, Oktober 2001 (CD-ROM)	25,05
November 2001 (CD-ROM)	25,05

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm abgerufen werden.

1) Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung: SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon (070 71) 93 53 50, Telefax (070 71) 93 53 35. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.